

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: **Pränumerando:**
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1903 unter Nr. 8203.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

Ersteinst täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pfg. für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Berlangungs-Anzeigen 20 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Insetze für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 31. Juli 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Erhebungen über die Arbeitszeit erwachsener Fabrikarbeiterinnen.

II.

Die Zahl der Fabriken und diesen gleichgestellten Anstalten im Deutschen Reich, welche erwachsene Arbeiterinnen beschäftigen, befreite sich im Jahre 1901 auf 48 809 mit 847 388 erwachsenen Arbeiterinnen, während es vergleichsweise 1899 nur 40 240 Fabriken mit 798 408 erwachsenen, d. h. über 16 Jahre alten Arbeiterinnen gab; im Jahre 1902, für das die Gesamtzahl noch nicht vorliegt, sind die Zahlen vom Jahre 1901 zweifellos gleichfalls wieder überholt, da in dem Steigen der Zahl der weiblichen Arbeitskräfte ja nur eine längst erwiesene Tendenz der ganzen kapitalistischen Produktionsweise zum Ausdruck kommt. Die uns vorliegenden Erhebungen haben von der genannten Zahl für das Königreich Preußen 397 714 Arbeiterinnen über 16 Jahre erfasst.

Von diesen 397 714 erwachsenen Arbeiterinnen in Preußen hatten nun nach diesen amtlichen Erhebungen, um das Gesamtergebnis als Grundlage der weiteren Erörterungen und speziellen Angaben zunächst vorwegzunehmen, — 247 577 oder 62 Proz. schon jetzt im Jahre 1902 einen zehnstündigen, zum Teil noch einen wesentlich kürzeren Arbeitstag und nur 88 Proz. oder 149 137 arbeiteten über zehn Stunden täglich. Das Gesamtergebnis ist zwar deutlich genug, aber das Bild wirkt erst dann völlig plastisch und unüberwindlich eindringlich, wenn man es in seine Einzelheiten zerlegt, erst dann zeigt sich in vollster Deutlichkeit, daß die wirtschaftliche Entwicklung und auf ihr in bewusster Erkenntnis und Zielklarheit die gewerkschaftliche und politische Bewegung des Proletariats schon einen Zustand geschaffen und erkämpft haben, in dem die gesetzliche Festlegung des zehnstündigen Tages für erwachsene Arbeiterinnen zu einer bloßen legalistischen Formalität werden wird, die weder wirtschaftlich revolutionieren wird, noch socialpolitisch irgendwie eine That zu bedeuten haben wird für diejenigen, die heute noch die Macht der Gesetzgebung in ihren Händen haben.

Also gestaltet sich das Ergebnis der einzelnen Erhebungen, so sehr Einzelheiten auch von einander abweichen, eine Erscheinung, die sich selbst aus den verschiedenen Stadien industrieller Entwicklung und gewerkschaftlich-politischer Macht in den verschiedenen preussischen Landesstellen erklärt. Aber selbst in der in diesen beiden Beziehungen doch so rüchständigen Provinz Ostpreußen ist die Anzahl der nur zehn Stunden oder noch weniger arbeitenden erwachsenen Fabrikarbeiterinnen etwas größer wie die der länger als zehn Stunden arbeitenden, für die ersten genannten ergaben die amtlichen Erhebungen nämlich die Zahl 204, für die letzteren 2481. Die meisten Betriebe, wo die längere Arbeitszeit noch üblich ist, liegen, wie der amtliche Bericht hervorhebt und was nicht wunder nimmt, in ländlichen Bezirken und kleineren Städten. Deshalb geht die Furcht des Berichterstatters für Ostpreußen bei einer gesetzlichen allgemeinen Einführung des zehnstündigen Tages auch dahin, daß — die Leutenot für die Landwirtschaft dadurch noch größer werden würde, weil in der dortigen Landwirtschaft durchweg noch über 11 Stunden gearbeitet würde. Dieser Grund, die Erhaltung eines möglichst langen Arbeitstages in der Landwirtschaft, erscheint diesem berichterstattenden „socialpolitischen“ Beamten, — er heißt Sack und ist Geheimer Regierungsrat —, so durchschlagend, daß er einen weiteren Grund für sein Wort, daß alles bleibe wie es ist, nicht anführt. Uebrigens möchten wir Herrn Sack nicht allein übermäßig bloßstellen, die Begründungen seiner paar Kollegen, die auf demselben arbeiterrückwärtsstehenden Standpunkt wie er stehen, sind meist um keinen Deut besser. — Etwas erfreulicher bezüglich Thatsachen und Urteile ist schon der amtliche Bericht für Westpreußen. Von den 5884 dort nachgewiesenen erwachsenen Arbeiterinnen arbeiten 3117 oder 53 Proz. nur 10 Stunden und weniger. Auffallend ist, daß in dieser Provinz im Regierungsbezirk Marienwerder, wo der Kleinbetrieb herrscht, 78 Proz. die kürzere Arbeitszeit haben, während im Regierungsbezirk Danzig, wo Großbetrieb herrscht, nur 45 Proz. die kürzere Arbeitszeit haben. Nach dem Gesamtergebnis in dieser Provinz kommt der referierende Beamte dem doch schon zu dem Urteil, daß „für einen großen Teil“ der Anlagen die zehnstündige Beschränkung der Arbeitszeit auf 10 Stunden „ohne Schwierigkeit eingeführt werden kann“. — An dritter Stelle steht in dem Bande der Sonderberichte der Regierungsbezirk Potsdam; hier weht nun schon weithin-industrielle Luft und Thatsachen wie abgegebene Gutachten lassen dies sofort erkennen. Die Gesamtzahl der in diesem Regierungsbezirk in Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen beschäftigten Arbeiterinnen betrug im Berichtsjahre 21 619, davon hatten, so weit berichtet werden konnte, nur 23,3 Proz. eine längere Arbeitszeit wie 10 Stunden. Dieser Prozentsatz beschränkt sich fast ausschließlich auf die Textil- und Bekleidungsindustrie, deren lange Arbeitszeit ja auch sonst hinlänglich berichtigt ist.

Der Berichterstatter für diesen Bezirk giebt ein sehr detailliertes Bild der Arbeitsverhältnisse, das sehr lehrreich wirkt auch dort, wo man nicht zustimmt. Er kommt schließlich zu dem ganz unzweifelhaften Urteil, daß die Zweckmäßigkeit der Herabsetzung der gesetzmäßigen Arbeitszeit der Arbeiterinnen von 11 auf 10 Stunden „aus gesundheitlichen und sittlichen Gründen bejaht werden muß“. Er weist in seiner Begründung auch übrigens darauf hin, wie gerade in großen Städten, z. B. in Berlin, wo die Arbeiterinnen wegen der großen Entfernungen mittags nicht nach Hause können, jetzt aus der 11stündigen Arbeitszeit ein 13- bis 14stündiges Fernsein von Wohnung und Familie werde, und — so fügen wir hinzu, wenn die Frau dann noch zu Hause die Wirtschaft in Ordnung bringen und für das Hauswesen arbeiten muß,

wie fast durchgängig üblich — ein 16- bis 18stündiger faktischer Arbeitstag wird! Das ist den herrschenden Klassen freilich schon tausendfach gesagt worden, ohne daß es bisher auf sie wesentlichen Einfluß gewonnen hat. In diesem Bericht über den Regierungsbezirk Potsdam wird dann auch auf einen der wichtigsten Gründe hingewiesen, der die Regierung und die bürgerlichen Parteien davor zurückreden läßt, für die erwachsenen Arbeiterinnen den zehnstündigen Tag einzuführen, auf die sichere Voraussicht nämlich, daß die Einführung des zehnstündigen Maximalarbeitstages für die Arbeiterinnen die zehnstündige Arbeitszeit für die männlichen Arbeiter im Gefolge haben wird. „Denn einerseits“ — so sagt der Berichterstatter Regierungsrat Mangelsdorff, und wir können ihm erfreulicherweise Wort für Wort zustimmen — „arbeiten die Frauen mit den Männern vielfach zusammen und sind bei ihrer Arbeit auf einander angewiesen, so z. B. in den Textilfabriken, Gutfabriken, Papierwarenfabriken u. a., andererseits aber besteht bei den Arbeitern selbst ein lebhaftes Bestreben nach Verkürzung der Arbeitszeit. Diese Bestrebungen sind schon so weit verwirklicht, daß bereits überall, wo intelligentere Arbeiter in größerer Menge vorhanden sind und durch Gewerkschafts- oder sonstige Organisationen stark geworden sind, also besonders in den Großstädten und Industriezentren, eine nennenswerte Verkürzung der Arbeitszeit erreicht ist, und zwar ohne daß der Verdienst der Arbeiter zurückgegangen wäre. Wo einmal ein Ausfall am Verdienst entstanden war, der durch emsigere Arbeit nicht ausgeglichen werden konnte, da hat die Lohnbewegung eingegriffen und nach kurzer Zeit den früheren Verdienst mindestens wieder hergestellt.“ Das Lob der Gewerkschaften kann nicht besser, aber auch nicht gerechter zum Ausdruck kommen. Andererseits machen die fortgesetzten Erfolge der Gewerkschaften unserem Regierungsrat einige lebhaftes Sorgen insofern, als er zu der durchaus richtigen Auffassung kommt, daß die Arbeiter längst wissen, wer ihnen wirklich hilft und insoweit von der Regierung eigentlich nichts mehr erwarten, es sei denn das, wozu sie von den Vertretern der Arbeiter endlich gezwungen wird. Herr Mangelsdorff aber glaubt doch noch etwas, bei den Arbeiterinnen wenigstens, an Vertrauen für die Regierung retten zu können, er meint daher ein wenig naiv: „es wird richtiger sein, daß die Arbeiterinnen den 10stündigen Arbeitstag aus der Hand der Regierung und nicht aus der Hand der Arbeiterorganisatoren erhalten“. Der Herr Regierungsrat mag sich durchaus beruhigen, auch die Arbeiterinnen wissen längst, wem sie tatsächlich jeden kümmerlichen Broden gesetzlichen Arbeiterschutzes zu verdanken haben, sie wissen es, ohne daß man sie zum Beispiel auch an das bekannte diesbezügliche Eingeständnis des Fürsten Bismarck zu erinnern braucht. Im übrigen bietet dieser Bericht auch sonst noch manchen wertvollen Gesandnis, manch gesundes Urteil, aber der Raum verbietet, noch näher auf ihn einzugehen.

Auch die andern Berichte, so wertvolles Material sie auch für die verschiedenen Verhältnisse bieten, können nur kurz gestreift werden, nur einiges kann herausgegriffen werden. Dabei übergehen wir sehr gern all die Aeußerungen, die sich wie in den Berichten aus Pommern, Frankfurt a. O., Oppeln und Sigmaringen mit den blödesten und rückständigsten Auffassungen der Unternehmer völlig decken und die in manchen Punkten wohl selbst nicht mehr dort wirken werden, wo sie wirken sollen. Uebrigens ist es kaum nötig, zu erwähnen, daß gerade diese Berichte mit diesen Urteilen in reinsten Unternehmerrinne auch sonst quantitativ wie qualitativ meist versagen. Aber das ist man ja leider überhaupt bei den meisten Berichten der preussischen Fabrikinspektoren gewohnt, daß es um so mehr wunder nimmt, verhältnismäßig in diesen Erhebungen sogar viel anerkannterwertes Bemühen zu finden, die Thatsachen richtig und vorurteillos zu begreifen und zu beurteilen. Diesbezüglich verweisen wir noch besonders auf den Bericht über die Verhältnisse im Regierungsbezirk Breslau, den der Regierungs- und Gewerbeamt Siebert erstattet. In diesem Regierungsbezirk hat sich zunächst gezeigt, daß dort heute schon in keiner Industriezweige mehr an dem einheitlichen elfstündigen Betriebe festgehalten wird, daß von 1258 Betrieben in 756 die zehnstündige Arbeitszeit nicht überschritten wird. Der Berichterstatter dieses Bezirks giebt auch sehr verständige Urteile von Verwaltern bedeutender Anlagen wieder, welche letztere in der im Bericht gegebenen tabellarischen Uebersicht noch mit elfstündiger Arbeitszeit figurieren, die sich in dem Sinne geäußert haben: „Es könne ihrer Industrie gar nichts Besseres widerfahren, als die Einführung der gesetzlichen zehnstündigen Arbeitszeit.“ Dies begründet aus, der Berichterstatter im einzelnen und kommt schließlich zu dem folgenden Ergebnis, das wir wörtlich wiedergeben möchten: „Nach dem allen kann gesagt werden, daß die gesetzliche Festsetzung einer Arbeitszeit von 10 Stunden durchführbar ist. Der in dieser Herabsetzung der Arbeitszeit liegende Fortschritt ist so bedeutend und für die Kultur, Gesundheit und Sittlichkeit der ganzen Arbeiterbevölkerung auf die Dauer von so heilsamem Einfluß, daß dessen Einführung entschieden befürwortet werden kann... Soll die Maßregel durchgeführt werden, so muß dies unverzüglich geschehen. Ein so günstiger Zeitpunkt zur Herabsetzung der Arbeitszeit wie der gegenwärtige dürfte später so bald nicht wieder kommen...“ Dies und ähnliches Bemerkenswertes ist zwar von socialdemokratischer Seite unzähligmal betont und bewiesen worden, aber daß es von amtlicher Seite nunmehr auch geschieht, ist ein Fortschritt, den wir gewiß gern anerkennen.

Ähnliche Urteile, wenn auch leider nicht immer so bedingungslos, sondern mit dem üblichen amtlichen „einerseits — andererseits“

finden sich zahlreich in den Berichten, aber es ist, wie schon gesagt, nicht möglich, auf alle hier näher einzugehen. Wir können nur den Wunsch ausdrücken, daß diese Erhebungen an allen Stellen, die sie angehen, recht gründlich studiert werden. Sie bieten für einen ernsthaften Arbeiterschutzes und für dessen Vertreter eine Fülle reichen und wirkungsvollen Materials, in erster Linie für die notwendige Verkürzung der Arbeitszeit.

Bezüglich der zweiten und dritten Frage der Enquete, der längeren gesetzlichen Mittagspause und des früheren gesellschaftlichen Abendschlusses vor Sonn- und Feiertagen verlagen leider die Urteile über die ermittelten Thatsachen eigentlich in allen Berichten. Thatsächlich ist bezüglich der Mittagspausen zunächst ermittelt worden, daß etwa 212 000 Arbeiterinnen von 397 714 schon eine Pause von über eine Stunde haben; und doch sprechen sich die Beamten fast durchweg gegen eine gesetzliche Einführung einer länger als einstündigen Mittagspause aus. Bei der Begründung dieses Urteils, wie auch bei der sehr verschiedenartigen Verantwortung der dritten und letzten Frage, ob der Arbeits-schluss an Abenden vor Sonn- und Festtagen auf eine frühere Stunde als 6 1/2 Uhr nachmittags zu verlegen sei, lassen sich die Berichterstatter ganz von lokalen Verhältnissen beeinflussen. Gerade eine rationelle Socialreform aber soll von der allgemeinen Erkenntnis ausgehen und sich durch lokale Einzelheiten nicht von allgemein als richtig anerkannten Maßnahmen abbringen lassen.

Indes, wie die Urteile auch in einzelnen sein mögen, die einfache, wiederum durch diese neuesten Erhebungen für 1902 ermittelte Thatsache, daß bezüglich der Hauptfrage, der Verkürzung der Arbeitszeit erwachsener Fabrikarbeiterinnen von 11 auf 10 Stunden, amtlich erneut festgestellt ist, daß nahezu zwei Drittel aller preussischen erwachsenen Fabrikarbeiterinnen (und über Preußen hinaus weisen fast alle andern deutschen Bundesstaaten das gleiche oder ein noch besseres Resultat bei den Erhebungen auf) schon den zehnstündigen Arbeitstag besitzen, — diese einfache Thatsache spricht ein so unzweifelhaftes Gesamturteil, daß nur noch böser Wille der Regierung oder das blödeste Klasseninteresse der besitzenden Klassen diese Reform verhindern und hintertrieben kann! Der neue Reichstag könnte seine Thätigkeit nicht besser beghmen, als daß er die Regierung sofort zu diesem so überaus spruchreichen Stück Arbeiterschutzes zwänge; unsere Forderung wird es auch hieran nicht fehlen lassen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Juli.

Hochwasser und Flußwirtschaft.

Man schreibt uns:

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ fordert Versicherung der von Hochwasser Bedrohten gegen Organisation dieser Versicherung durch den Staat. Es wird hierbei darauf hingewiesen, daß es auch zur Einführung der Hagel- und Feuerversicherung auf dem Lande vielfach der staatlichen Initiative bedurft hätte, daß dann aber Privat-Versicherungsgesellschaften gern diese früher verpönte Versicherung in ihren Geschäftsbereich gezogen hätten.

Diesen Vergleich der Wasserchäden mit den durch Feuer und Hagel verursachten ist aber verkehrt. Feuer- und Hagelschäden können jeden Besitzer auf dem Lande treffen; Wasserschäden nur einen geringen Bruchteil, diesen aber um so häufiger. Die jährlichen Feuer- und Hagelprämien betragen daher nur wenige Tausendstel vom Wert; hingegen müßten bei Hochwasser-Versicherung die jährlichen Prämien 5—10 Proz. vom Wert betragen, da die nicht vom Hochwasser Bedrohten auch nicht zu Beiträgen herangezogen werden können.

Der Vorschlag einer Hochwasser-Versicherung, für welche der Bedrohte die Prämien zahlt, ist aber auch darum unsinnig, weil der Schaden nicht als „foros majore“ (höhere Gewalt) anerkannt werden kann. Jeder Hochmann wird vielmehr zugeden, daß die Hochwasserschäden vermieden werden können und daß der Staat, der den Deichzwang durch Gesetze geschaffen hat, für die Hochwasserschäden verantwortlich ist. Vorschriften erlassen, die Kosten dafür von den Beteiligten einfordern, und wenn die Maßnahmen sich als fruchtlos und verkehrt erweisen, von den Geschädigten wieder neue Opfer verlangen, wäre doch schreiendes Unrecht.

Die Socialdemokratie muß im Interesse der Bedrohten, wie im allgemeinen Kulturinteresse principiell verlangen, daß zu einer Flußwirtschaft übergegangen wird, welche die Hochwasserstände auf ein ungefährliches Maß herabdrückt, und ferner als Provisorium verlangen, daß der Staat, der durch seine bisherige verkehrte Flußwirtschaft die Hochwasserschäden allein verschuldet, alle Schäden zu ersetzen hat.

Das Wasserrecht unterscheidet zwischen öffentlichen und privaten Flüssen; bei den ersteren, das sind die schiffbaren, steht dem Anlieger nicht einmal das formale Besitzrecht am Wasser zu; die Flußsohle ist fiskalisches Gut; aber auch an den Privatflüssen, schiffbaren und nicht schiffbaren, hat der Staat so viel Rechte gegenüber dem Uferbesitzer, daß für ersteren die Pflicht der Aufrechterhaltung des Kulturzustandes gegen Hochwasser daraus gefolgert werden muß. Denn wie kann dem Uferbesitzer, der vielleicht nur einen Streifen von 50 Meter oder 100 Meter Breite besitzt, zugemutet werden, Maßnahmen zu bezahlen, welche das dahinter liegende Gelände von mehreren Kilometern Breite schützen sollen? Und wie kann der Hinterlieger, welche gar keine Anrechte auf den Fluß haben, nicht auf einen Privatfluß, zugemutet werden, sich an den Kosten Schadens zu beteiligen, welchen dieser Fluß anrichtet?

Die bestehenden Deichlasten der Verbände müssen abgeworfen werden. Der Staat muß die gesamte Flußwirtschaft führen und ihren Erfolg aufkommen. Wenn auf irgend einem Gebiete

menschlichen Wirtschaft, so ist es auf dem Gebiete der Wirtschaft, wo allein der Staat den gesamten Betrieb und alle damit verbundene Verantwortlichkeit übernehmen muß.

Deutsches Reich.

Die Bestrafung des Nichttäters.

Das Reichsgericht hat längst durch seltsamste und reaktionärste Auslegungen das Verbrechen verengt. Heute liegt wieder ein Fall vor, in dem vermehrt der Anwendung des dolus eventualis ein Redakteur wegen einer That bestraft wurde, an der er in keiner Weise beteiligt war.

Es handelt sich um eine Anklage wegen Beleidigung des katholischen Pfarrers Bissel durch einen am 9. November v. J. erschienenen Artikel des radikalpolitischen Blattes „Gornoslag“ in Rattow. Neben dem Redakteur Nowalczki war an diesem Blatte der Redakteur Johann Bednarski thätig, dieser als Verantwortlicher. Obwohl nun B. nachgewiesen hat, daß er zur Zeit des Erscheins des Artikels gar nicht im Redaktionsbureau thätig war und auch an der Redaktion sich nicht beteiligt hat, ist er doch vom Landgericht in Weuthen für schuldig befunden und zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. In dem Urteile heißt es:

„Die Tendenz des Blattes ist gegen die deutschen katholischen Geistlichen gerichtet. Der Angeklagte Bednarski ist schon zweimal wegen Beleidigung solcher Geistlichen zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt worden. Am 8. November lag er seiner Redaktions-thätigkeit nach ob. Er wußte, daß ein Ausschnitt aus der „Ober-schlesischen Volkszeitung“, enthaltend ein Eingekannt des Pfarrers Bissel in dem Hosen lag, in welchem der Stoff zu Kampartikeln aufbewahrt wurde. Um die Aufnahme eines solchen Artikels nicht zu verhindern, hielt er sich am 7. November, an welchem Tage er einen Termin wahrzunehmen hatte, von der Redaktion fern, blieb auch ausnahmsweise den ganzen Tag und die folgende Nacht vom Hause fort. Am folgenden Tage, einem Sonnabend, kam er in die Redaktion, als der Druck bereits vollendet und der beleidigende Artikel bereits erschienen war. Er hat sich also absichtlich von der Redaktion ferngehalten, um den, wie er vermutete, beleidigenden Inhalt des fraglichen Artikels nicht kennen zu lernen. Es ist deshalb angenommen worden, daß er mit dem dolus eventualis gehandelt hat.

In seiner Revision befreit der Angeklagte, sich einer Beleidigung schuldig gemacht zu haben. Er habe sogar am Montag in der Redaktion seiner Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß man in seiner Abwesenheit einen solchen beleidigenden Artikel veröffentlicht habe. Das Reichsgericht verwarf jetzt die Revision als unbegründet, da der Eventualdolus ausreichend festgestellt sei.

Nun erscheinen schon die „Feststellungen“ des Landgerichts sehr eigen Art. Wie konnte man „feststellen“, der Angeklagte habe „vermutet“, der Artikel, der noch gar nicht existierte, werde Beleidigungen enthalten? Wie soll man annehmen, der Angeklagte habe gewußt, daß ein beleidigender Artikel veröffentlicht werde, ohne daß er selbst straffällig würde? Würde er doch den Nachweis seiner Nichtbeteiligung an dem Artikel führen, was nur möglich ist durch Preisgabe des Redakteurs, welcher der wirkliche Täter war und den alsdann das Gericht zur Strafe ziehen konnte! Die „Feststellungen“ klingen nach dem vorliegenden Bericht so halftun wie nur möglich.

Selbst wenn aber die Feststellungen gut begründet wären, so bleibt dennoch unerfindlich, wie der Nichttäter bestraft werden kann. Dem dolus eventualis wird die ungeheuerliche Tragweite gegeben, daß derjenige bestraft wird, der vermutet, daß ein anderer ein präjudizielles Vergehen begehen wird! Die Wege des Reichsgerichts sind wunderbar.

Die Notwendigkeit einer Aenderung des preussischen Landtagswahlrechts betont in dem neuesten Heft der „Preuss. Jahrbücher“ Professor Dehnbild. Er fordert eine Neu-Einteilung der Reichstagswahlkreise und führt dann an:

„Noch viel wichtiger, aber auch viel schwerer als die Neu-Einteilung der Reichstagswahlkreise ist die Reform des Wahlrechts zum preussischen Abgeordnetenhaus. Wenn jetzt ganz Deutschland mit Fingern auf das Königreich Sachsen hingewiesen hat: so ist ihr wohl, eure 22 Socialdemokraten sind die gerechte Strafe für das schmähliche Unrecht, das ihr durch eure Wahlentziehung begangen habt — so geben die guten Sachsen das zwar sehr kleinlaut zu, weisen dann aber trotzig auf Preußen hin, wo ja das Dreiklassen-Wahlrecht noch viel ungerechter und schlechter sei, als das sächsische. Die Thatsache ist richtig, nur mit dem doch recht wesentlichen Vorbehalt, daß in Preußen das das überlieferte Recht ist, während in Sachsen bereits ein dem Geist der Zeit gemäßes Wahlrecht bestand und durch einen übermütigen Gewaltakt vernichtet wurde. Wie aber sollen wir in Preußen das Wahlrecht ändern? Davon, daß man ohne weiteres zum Reichstags-Wahlrecht übergeht, kann nicht die Rede sein. Ein Wahlrecht aber, das thatsächlich die Entscheidung in die Hände einer ganz winzigen Minorität legt, und der ungeheuren Mehrheit des Volkes nur den Schein einer Mitbestimmung läßt, läßt sich auf die Dauer nicht aufrecht erhalten; auch hier vertritt die Socialdemokratie mit der Forderung der Reform etwas Unberechenbares. Es ist zu früh, um in Betrachtungen darüber einzutreten, wie man etwa reformieren könnte, nur das darf und muß mit aller Entschiedenheit ausgesprochen werden: eine Reform ist notwendig, und es ist Sache der Regierung, den Widerstand, den ihr ohne Zweifel die Konserverativen im Abgeordnetenhaus und namentlich das Herrenhaus bereiten werden, zu überwinden. Was für Sachsen jetzt eigentlich niemand mehr bestreitet, daß es nämlich eine Entlastung für die Reichstagswahl bedeutet, wenn die Socialdemokratie auch am Landtag beteiligt ist, das gilt auch für Preußen.“

Warum kann sich der Herr Professor nicht zu der Forderung wirklicher Gerechtigkeit im Wahlrecht „ohne weiteres“ erheben, immerhin zeugt seine Aeußerung von der Erkenntnis, daß die Socialdemokratie gerade aus der schweren Ungerechtigkeit des Ausschlusses der gesamten Volksmassen von der Anteilnahme an der Landesgesetzgebung politischen Gewinn zieht. Freilich kann ein Delbrück schon infolge der geringen Folgerichtigkeit seines Politisierens keinen größeren Einfluß auf die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien haben.

Die vornehmste und heiligste Pflicht.

Nachstehendes Schreiben zeigt, auf welche Weise den Kriegsveteranen Mitglieder zugesichert werden:

Kriegsveteranenverein
Neudaberstedt.
Neudaberstedt, 25. Juli 1903.
Wir haben erfahren, daß Sie Ihrer Militärpflicht bei einem Truppenteile der deutschen Armee genügt haben, wodurch die Bedingungen für die Aufnahme in unsern Verein erfüllt sind. Jeder Ehrerbietende, alte Soldat, vor allen Dingen aber die im Staatsdienst als Arbeiter oder Beamte beschäftigten, die sozusagen aus der Staatskrippe essen und in der Kolonie ihren Wohnsitz haben, sollten es für ihre vornehmste und heiligste Pflicht erachten, unsern Verein, der Mitglied des preussischen Landes-Kriegerveteranenverbandes und des deutschen Kriegerveteranenverbandes ist, an dessen Spitze Se. Majestät unser allergnädigster Kaiser und König als Protektor steht, anzugehören. Ueber Zweck und Ziel, sowie die Bestrebungen und den Nutzen dieser Vereinigungen alter Soldaten ist der unterzeichnete Vorstand jederzeit gerne bereit, Ihnen näheren Aufschluß zu geben.

Wir eruchen Sie hierdurch kameradschaftlich, sich unsern Verein anzuschließen und Ihren Beitritt so rechtzeitig anzumelden, daß wir in die angenehme Lage versetzt werden, Sie noch vor der Abreise, welche am 9. August er. stattfindet, in unsern Verein aufnehmen und als Kamerad in unsern Reihen willkommen heißen zu können.

Mit kameradschaftlichem Gruß!

Der Vorstand.

J. A. Köppen, Vorsitzender.

Das Schreiben erhält seine wahre Bedeutung, wenn man erfährt, daß der Unterzeichner selbst Eisenbahn-Betriebs-Sekretär ist. Neudaberstedt liegt bei Erfurt und zählt 176 Reichstagswähler, von denen bei der letzten Reichstagswahl 150 gewählt haben; davon erhielt der Socialdemokrat Schulz 81 Stimmen. Nun ist es klar, daß Aufforderungen, wie sie der Eisenbahnsekretär an die in dem kleinen Orte mitwohnenden Eisenbahn-Beamten und Eisenbahn-Arbeiter erteilt, auf eine schwere Bewusstseinsbedrückung hinauslaufen. Jeder ist sofort gekennzeichnet, der „aus der Staatskrippe ist“ und doch etwa der „vornehmsten und heiligsten Pflicht“ nicht nachkommt. Dieser gelinde Zwang hat dann freilich zur Folge, daß das Gegenteil des gewollten Zweckes eintritt, daß die socialdemokratischen Stimmen sich erst recht vermehren.

Sächsische Gemeinde-Reaktion. Die furchtbaren Schläge, die sich die sächsischen Wahlrechtsveränderer am 16. und 26. Juni geholt haben, brachten, wie man weiß, auch die schlimmsten Reaktionäre einen Augenblick zum Nachsinnen. Innerhalb der grünweißen Grenzpfähle jagt jetzt ein Reformplan den andern, und man ist eifrig bei der Arbeit, nach dem Rezept „Wasch mir den Pelz, aber mach ihn nicht naß“ ein „Wahlrecht“ herauszuwässern, das zwar den Socialdemokraten nicht giebt, was ihnen gebührt, aber doch die Ungerechtigkeit des zweierlei Rechts ein klein wenig besser verschleiert als das Gebiade-Wahlrecht von 1806. Gleichzeitig aber ist der verantwortliche Minister der Wahlrechtsetzung, Herr v. Meylich, eifrig am Werke, der allezeit getreuen Bureaucratie einen andern Weg der Socialistenentzweiung angelegentlich zu empfehlen. Auf einem sächsischen Städtetage zu Pirna predigte er den entzückt laufenden Stadtgewaltigen neulich die Notwendigkeit eines verschärften Kampfes gegen den „Umschwung“. Das heißt mit andern und klareren Worten: wenn wir nach dem furchtbaren Zusammenbruch bei der diesjährigen Reichstagswahl auch auf dem Gebiete des Landtags-Wahlrechts „Konzessionen“ machen müssen, so muß dafür an anderer Stelle um so energischer das Recht der Socialdemokraten beschritten werden. Nämlich in den Gemeinden! In Sachsen haben wir es mit der Zeit auf mehr als 800 socialdemokratische Gemeindevertreter gebracht und die Ausschichten auf eine Verneinung dieser Zahl sind sehr günstig. Da heißt es für die Reaktionäre natürlich: vorbeugen! Und so sehen wir sie denn schon seit langer Zeit in vielen Gemeinden eifrig mit der Verschlechterung des Gemeinde-Wahlrechts beschäftigt. Da bisher allgemeines und gleiches Wahlrecht bestand, wird es zu einem Klassen-Wahlrecht umgewandelt; wo ein Dreiklassen-Wahlrecht schon früher eingeführt war, schafft man neuerdings Vier- oder gar Fünfklassen-Wahlrecht! Die Regierung als Aufsichtsbehörde verweigert solchen Bestrebungen niemals ihre Billigung, in einzelnen Gemeinden forderte sie sogar direkt zu dem „löblichen Thun“ auf.

Ein nettes Vorbild dessen, was da mit vermehrter Kraft kommen wird, erlebte man dieser Tage in Plauen. Diese Stadt, die bisher noch das gleiche und direkte Kommunal-Wahlrecht besaß, wünscht sich der sogenannten revidierten sächsischen Städte-Ordnung zu unterstellen. Als der Bürgermeister Jurl seinen Entwurf des abgeänderten Ortsstatuts dem Stadtgemeinderate präsentierte, bemerkte er dabei, nun müsse man wohl das Dreiklassen-Wahlrecht einführen; er selbst sei zwar kein Freund dieser Maßregel, aber die Regierung werde ohne sie schwerlich die notwendige Genehmigung erteilen!

Halle, 29. Juli. (Eig. Ber.) Einen traurigen Wahlschick zur Sinaudrängung socialdemokratischer Stadtverordneter aus dem Stadtverordneten-Kollegium hat unser wohlwollender Magistrat erfahren. Mit Bestimmtheit konnte unsre Partei darauf rechnen, im 2. und 3. Bezirk bei den im Herbst stattfindenden Wahlen wiederum neue Vertreter in das Stadtparlament zu entsenden, da in jenen Bezirken überwiegend socialdemokratische Wähler wohnen, während in den übrigen Bezirken, mit Ausnahme des Vorortbezirks Giebichenstein, bisher noch das bürgerliche Element die Majorität hat. Der Magistrat will nun sämtliche Bürger der dritten Wahlabteilung, gleichviel in welchem Bezirk sie wohnen, die ausstehenden Vertreter gemeinsam wählen lassen und die „liberale“ „Saale-Zeitung“ hofft durch diese „Wahlreform“, die sie mit Freuden begrüßt, der Socialdemokratie für diesmal — aber auch nur diesmal! — in zwei Bezirken den Sieg bereiten zu können. Inzwischen wurden bisher in der Altstadt 5172 bürgerliche und 3677 socialdemokratische Stimmen abgegeben. Durch eine kräftige Agitation seitens unsrer Partei könnte man aber das Schauspiel erleben — der Wahltrieb reizt an und unsre Stimmen nehmen stets zu — daß die socialdemokratischen Vertreter in diesen sämtlichen Bezirken gewählt würden. Im Jahre 1905, in welchem die Wähler des Vorortes Giebichenstein mit wählen, steht das Ereignis sicher bevor.

Zwei Urteile. Der „Volkshote“ in Stettin berichtet: Schwere Soldatenmishandlungen und verächtliche Verleumdung zum Reineid bildeten den Gegenstand einer Verhandlung, welche am 28. d. M. gegen den Unteroffizier Friedrich Niedan vor dem Kriegsgericht der 3. Division stattfand. Die Anklage wirft ihm vor, seit dem März d. J. die Musketiere Paned und Manthey in mehr als 10 Fällen körperlich schwer mißhandelt zu haben, indem er sie ins Gesicht schlug, ihnen die Haut so lang zog, daß sie riß, die Leute mit dem Kopf gegen die Bruststöße und noch andre ähnliche Gewaltthaten verübte. Um sich diesen zu entziehen, wurde Paned fahnenflüchtig, ist aber wieder zum Regiment zurückgekehrt. In der Voruntersuchung, die wegen dieser Fahnenflucht gegen Paned eingeleitet wurde, soll Niedan verurteilt haben, drei Jungen zum Reineid zu verleiten, um dadurch seine Handlungsweise zu verdecken. Der Angeklagte bestreitet alles. Nach der umfangreichen Beweisaufnahme beantragte der Vertreter der Anklage wegen der Mißhandlungen und der verübten Verleumdung zum Reineid eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus. Das Gericht verurteilte den Niedan wegen Mißhandlungen in vier Fällen nur zu 3 Wochen Mittelarrest. In seinen Aeußerungen zu den Musketieren wird keine verurteilte Verleumdung zum Reineid erblickt, ebenso wird die Ueberfälschung der Dienstgehalt in andern acht Fällen verneint. Wegen dieser ihm zur Last gelegten Delikte wird der Angeklagte freigesprochen.

In derselben Sitzung des Kriegsgerichts hatte sich der Musketier Paned, welcher sich wegen der niederdänischen Mißhandlungen vom Truppenteil entfernte, wegen Fahnenflucht etc. zu verantworten. Der Angeklagte gab an, daß ihm nur die rohe Behandlung, welche er erdulden mußte, zur heimlichen Entfernung veranlaßte. Fahnenflüchtig wollte er nicht werden. Es sei ihm nur darum zu thun gewesen, versetzt zu werden. Es wird vom Vertreter der Anklage eine Gesamtstrafe von 6 Monaten 1 Tage Festungshaft und Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes beantragt. Das Kriegsgericht sieht die Sache „milde“ an und verurteilt den Paned zu vier Wochen strengen Arrest wegen unerlaubter Entfernung.

Im Weuthener Gefängnis gestorben ist einer der nach dem Laurahütter Krautwall Verhafteten — der Arbeiter Litwonski. Das in Rattowig D. S. erscheinende polnische Parteiblatt „Gazeta Robotnicza“ veröffentlicht darüber nachfolgende Einzelheiten:

Die Wunde, welche Litwonski am Krautwalltage erhielt, sah wie eine Hieb- oder Stichwunde — wahrscheinlich von einem Säbelhieb herrührend — aus. Sie verlief von der rechten Stirnseite zu dem Auge, war etwa 7 bis 10 Centimeter lang, etwa 1 1/2 Millimeter breit und reichte bis an den Knochen. Der schwerverwundete Litwonski wurde ins Rattowiger Gefängnis transportiert. Am 24. Juni führten zwei Polizeibeamte oder Weibarmen einen bleichen Mann mit verbundenem Kopf zur Laurahütter Polizei. Dann mußte sich der bleiche verwundete Mann auf den Transportwagen setzen, wo er mit einem andern Gefangenen zusammengepackt wurde. Die beiden sahen auf den Wagenbretern. Der Wagen war derart, wie man ihn zur Kohlen- oder Eisenabfuhr benutzt. Stroh oder irgend welche Vorrichtung zum Lagern für einen verwundeten Mann war darauf nicht vorhanden. Wenn nicht alles täuscht, war der

bleiche Mann, der transportiert wurde — Litwonski. . . Auf jeden Fall hat man auf die vorbezeichnete Art einen Verwundeten transportiert — und das ist mehr als empörend! Es ist sehr leicht anzunehmen, daß eine Wunde gerade bei diesem Transport sich verschlechtert hat.

Im Rattowiger Gefängnis sah man Litwonski mit verbundenem Kopf auf dem täglichen Bewegungsgang zusammen mit den Gefunden Gefangenen. Gefangene, welche auf der Krankenstation untergebracht werden, gehen gewöhnlich nicht zusammen mit den gefundenen der sogenannten „Freistunde“. Schließlich wurde Litwonski ins Weuthener Gefängnis transportiert. Dort sah er einige Tage in dem Untersuchungsgefängnis auf der 1. Station, 1. Etage. Man sah ihn auch auf der gemeinsamen Freistunde. Er sah schwach, schon gelb aus. Er war so schwach, daß er kein Brot nicht essen konnte und es an andre Gefangene verschenkte. Er bekam auf der Untersuchungsabteilung die gewöhnliche Gefangenenkost, welche für die Gefunden bestimmt ist. Die Gefangenen sahen, wie er das Essen aus dem gemeinsamen Teller mit ihnen zusammen holen mußte. Ob er außerhalb der gewöhnlichen Kost Milch oder dergleichen bekam, war nicht festzustellen. Wer aber die gewöhnliche Gefangenenkost des Weuthener Gefängnisses kennt, der kann sich vorstellen, wie diese Nahrung auf den Gesundheitszustand des geschwächten und verwundeten Menschen einwirken mußte.

Ungefähr am 10. Juli wurde Litwonski erst auf die Krankenstation des Gefängnisses übergeführt.

Ersthaftete Fragen tauchen auf: Warum hat man den schwerverwundeten Litwonski nicht in einem Lazarett in Laurahütte gelassen? Warum hat man am 24. Juni einen am Kopfe verwundeten Mann in einem gewöhnlichen Wagen, auf Brechern, ohne Stroh, ohne irgend welche andre Vorrichtung nach Rattowig transportiert? Warum hat man Litwonski von Rattowig nach Weuthen transportiert, wenn sein Zustand derart war, daß er nach wenigen Tagen starb? Warum hat man den Litwonski nicht sofort im Weuthener Gefängnis auf der Krankenabteilung untergebracht, statt in der Gefängniszelle? Warum hat man Litwonski in derselben Zeit in der Untersuchungsabteilung die gewöhnliche Gefangenenkost verabreicht, statt ihm das Krankenessen zu geben?

Auf alle diese Fragen müssen die Polizei- und Gerichtsbehörden genau und öffentlich antworten.

Husland.

Cesireich-Ungarn.

Ueber den Bestechungsversuch des früheren Abgeordneten Dienes wird allem Anschein nach bald Klarheit verbreitet werden. Der Staatsanwalt hat, wie aus Budapest gemeldet wird, einen Prozeß wegen Verleumdung der Regierung gegen Dienes angehängt, welcher dem Abgeordneten Jostan Papp 12 000 Kronen gegen das Versprechen der Abreise eingehändigt hatte. Liberale Blätter stellen fest, daß der Ministerpräsident Graf Khuen-Edenbrury durch das verächtliche Stillschweigen, welches er der unwürdigen Insinuation, als wäre von seiten der Regierung eine Bestechung verübt worden, entgegengesetzt habe, in vornehmer Weise jede Verleumdung abgewehrt hat. Der Ministerpräsident habe, indem er seine Zustimmung zur Einsetzung eines Untersuchungs-Ausschusses erteilte, es absichtlich unterlassen, auf die Verdächtigung der Bestechung eine Silbe zu erwidern.

Dienes nicht vorläufig noch seinen Bestechungsversuch zu bestreiten. Er veröffentlicht eine seltsame Erklärung, in welcher er in Abrede stellt, das Geld zum Zweck einer Bestechung übergeben zu haben und sich vorbehält, vor der parlamentarischen Untersuchungskommission weitere Enthüllungen über Papps Vorgehen und Verhältnisse zu machen.

In dem Todesmarsch des 12. sibirischen Infanterieregiments veröffentlicht der „Budapesti Hirlap“ den Brief eines beteiligten Soldaten, der eine wahrhaft herzzerreißende Schilderung der Leiden, welche die Opfer von Biele zu erdulden hatten, enthält und zugleich treffend den Wert der Verlegenheitsausreden des österreichischen und ungarischen Kriegeministers charakterisiert. In dem Brief heißt es:

„Infolge der großen Hitze bei den Marschen hatten wir fünfzehn Tote; außerdem bekamen vier Soldaten Herzkämpfe und zwei Leute mußten ans Bett gefesselt werden, da sie wahnsinnig wurden. Montag früh gingen zwei Bataillone des 12. Regiments nach Woiwina, wo das Hauptlager ist. Sie mußten Biele passieren. Drei Bataillone des in Biele garnisontierenden Militärs, das erste des 69., das erste des 32. und das dritte des 52. Infanterieregiments, gingen ihnen entgegen, um sie bei Mosklo zum Kampfe zu bringen. Mosklo liegt von Trebinje 14, von Biele 18 Kilometer entfernt. Die Soldaten des 12. Regiments waren stark aufgepakt, die aus Biele aber nicht. Infolge dessen wurde das komornor Regiment stark „gejagt“, den Soldaten dieses Regiments wurde keine Rast gegönnt, auch konnten sie kein Wasser bekommen. Dazu muß man sich die 48–50 Grad Meerestemperatur vorstellen. Unter solchen Umständen ist es wirklich nicht zu verwundern, daß 800 Mann erschöpft dahinsanken. Es war ein schrecklicher Anblick, als das 12. Regiment durch das Thor von Biele einmarschierte. Die neunte Compagnie bestand aus fünf, die fünfte Compagnie aus einem einzigen Mann. Eine Compagnie kam gar nicht nach Hause, sondern blieb samt dem Kommandanten auf der Straße.“

Beim Thore mußten sie vor dem General defilieren. Die Regimentskapelle bestand nur aus sieben Mann, der Kapellmeister stürzte dort erschöpft zusammen. Von dem ganzen Regiment marschierten insgesamt 100 Mann in Biele ein. Die Landstraße bis Mosklo war mit Soldaten voll, die sich in das Gebüsch flüchteten. Auch viele Offiziere stürzten zusammen. Nach dem Einmarschieren erkannte man noch gar nicht, wie ernst die Sache war. Die Offiziere gingen in das Kasino und ließen sich von den Zigeunern aufspielen.

Erst um halb 3 Uhr nachmittags wurde der Ernst der Sache klar. Dann begannen die Offiziere hin- und herzulaufen, mit ihnen der General. Jeder zum Krankentransport geeignete Wagen wurde hinausgeschickt, auch die Omnibusse.“

Belgien.

In dem Erbschaftsprozesse der Gräfin Louhah und ihrer Schwester, der Prinzessin Luise von Koburg, gegen ihren Vater, den König Leopold von Belgien, ist am Montag vor dem Brüsseler Gericht das Verfahren eröffnet worden. Die Ansprüche der Prinzessin Luise werden auf Verlangen ihrer Gläubiger geltend gemacht. Die Klägerinnen verlangen als Erbanteil aus der Hinterlassenschaft ihrer Mutter, der verstorbenen Königin Henriette von Belgien, zwanzig Millionen Francs, während König Leopold nur eine Million zahlen will.

Italien.

Fromme Brüder. In Girgenti (Sizilien) war schon seit längerer Zeit das Gerücht verbreitet, daß im bischöflichen Seminar skandalöse Vorgänge sich ereignen sollten. Große Erregung demüthigte sich aber der Bevölkerung, als von einigen Seminaristen gegen sechs ihrer geistlichen Lehrer öffentlich die schwere Anklage erhoben wurde, daß sie sich gegenüber von mehr als vierzig Jünglingen grober unfittlicher Handlungen schuldig gemacht hätten. Auf diese Anschuldigungen hin einberufene die Bevölkerung vor dem bischöflichen Palast eine Demonstration, an der mehrere tausend Personen teilnahmen. Da die Haltung der erregten Menge immer bedrohlicher wurde, schritt die Polizei ein und zerstreute die Manifestanten. Auf Grund der Anschuldigungen hat die Behörde eine strenge Untersuchung eingeleitet.

England.

Brüsseler Judenkonvention. In der gestrigen Beratung des englischen Unterhauses über die Juden-Vorlage nahm zum Schluß auch noch Kolonialminister Chamberlain das Wort, um den von der Regierung eingenommenen Standpunkt zu vertreten. Er erklärte: Das letzte Ziel des deutschen Prämiensystems war die Erlangung des Monopols und das Prämiensystem war auf dem Wege, dieses Monopol zu schaffen. Wir gingen einem Zustande entgegen, bei dem

Deutschland und Desireich allein im Stande gewesen wären, den Judenpreis in England zu regulieren. Erst als wir unsere Politik ändern und Vergeltungsmassnahmen androhten, gaben uns die fremden Nationen alles, was unsre Vorgänger vierzig Jahre lang gekämpft hatten. Wenn wir keine Schritte zum Zustandekommen der Konvention gethan und den fremden Nationen nicht erklärt hätten, daß wir die Prämien nicht dulden wollen, so würde sich die Prämienpolitik in großem Maße weiter entwickelt haben. Der Minister wies dann noch am Schlusse seiner Rede, in der er beiläufig die Bemerkung machte, daß England am Vorabend eines großen wirtschaftlichen Kampfes stehe, auf die Schädigung hin, welche die Prämien den britischen Raffinerien zugefügt hätten, und betonte, die Konvention werde zum Freihandel in Juder führen, sie werde England gegen die Möglichkeit eines Monopols schützen und es in Stand setzen, Juder von allen Märkten der Welt zu erlangen, und sie werde auch Westindien zum Segen gereichen.

Das Haus nahm schließlich mit 224 gegen 144 Stimmen die zweite Lesung der Vorlage an; mit der Minderheit stimmten 13 Unionisten.

Wegen Chamberlains Kollisionsprojekte. Gestern Abend wurde in London eine Massenversammlung dortiger Bürger abgehalten, um gegen eine Veteuerung der Nahrungsmittel Einspruch zu erheben. Es wurde eine Resolution vorgelesen, in der erklärt wird, daß Chamberlains Vorschläge, die einen folgenschweren Wechsel der Handelspolitik bedeuten und die Veteuerung der Nahrungsmittel und der Rohmaterialien notwendig machen, die ernstliche Gefahr für den Handel des Königreichs und für die Wohlfahrt der Volksmassen bilden; die Versammelten würden daher alle Anstrengungen machen, um diese Vorschläge zu bekämpfen. Aquith begründete die Resolution und griff dabei Chamberlains Vorschläge heftig an. Es sei ganz richtig, führte er aus, daß die Verhältnisse sich seit 1846 geändert hätten; aber sie hätten sich in einer Richtung geändert, die die Argumente zu Gunsten des Freihandels verstärkte. Chamberlains Vorschläge bedeuteten eine unmittelbare Vermehrung von jährlich 8 Millionen Pfund Sterling für den Nahrungsaufwand des Volkes. Es liege nicht der geringste Grund vor, zu glauben, daß die Kolonien geneigt seien, dem Mutterlande irgendwelche wesentliche Vorteile zu gewähren für die vielen und schweren Opfer, die dieses zu bringen hätte.

Rußland.

Einschneidung einer Bodenkredit-Kommission. Der „Regierungsbote“ veröffentlicht einen Mos, welcher die Errichtung eines besonderen Komitees für Angelegenheiten des Bodenkredits unter dem Vorsitz des Präsidenten des Finanzkomitees anordnet. Mitglieder des Komitees sind die Minister der Finanzen, des Innern, des Ackerbaues, der Reichskontrolleur sowie einige vom Kaiser erwählte Personen. Der Beratung des Komitees unterliegen Fragen über die allgemeine Richtung und Thätigkeit der Bodenkredit-Institutionen, sowie vom Kaiser, vom Komitee selbst und von den erwähnten Ministern angeregte Fragen. Die Jahresberichte der Staats-, Adels- und Bauernbank werden von dem Komitee geprüft, um diesen Banken eine dem Staatstun entsprechende Richtung zu geben.

Wie man politische Gefangene behandelt. Ernst Unruhen sind überall unter den politischen Gefangenen einer Petersburger Strafanstalt ausgebrochen, und zwar aus dem Grunde, weil einige Gefangene, die den revolutionären Ideen eines der übrigen Weisfall sollten, in das „schwarze Loch“ geworfen wurden. In der Abtsticht, diese Unglücklichen ihrem dunkeln und moderigen Kerker zu entreißen, verzweigten die übrigen Gefangenen während mehrerer Tage die Aufnahme von Nahrung. Soldaten, die daraufhin in die Zellen der rebellischen Gefangenen placiert wurden, traktierten diese mit Knutenstößen.

Rechnliche Unruhen fanden im Gefängnis zu Viborg in Finnland statt, wo 20 Gefangene, zumeist Studenten, mißhandelt, in Ketten gelegt und in die dunkelsten Verließe geworfen wurden.

Partei-Nachrichten.

Der Streit in der italienischen Partei.

Rom, 28. Juli. (Fig. Ver.) Gestern Abend hat sich die lokale Partei-Organisation zum drittenmal versammelt, um über das politische Verhalten des Abgeordneten F. Turati zu diskutieren. Um 1 Uhr nach Mitternacht gelangte nach lebhafter Diskussion eine Tagesordnung Attilio Sufis zur Annahme, die die Parteileitung auffordert, Turati aus der Partei auszuschließen. Gegenstand der Kritik war vor allem das Verhalten Turatis gegenüber der Uebnahme des „Avanti“ durch Ferri (welche Uebnahme Turati erst selbst vorge schlagen und dann angegriffen hat) und sein Vorgehen gegen Ferri während dessen Angriffes gegen den Minister Vettola. Die Annahme der Tagesordnung Sufis erfolgte mit großer Mehrheit.

Polkzeiliches, Gerichtliches usw.

Von Rechts wegen!

Vor der Strafkammer in Hildesheim spielte sich am Dienstag ein Prozeß gegen sieben socialdemokratische Flugblatt-Verteiler ab, der ein großes Schlaglicht auf die Gefahren wirft, denen sich unsere Genossen während des Wahlkampfes aussetzen mußten, zugleich aber auch zeigt, wie wenig sie fanatisierten Gegnern gegenüber auf Schutz von irgend einer Seite zu rechnen haben.

Sieben Personen sollten sich bei einer Flugblatt-Verbreitung im 14. hannoverschen Wahlkreise des „Landfriedensbruchs“ schuldig gemacht haben. Und das kam so: Nach der Schilderung sämtlicher Angeklagten und einiger unter Eid vernommenen Zeugen haben dreizehn Genossen aus den Ortschaften Anderten und Nidburg nach einer Flugblatt-Verbreitung am 7. Juni auf dem Rückwege in der einige Stunden von Hildesheim entfernten Ortschaft Garber mit dem von ihnen benutzten Omnibusse vor der Dohrmannschen Wirtschaft angehalten, um ein Glas Bier zu trinken. Während fünf der Reisenden nach dem ersten Glase sich sofort wieder in den Omnibus begaben, blieben die anderen zurück und forderten sich noch ein zweites Glas, und einer von ihnen stellte an den Wirt sogar das grausige Ansuchen, er möge ihm doch für 10 Pf. Schnaps mit auf den Weg geben, was indes der Wirt unter Hinweis auf die Sonntagstruhe verweigerte. Einige der Reisenden waren nun der Ansicht, daß der Wirt an Fremde auch trotz der Sonntagstruhe einen Schnaps verkaufen dürfe und versuchten, dies dem Wirt anzulegen. Dieser wollte sich indes nicht darauf einlassen. Den Augenblick der Auseinandersetzung benutzte dann der aus der benachbarten Ortschaft Clauen — gleich Garber eine Hochburg der Bauernhändler — anwesende Hofbesitzer Fritzy Woss, eine größere, in der Regel Kahn des Dohrmann sich befindende Anzahl Einwohner aus Garber aufzufordern, dem Gastwirt Dohrmann zu Hilfe zu eilen (!), da dieser von den Fremden „bedrängt“ werde! — Als dann kurz darauf die noch in der Wirtstube anwesenden Genossen nichts ahnend das Haus verlassen wollten, wurden sie auf dem Hausflur von einer größeren Anzahl Personen — 10 bis 15 Mann — mit Latten und Knüppeln empfangen und nun fielen die Hiebe hagelnd. Nach Aussage von zwei Angeklagten soll einer der Knüppelhelden gerufen haben: „So, da haben wir die rote Bande! Das ist dem Thielhorn seine Gesellschaft. Man setze drauf, daß ihnen das Wirt die Handtücher ab (!), so daß unsere Genossen nicht hinaus konnten. Zwei stürzten durchs Fenster, die anderen wehrten sich, so gut es eben ging. Mehrere der Uebersallenen stöß

das Blut am Kopfe herunter. Auch die bereits im Omnibus stehenden wurden attackiert. Einer der „Gelben“, mit einem offenen Messer in der Hand, versuchte in den Omnibus einzudringen, wurde aber zurückgeschlagen; ein anderer stieß mit einer Leiter die Omnibusfenster ein, wurde aber ebenfalls zurückgedrängt. Inzwischen erschien ein Gendarm, worauf die Haupttäter verschwanden (!), nunmehr den Zuschauern das Feld überlassend. Von den stehenden hatten unsere in der Ortschaft unbekanntem Genossen niemand erkannt, während sie selbst notiert und arretiert wurden. Ob der Gendarm von den Angreifern welche notiert hat, ist unseren Genossen nicht bekannt, jedenfalls wurden die Flugblatt-Verteiler, die nicht entwischen konnten, zuerst notiert und „zu ihrer weiteren Sicherheit natürlich“, im Omnibus festgehalten.

Nun ist es charakteristisch für den weiteren Verlauf, daß die Hauptzeugen, Gastwirt Dohrmann und Hofbesitzer Woss, nichts davon gesehen (!) haben, daß die — Garberischen Einwohner auf die Fremden eingehauen haben, auch deren Latten und Stöcke haben die Zeugen nicht bemerkt. Beide Zeugen geben auch zu, daß die Flugblatt-Verteiler in der Gaststube sich nur mit dem Wirt in ruhiger Weise auseinandergesetzt haben wegen des Schnaps. Daß der Wirt die Handtücher abgeholt hat, giebt er ebenfalls zu — „weil er Ruhe im Hause haben wollte“. Ob er die Leute aufgefordert hat, die Stube zu verlassen, weiß er nicht!! Kehlich sagen einige andre Zeugen aus Garber aus, obwohl der eine oder andre von ihnen gesehen haben will, daß unsere Genossen geschlagen haben sollen! Auffallend ist die Aussage des 20jährigen Schuhmachers Wilhelm Stämpel aus Garber, der den „ganzen Vorgang mit angesehen“ haben will, der sogar die — Entstehung der Knüppelerei beschreibt; aber daß einer der Garberischen Einwohner gehauen hat, das hat er nicht gesehen (!), auch nicht deren Waffen. Dagegen belunden sowohl der vollständig unbeteiligte Omnibusfahrer sowie zwei andre Zeugen unter Eid, daß „eine ganze Menge mit Latten und sonstigen Knüppeln bewaffnet gewesen seien; aber erkannt haben unsere Genossen ebensowenig wie der Knüttler die ihnen fremden Leute aus Garber.

Und nun das Urteil?

Angesagt wurden nicht die Prügelhelden, sondern unsere verprügelten Genossen! Die ursprüngliche Anklage wegen Landfriedensbruch freilich wurde fallen gelassen. Es handelte sich nur (!) um Körperverletzung, Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung. Zwei der Angeklagten, von denen einer sieben Wochen in Untersuchungshaft gefessen, wurden ganz freigesprochen. Die übrigen fünf erhielten Strafen von vierzehn Tagen bezw. vier Wochen, bezw. zwei Monate bezw. zwei Monate und zwei Wochen und drei Monate Gefängnis. Bei keinem einzigen der Verurteilten wurden die sieben Wochen Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht!!

Der Staatsanwalt hatte neben einer Freisprechung Strafen von einer Woche bis zu vier Monaten beantragt.

Von dem Schicksale einer Anzeige wegen Freiheitsberaubung gegen den Wirt Dohrmann und wegen Körperverletzung gegen einige angeblich Hauptbeteiligte aus Garber, deren Namen durch dritte Personen festgestellt sein sollen, haben die Antragsteller bis jetzt nichts erfahren!!

Am treffendsten kennzeichnete Rechtsanwalt Woyershausen das allgemeine Empfinden, indem er in seinem Plaidoyer ausführte, die Aussagen der Zeugen aus Garber ließen darauf schließen, daß es den Leuten aus Garber darauf ankomme, den Socialdemokraten ordentlich das Fell zu gerben. Die rohe Weise, wie der Omnibus zertrümmert sei, zeige allein deutlich, was man beabsichtigt habe. Die Aussage des Zeugen Stämpel, der alle Vorgänge beobachtet haben wollte, nur nicht das Knüppeln der Einwohner aus Garber, erscheine nicht glaubhaft. Das Schließen der Thür durch den Wirt, lasse auch darauf schließen, daß beabsichtigt gewesen sei, die Leute nicht entwischen zu lassen!

Aus Industrie und Handel.

Zur Verhaftung des Geh. Kommerzienrats Hahn von dem Bankhaus Eduard Rodsch Nachfolger schreiben die „Dresdener Nachrichten“: Schon seit längerer Zeit waren über den Verhafteten Gerüchte im Umlauf, nach denen er als Vorsitzender des Aufsichtsrats verschiedener Aktiengesellschaften Manipulationen vorgenommen habe, die gegen Treu und Glauben verstoßen. Grund zur Verhaftung Hahns soll der Umstand gewesen sein, daß er vor längerer Zeit Effekten, die von seiner Stundenschaft bei ihm deponiert waren, bei andern Banken weiter verpfändete. Zwischen Hahn einerseits und englischen und österreichischen Banken andererseits schwebten Verhandlungen zum Zweck der Umwandlung des Bankhauses Eduard Rodsch Nachf. in eine Aktiengesellschaft. Die Verhandlungen sollten dieser Tage zum Abschluß gelangen.

Von unserem Dresdener Korrespondenten erhalten wir weitere nähere Mitteilungen:

Die Verhaftung hatte man schon vor Jahr und Tag erwartet, namentlich damals, als die Dresdener Bank mittelte, daß der Geh. Kommerzienrat Hahn das Vertrauen der Bankhäuser, die sich zu einer Hilfsaktion für das Bankhaus Rodsch Nachf. zusammengelassen hatten, in frivolster Weise getäuscht habe. Herr Hahn wurde damals von den Sanierungsarbeiten ausgeschlossen. Man erzählte dann, er habe den Staub der Heimat von seinen Stiefeln — pardon Lackhäuten — geschüttelt und sei ohne Hinterlassung einer Adresse ins Ausland gegangen. Das Gerücht beharrte sich aber nicht. Herr Hahn lebte hier zurückgezogen in seiner Villa und setzte seine Hoffnung auf das bekannte Wohlwollen der Behörden gegen Sünder seiner Art. Daß Herr Hahn trotz der öffentlichen Verurteilung durch die Dresdener Bank so lange unbehelligt von Staatsanwalt und Polizei bleiben konnte, erregte ziemlich allgemein Kopfschütteln. Die Staatsanwaltschaft hat erst zugefagt, nachdem ihr durch den Liquidator Justizrat Schubert weiteres gravierendes Verlastungsmaterial bekannt wurde.

Herr Hahn ist ein Opfer seiner waghalsigen Wodenspekulation und der vor 2 Jahren ausgebrochenen Waukrise. Die Firma besah und besitzt große Baulandstrecken in den Strahlenzügen nördlich und südlich des Großen Gartens. Wäre nicht die Krise im Bauwesen und auf dem Grundstücksmarkt eingetreten, so hätte sie damit vielleicht ein Millionenvermögen gemacht. Jetzt dagegen sind die Baustellen im Preise gefallen und schwer veräußlich. Geld kam somit fast gar nicht aus dieser Spekulationsanlage ein. Es mußten im Gegenteile fortlaufend erhebliche Aufwendungen gemacht werden, um die Finsen der Baustellenhypotheken anzubringen und etwaige Gläubiger, die ihre Hypotheken gefälligst haben, zu befriedigen. Die schlimme Krise des vorjährigen Jahres vermochte das Haus noch zu überstehen. Allmählich gingen ihm aber, wie durch verschiedene Unfälle, die Geldmittel aus. Die Vermittel aus. Verhaftet wurden die Geldschwierigkeiten noch dadurch, daß die Firma eine sehr emsige Gründertätigkeit entfaltete.

Die Inhaber des Bankhauses waren Geheimere Kommerzienrat Hahn und Peter Spreckels. Hahn war von Hause aus gänzlich unbedarft. Sein Vater war Bezirkschultheißer in Dresden. Hahn hatte das Glück, die Tochter eines reichen Amerikaners, seines Associates Peter Spreckels zu heiraten. Durch die Mitgift seiner Frau avancierte er vom Kommiss zum Leiter des Bankhauses. Tiel,

Orden und Würden liegen nicht auf sich warten, um so weniger, als er bei der finanziellen Regelung des evangelischen Vereinshauses in Dresden und ähnlicher frommer und wohltätiger Anstalten hervortrat. Derartige Veteuerungen an frommen Werken haben hier in letzter Zeit ja so mancher zweifelhaften Persönlichkeit zu Kommerzienrats- und andren schönen Titeln verholfen. Hahn besaß nicht weniger als 30 Aufsichtsratsstellen. Wenn er dadurch auch hohe Tantiemen bezog, so hatte seine Firma doch bei einer Reihe von Gesellschaften, die von der Krise betroffen wurden, hohe Verluste zu verzeichnen. Im Debitorenkonto der Sebnitzer Papierfabrik figurirte er mit 300 000 M.

Daß der Krach des Bankhauses Rodsch Nachf. wieder so unerwartet kam und daß das Treiben des Herrn Hahn nicht früher sifiziert wurde, lag zum großen Teil an der liebevollen Schonung, die die bürgerliche Presse dem gegen bürgerliche Journalisten leutseligen Manne angedeihen ließ.

Bilanz der Schudert-Gesellschaft. In der am Mittwoch in Nürnberg abgehaltenen Aufsichtsratsitzung der „Elektricitäts-Aktiengesellschaft“, vormals Schudert u. Comp.“ wurde die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung über das am 31. März abgelaufene Geschäftsjahr vorgelegt. Der Bruttogewinn beträgt 4 286 827 M. Nach Deduktion der Verwaltungskosten im Betrage von 2 269 233 M., des Zinsensaldos in Höhe von 693 759 M. und auf Abschreibungen von 1 120 287 M. verbleibt ein Reingewinn von 133 546 M., wovon 6677 M. dem gesetzlichen Reservefonds zuzuführen. Der Aufsichtsrat und der Vorstand schlagen der auf den 31. August einzuberufenden Generalversammlung vor, den Reistbetrag von 126 868 M. auf neue Rechnung vorzutragen.

Auch in der gestrigen Aufsichtsratsitzung der „Continentalen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen“, der Todtergesellschaft der Schudert-Compagnie, wurde der Rechnungsabschluss vorgelegt. Danach wurde im abgelaufenen Geschäftsjahre an Unternehmungen, Effekten und Zinsen ein Gewinn von 2 255 727 M. erzielt. Die Ausgaben für Verwaltung, Steuern und Abgaben betragen 385 686 M.; für Zinsen- und Bankspesen 1 432 808 M., für Anleihezinsen 400 000 M. Von Effekten und Konfortialanlagen werden als Verlust 73 342 M. abgeschrieben, für Kapitaltilgung und Erneuerung der Betriebsunternehmungen 393 038 M. zurückgestellt. Das Gewinn- und Verlustkonto schließt demnach mit einem Verlust von 420 148 M. ab, wogegen der Verlustsaldo des Vorjahres von 759 188 M. kommt, so daß ein Gesamtverlust von 1 179 336 M. verbleibt.

Der Geschäftsabschluss ist ein recht ungünstiger, besonders jener der Continentalen Gesellschaft. Er bestätigt unsere im vorigen Jahre geäußerte Ansicht, daß die Abschreibungen beim vorigen Abschluß als völlig unzulänglich gelten mußten. Auch in diesem Jahre sind wieder, wie aus der obigen kurzen telegraphischen Meldung der Bilanzzahlen ersichtlich ist, die Abschreibungen unzureichend.

Konkurs der Kaiser Treberggesellschaft. In der heute stattgehabten Gläubiger-Versammlung im Konkurs der Treberggesellschaft wurden einige Formalitäten erledigt und Johann der Bericht des Konkursverwalters, Justizrat Frieß, entgegengenommen. Derselbe berichtete über die Zeit seit dem 13. Dezember vorigen Jahres. Danach sind die nicht bevorrechtigten Forderungen von 192 Millionen auf 90 Millionen reduziert und darauf 2%, Prozent abschlagig ausgezahlt worden, während voraussichtlich eine Schlussquote mit 1 Proz., vielleicht noch etwas mehr, verteilt werden wird. Die vom Konkursverwalter für den 25. Juli aufgestellte Bilanz ergibt, daß zur Zeit noch fast 1 Million in sicheren Wertpapieren hinterlegt und die noch zu erwartenden Einnahmen auf 325 000 M. geschätzt sind.

Rheinisch-Westfälisches Kohle-Syndikat. In der heute stattgehabten Hauptversammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohle-Syndikats wurde unter den anwesenden Mitgliedern eine Verständigung über die Neubildung des Syndikats erzielt. Mit den abwesenden Mitgliedern, von denen eine Anzahl sich gegenwärtig im Urlaub befindet, sollen die Verhandlungen in der nächsten Woche fortgeführt werden.

Der Ertrag der diesjährigen amerikanischen Weizenerte in Chicago auf 665 Millionen Bushels geschätzt, 340 Millionen Bushels Winterweizen und 235 Millionen Bushels Frühjahrweizen. In Nebraska, Süd-Dakota und Nord-Dakota haben die Farmer mit überraschendem Erfolge Maccaroniweizen gebaut, wozu sie das Saatgetreide in den Jahren 1901 und 1902 aus Europa einfuhrten. Die Anbaufähigkeit des Maccaroniweizens in den Vereinigten Staaten hält man damit für glänzend bewiesen und in den kommenden Jahren dürfte diese Weizenart einen erheblichen Bestandteil der amerikanischen Ernte bilden.

Die dänische Rübenzucker-Erzeugung betrug 1902/03 etwa 70 000 000 Pfund erstes Erzeugnis gegen etwa 102 000 000 Pfund in der Betriebszeit 1901/02. Die mit Rüben bestellte Bodenfläche betrug 26 398 Tonnen Land, etwa 400 Tonnen mehr als im Jahre 1901. Der Gesamttertrag war etwa 3 Millionen Centner geringer als im Vorjahre.

Die „dänischen Zuderfabriken“ bearbeiteten in der Betriebszeit 1902/03 etwa 60 Millionen Pfund Rübenzucker gegen 85%, Millionen Pfund im Vorjahre. Sie stellten etwa 40 Millionen Pfund raffinierter Zuder her, gegen 33 Millionen Pfund im Vorjahre. Das Erzeugnis der Zuderfabrik in Nykjöbing, etwa 10 Millionen Pfund, wurde an die „dänischen Zuderfabriken“ verkauft. Die Raffinerien in Kopenhagen und Lyngby raffinierten 7%, und 18 Millionen Pfund. Eingeführt in Kopenhagen wurden im Jahre 1902 etwa 48 Millionen Pfund; der Bestand belief sich Ende 1902 auf etwa 4%, Millionen Pfund.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ein interessanter Streik ist am Mittwoch beendet worden. Belamlich waren am Montag dieser Woche im Kabelwerk am Rummendamm der Siemens-Schudert & Co. (früher Siemens u. Halske) etwa 120 Schlosser, Dreher, Schmieße und Hilfsarbeiter in den Ausstand getreten. Die Ursachen dieses Streiks, sowie dessen Verlauf werfen ein so eigenartiges Schlaglicht auf die „alltraditionelle Arbeiterfeindschaft“ der Firma, daß sie auch für eine weitere Oeffentlichkeit von Interesse sein dürften. Seit Monaten schon mußten die erwähnten Arbeiter Tag für Tag Ueberstunden machen, und zwar ohne jeden Lohnaufschlag. Der 8 1/2stündige Arbeitstag, mit dem sich die Firma stets brüstete, wurde somit in einen 12 stündigen verwandelt. Lange Zeit hindurch hatten die Arbeiter stillschweigend die Ueberstunden gemacht, einmal, weil ihnen von den Meistern gesagt wurde, die Arbeit dränge sehr, die Firma dürfe deshalb nicht in Verlegenheit gebracht werden, das andre Mal, weil sie mit dem in regulärer Arbeitszeit zu erzielenden Verdienste beim besten Willen kaum zu existieren vermochten und daher durch den Ueberstundenverdienst ihren karglichen Lohn aufzubessern glaubten. Nach und nach aber lernten die Leute einsehen, wie schädlich die Ueberstundenarbeit für sie war, und deshalb wählten und beauftragten sie eine Kommission, bei dem Abteilungsdirektor wegen Wiedereinführung einer regulären 9stündigen Arbeitszeit vorstellig zu werden. Sie erhielten die Antwort, ihr Wunsch werde voraussichtlich in vierzehn Tagen erfüllt werden können. Es vergingen aber sechs Wochen, ohne daß eine Aenderung eintrat. Da wurde die Kommission abermals vorstellig. Die Antwort lautete, es seien noch mindestens 8 Wochen Ueberstunden zu leisten. Als der Unwille der Arbeiter sich darob in der Werkstatt etwas deutlicher äußerte, ließ die Verwaltung wirklich einige Tage hindurch nur 9 Stunden arbeiten. Gleichzeitig aber erhielten ein Kommissionsmitglied und vier andre Arbeiter, die sich bei dieser Angelegenheit „unbeliebt“ gemacht hatten, ihre Entlassung, und zwar — wegen angeblichem Mangel an Arbeit. Jetzt wandte sich eine neue Kommission an den Direktor. Sie wurde aber kurzerhand an den „Waiserrat“ verwiesen. (Dem Ueingezeichneten

diene zur Kenntnis, daß dieser Waisenrat eine Institution aus der Zeit des alten verstorbenen Herrn Siemens ist, eine Art Arbeiter-Ausschuß, der früher, aus älteren Arbeitern und Beamten der Firma gebildet, ein beschränktes Mitberatungsrecht in „Wohlfahrts“-Sachen hatte und gleichzeitig als unterer Instanz für Beschwerden der Arbeiter fungierte. Die obgenannte Kommission machte sich nun zwar auf die Suche nach diesem samsonischen Waisenrat — doch der war nirgends zu finden. Es wurde zwar dieser oder jener alte Arbeiter aufgeföhrt, von dem man so dunkel vermutete, daß er vielleicht Mitglied jener ehrwürdigen Körperschaft sein könnte, doch die meisten dieser Leute waren selbst mehr oder minder im Zweifel darüber, ob der „Waisenrat“ überhaupt noch existiere bezw. ob sie noch demselben angehörten. (Eine nette Illustration zu dem kürzlich veröffentlichten „Morgenpost“-Erguß des inzwischen gegangenen Generaldirektors Dr. Bödiker über den „Wert der Arbeiterauschüsse“ bei dieser Firma.) Nunmehr griff der Metallarbeiter-Verband in diesen Scudelmund ein und suchte Verhandlungen anzubahnen. Obwohl nun die Firma nicht dem Rühmänner-Ring angehört, weigerte sich die Direktion, mit dem Verbandsvertreter zu verhandeln. Darauf legten die in Frage kommenden Arbeiter mit wenigen Ausnahmen die Arbeit nieder. Jetzt mochte der Generaldirektion doch wohl die Erkenntnis kommen, daß der Streik gar zu leichten Dimensionen annehmen könne, zumal es auch in den andern Werken und Abteilungen der Weltfirma bedenklich gäbe. Deshalb hielt es Dr. Werliker, der Nachfolger Bödikers, doch für geraten, rechtzeitig eine Einigung mit den Streikenden herbeizuführen. Unter der Zusicherung, daß keine Entlassungen noch Maßregelungen stattfinden dürfen, und daß Ueberstunden nur in dringenden Fällen gemacht, und dann mit 20 Pf. Aufschlag vergütet werden sollen, erklärten sich die Arbeiter bereit, den Streik zu beenden. Streikbrecher fanden sich nicht, obwohl der Meister Berg vom Charlottenburger Werk fünf Arbeitern im Alter von 45 bis über 60 Jahren das wenig beneidenswerte Anerbieten machte, auf ihre alten Tage noch Streikbrecherdienste zu verrichten. Trotzdem ihnen indirekt mit Entlassung gedroht wurde, lehnten sie das Anbieten des Meisters mit Entrüstung ab. — Bemerkenswert ist bei der Sache noch folgendes. Als die Streikkommission unter Vorlegung der Lohnlisten die Direktion auf die miserablen Löhne aufmerksam machte, hat letztere selbst höchlichst erkannt darüber, daß „ihre“ Arbeiter nur so wenig zu verdienen vermöchten; die Schuld hieran sah sie auf die Meister. Dabei scheint den Meistern selbst das Feuer auf den Nägeln zu brennen. Es ist ihnen nämlich in letzter Zeit von der Direktion ein Verbot zur Unterschrift vorgelegt worden, laut dessen in Zukunft eine Kündigung ausgeschlossen wird. Damit würden die Antreiber der Firma nunmehr selbst in die Klasse der Lohnarbeiter hineingeworfen, die gleich diesen jeder Zeit aufs Pflaster fliegen können. Infolgedessen haben sich die Meister jetzt unter der Leitung ihres Kollegen Wagner vereinigt, um gemeinsam gegen den Verbot zu „rebellieren“, wie ihr eigener Kunstausdruck stets in Bezug auf streikende Arbeiter lautet.

Zur Lohnbewegung der Heisenarbeiter. In der am Mittwoch abgehaltenen Versammlung teilte die Lohnkommission mit, daß der neue Tarif am Montag sämtlichen Arbeitgebern eingehändigt worden ist. Eine endgültige Antwort darauf ist nur vereinzelt erfolgt. Die meisten Arbeitgeber machten ihre Bewilligung resp. Ablehnung von dem im Laufe dieser Woche zu fassenden Beschluß der Innungsverammlung abhängig. Zu einer etwaigen Verhandlung vor dem Einigungsamt ist den Beteiligten bisher noch keine Einladung zugegangen.

Deutsches Reich.

Der Streik der Stahlformer in Hindener Eisen- und Stahlwerk (Hannover-Linden) ist mit wesentlichem Erfolge für die Arbeiter beendet. Die Ursache war folgende: In der betreffenden Abteilung herrschte früher sogenannter „Lohnaccord“. Vor einiger Zeit erklärte nun die Direktion, es werde „Stückaccord“ eingeführt, ohne sich jedoch irgendwie auf die Ausfühfrage und gegenseitige Preisvereinbarungen einzulassen. Die Arbeiter, welche vorstellig wurden, erhielten die stereotypische Antwort, daß der, dem es nicht passe, eben gehen könne. Darauf wurden die Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes bei der Direktion vorstellig; sie wurden jedoch kurzerhand zur Thüre hinauskomplimentiert. Infolgedessen legten sämtliche Stahlformer, 31 Mann, sowie ca. 45 Kernmacher, Dügel und Hilfsarbeiter die Arbeit nieder. Darauf hatte die Direktion nicht gerechnet, glaubte jedoch mit der Androhung, daß sie das Werk schließen werde, noch Erfolg zu haben. Als jedoch Tag um Tag verging und die Kommission der Arbeiter der Direktion erklärte, ehe nicht endgültig geregelte Verhältnisse herrschen, werde kein Formner anfangen, bequeme sich die Direktion, die Kommission der Arbeiter zu Einigungsvorschlägen zu erweichen. Dies lehnten jedoch die Arbeiter ab und nun ging es einmal bei der Direktion. Sie bewilligte einen garantierten Stundenlohn von 40 Pf. für alle Fälle, für ältere Formner und für Junggefellene (bis zu einem Jahre aus der Lehre) von 35 Pf., ebenso vorherige Vereinbarung über den Accordpreis. Außerdem gab die Direktion die verbindende Zusicherung, sobald die Beschäftigung wieder eine etwas bessere sei, die Tageslöhne der ungelerten Arbeiter aufzubessern. Daraufhin wurde der Kampf, der, wie wir auch anerkennen wollen, seitens des Werkes nicht mit den allgemeinen Scharnhaferpraktiken geführt wurde, beendet.

Lohnbewegung in Thüringen. In Ruhla in Thüringen sind bei der Firma Gebr. Thiel, Wollensabrik, 41 Mann wegen der Zugehörigkeit zum Verbandsverbande entlassen worden. 40 nicht gesunde Arbeiter erklärten sich mit den Gemahregelten solidarisch.

Zur Bauarbeiter-Ausperrung in Kassel wird gemeldet, daß die Einigungsbemühungen des Herrn Stadtsyndikus Dr. Brunner zu einem Erfolg noch nicht geführt haben. Herr Dr. Brunner setzt seine Vermählungen fort. — Von den Malern und Anstreichern sind jetzt 325 ausgesperrt. 60 organisierte haben auf Verlangen ihrer Arbeitgeber einen Meeres unterzeichnet, wonach sie aus dem Verbandsverbande austreten und konnten danach weiter arbeiten. Der Verband unternimmt sofort Schritte, um diese eigenmächtigen Launer an ihre Pflicht zu erinnern. Es geht aus diesem Vorgehen der Meister mit Evidenz der eigentlichen Grund der Aussperrung hervor: die beabsichtigte Lahmung der Arbeiter-Organisation! Außer den Obengenannten arbeiten noch 70 unorganisierte Maler und Anstreicher weiter. Am Sonntag kommt der Vorsitzende des Centralverbandes der Maler und Anstreicher, Döbler-Hamburg, nach Kassel, und dann wird eine Versammlung darüber bestanden, ob die Aussperrung mit Lohnforderungen beantwortet wird. — In einschneidender Weise haben die Maurer nunmehr zu ihrer Aussperrung Stellung genommen. Sie sind sich Dienstag in einer überfüllten Versammlung einig geworden, eine Lohn-erhöhung von 6 Pf. pro Stunde zu verlangen, von welchen 2 1/2 Pf. sofort nach Wiederaufnahme der Arbeit gezahlt werden sollen und die restlichen 3 1/2 Pf. mit Beginn der nächstjährigen Bauperiode. Zum gleichen Termin soll auch eine Verlängerung der bisher noch zehnständigen Arbeitszeit auf 11 1/2 Stunden Platz greifen. Sonstige Forderungen glaubte man aus tatsächlichen Erwägungen zurückstellen zu sollen. Erst nachdem die vorgenannten Lohnforderungen die begeisterte Zustimmung der Versammlung gefunden hatten, nahm auch der antwefende Vorsitzende des Centralverbandes, W. Meiburg-Hamburg, das Wort, indem er ausführte, er habe vor der Abstimmung deswegen nicht gesprochen, weil jeder Schein der Beeinflussung vermieden werden möchte. Der Vorstand hatte kein Interesse daran, die Haltung der Kasseler Maurer in dieser obsoleten Angelegenheit irgendwie zu beeinflussen. Nun aber der Beschluß, den Vertragsbruch der Unternehmer mit Lohnforderungen zu beantworten, einstimmig gefaßt sei, wird er selbstredend auch die Zustimmung des Centralverbandes finden. Mit der Androhung der Aussperrung hätten die Unternehmer ganz unerfüllbare Forderungen an die Bauarbeiter gestellt, und sie mußten dies auch wissen, da die eine Gewerkschaft der andren in ihre Angelegenheiten absolut gar nichts dreinzureden habe. Merkwürdigerweise verhielten sich die Unternehmer noch gegen den berechtigten Vorwurf des Ver-

tragsbruchs mit der sonderbaren Motivierung: es stände im Vertrage nichts davon, daß eine Aussperrung nicht zulässig wäre! Man vergesse aber augenscheinlich bei dieser lähnen Sophistik, daß ja die Maurer den Vertrag lediglich um deswillen abgeschlossen haben, um vor derartigen Aussperrungen seitens der Unternehmer in Zukunft gesichert zu sein. Es müßte konstatiert werden, daß, so lange Verträge im Baugewerbe existieren, diese von den Arbeitern allenthalben auch peinlichst innegehalten wurden. Aber von den Unternehmern liegen bereits mehrfache Vertragsbrüche vor. Um die Ungeheuerlichkeit des an die Arbeiter gestellten Verlangens richtig zu würdigen, stelle man sich doch nur einmal den umgekehrten Fall vor, 100 Arbeiter die Verträge brechen, um die Lohnforderungen anderer Berufsgruppen zu unterstützen. Die würde man da über den Terrorismus der Arbeiter landauf, landab Jeter schreien: Man könne es daher im vorliegenden Falle den Arbeitern gar nicht verargen, wenn sie die ihnen aufgezwungene Aussperrung mit Lohnforderungen beantworten. In diesem Falle stehen aber die im Centralverband organisierten Maurer auch gar nicht allein, denn auch die im christlichen Verbandsorganisierten Kollegen können eine Lohnhöhung und Arbeitszeit-Verlängerung sehr gut gebrauchen. Sie wissen außerdem, daß nach der Rekrutierung des Centralverbandes die christliche Organisation ans Messer läme. Er könne daher die Mitteilung machen, daß auch die christliche Organisation mit den centralorganisierten Maurern Schülter an Schülter kämpfen werde. Der Kampf sei ein sehr ernster und müsse daher gleich von vornherein mit großer Schärfe geführt werden. Kein Mittel würde so gewaltig auf die Unternehmer, als das Verlassen des Ortes. Daher werden denn auch bereits heute (Mittwoch) abend 150 Kollegen Kassel verlassen haben! Die andren Unberbeiteten werden morgen und übermorgen ihr Ranzel schnüren! Die Maurer werden alle Vorkehrungen treffen, um selbst zum langwierigsten Kampfe gerüstet zu sein. Zum zweitenmal werden dann die Kasseler Unternehmer nicht mehr so froh mit ihren Arbeitsbienen umspringen und wenn die gegenwärtige Situation von der Kasseler Bauarbeiter-Schaft verstanden und richtig ausgegütet wird, dann ist auch der Sieg auf ihrer Seite! Auch der Vorsitzende der christlich organisierten Maurer, Weder-Kassel, hinter welchem etwa 170 Maurer stehen, erklärte ausdrücklich, sie wollten zur schnellsten Beendigung des Kampfes beitragen und sich den Forderungen ihrer centralorganisierten Kollegen anschließen. Es handelt sich um rund 1200 Maurer, welche von Mittwoch ab in Kassel feiern! In den nächsten Tagen werden die andren in Betracht kommenden Gewerkschaften endgültige Stellung nehmen.

Nach wie vor gilt es für die Bauarbeiter aller Branchen, Kassel zu meiden und Zugzug strengstens fernzuhalten!

Der Maurerstreik in Blauen dauert fort. Wesentliche Veränderungen sind nicht zu verzeichnen. Die Unternehmer machen kolossale Anstrengungen, Streikbrecher heranzuziehen. Am Ende der vorigen Woche und am Anfang dieser Woche war Zugzug aus Böhmen und aus Chemnitz zu verzeichnen. Der Zugzug aus Böhmen besteht meist aus solchen Leuten, welche bei Beginn des Streikes abgereist sind. Jetzt lassen sich diese Leute durch Briefe der Unternehmer mit der Behauptung, daß der Streik vorbei sei, wieder herlocken. Auch der Zugzug aus Chemnitz ist nur durch solche erbärmlichen Mittel möglich gewesen. In einem solchen Falle haben die Betroffenen gegen den Unternehmer Schadenersatzklage beim Gewerbegericht eingereicht. Die Zahl der Streikbrecher hat zwar wiederum zugenommen, es hat dies aber im allgemeinen bei der kolossalen Bauhätigkeit wenig Bedeutung. Es fehlen jetzt immer noch 1400 Maurer, ehe die Zahl derer voll wird, welche vor Beginn des Streikes hier beschäftigt waren. Soll aber die Arbeit, welche in den letzten vier Wochen liegen geblieben ist, noch nachgeholt werden, dann muß die Zahl der fehlenden Maurer noch höher in Rechnung gestellt werden. Zu neuen Bedingungen arbeiten 250 Mann. Die bürgerliche Presse Sachsens hat bereits Ende der vorigen Woche fälschlicherweise den Streik als beendet gemeldet. Es ist zu bedauern, daß noch manche Arbeiter auf solche Pechmander hereinfallen, und damit den streikenden Arbeitern den Kampf erschweren. Nach wie vor ist der Zugzug von Blauen streng fernzuhalten. Alle Arbeiterzeitungen werden freundlichst um Abdruck gebeten.

Holland.

In der Prag-Bysscaner Gummifabrik ist ein Konflikt zwischen der Fabrikleitung und der Arbeiterschaft ausgebrochen. Die Arbeiter fordern Anerkennung der Organisation und des Fabrik-Arbeiterauschusses. Die Betriebsleitung hat eine diesbezügliche, erst anfangs Juli durch einen Streik herbeigeführte Vereinbarung gebrochen. Zugzug ist fernzuhalten.

Ein Generalkonflikt steht abwärts für Barcelona bevor. Das Wolffsche Telegraphen-Bureau meldet: In einem öffentlich verteilten, von den Arbeitervereinigungen unterzeichneten Flugblatte wird allen Arbeitern angeraten, den allgemeinen Ausstand am 8. August zu beginnen und ihn fortzusetzen, bis die festgenommenen Arbeiter wieder in Freiheit gesetzt seien. — Die Organisationen, um die es sich handelt, sind zumeist anarchistische.

Sociales.

Die Fabrikaufsicht in Dänemark. Aus dem kürzlich erschienenen Bericht der dänischen Arbeits- und Fabrikaufsicht im Finanzjahr 1902—1903 ist zu ersehen, daß die Zahl der in den der Aufsicht unterstellten Betrieben beschäftigten Kinder von 9273 im vorigen Berichtsjahr auf 3171 zurückgegangen ist. Betriebe mit Kinderarbeit wurden jedoch Ende des Jahres 1902 627 gegenüber 379 Ende 1901 gezählt. Diese Zunahme ist lediglich darauf zurückzuführen, daß jetzt alle Betriebe mit über fünf Arbeitern der Aufsicht unterstellt sind, damals nur Fabrikbetriebe. Da in den neu einbezogenen Handwerksbetrieben ca. 200 Kinder tätig sind (teilweise als Laufburschen), so ist die Zahl der in den Fabrikbetrieben tätigen Kinder tatsächlich um ca. 300, oder 10 Prozent zurückgegangen.

Zur Anbringung von Schutzvorrichtungen an gefährlichen Maschinen mußten in 27 Fällen die Unternehmer durch das Einschreiten der Behörde gezwungen werden. In sehr vielen Fällen mußte aus hygienischen Rücksichten eingeschritten werden. Statt der 300 Kubikfuß Luftstrom, die für jeden Arbeiter vorhanden sein sollten in gesundheitsgefährlichen Betrieben, fand man bei einem solchen Betrieb in einem Arbeitsraum 16 Arbeiter mit 170 Kubikfuß Luft pro Mann, in einem andern Raum 10 Arbeiter mit 80 Kubikfuß, und in einem dritten Raum 8 Arbeiter mit 100 Kubikfuß Luft pro Mann. Der Unternehmer mußte erst durch eine Geldstrafe von 200 Kronen gezwungen werden, Abhilfe zu schaffen. In 49 Fällen mußten Unternehmer zur Herstellung von Notausgängen mit Rücksicht auf Feuergefahr gezwungen werden. In 46 Betrieben mußte wegen Ueberfüllung der Arbeitsräume eingeschritten werden und in sehr vielen Fällen eine Verbesserung der Ventilation verlangt werden. Auf 36 Plätzen wurden Ventilationsverbesserungen größeren Umfangs verfügt. Im Bericht wird ausdrücklich darüber gefaßt, daß bei Anlage großer Fabriken so wenig Rücksicht auf rationelle Lüftung genommen wird. Die Entfernung gesundheitsgefährlicher und schmutziger Tadeln mußte in 41 Fällen verfügt werden. Oft waren die Aufsichtsbemerkungen genötigt, genaue Anweisungen über so einfache Sachen, wie die Reinigung der Wände und Fußböden von Staub und Schmutz zu geben.

Verfammlungen.

Der Centralverein der Bildhauer hielt am Dienstag seine Generalversammlung im Gewerkschaftshause ab. Das Andenken der verstorbenen Mitglieder Böschel und Ebeling ehrte die Ver-

sammlung in der üblichen Weise. Nach dem Rechenschaftsbericht betragen die Einnahmen der Verwaltungskasse Berlin 8982,00 M., die Ausgaben 8620,71 M., so daß ein Kasienbestand von 312,28 M. verbleibt. Unter den Ausgaben befinden sich 1800 M. an die Centralkasse, 167 M. Streik-Unterstützung, 4793,25 M. Arbeitslosen-Unterstützung, 338 M. Meise-Unterstützung und 850 M. Kranken-Unterstützung. — Die Lokalkasse vereinnahmte 2926,67 M. und verausgabte unter andern an Extra-Unterstützung für Mitglieder 176,20 M., an andre Gewerkschaften 193,05 M., insgesamt 1902,31 M., so daß ein Bestand von 724,36 M. vorhanden ist. Der Streik-Reservefonds, aus welchem eventuell Zuschuß zur statistischen Unterstützung geleistet wird, weist einen Bestand von 4771,10 M. auf. — Die Mitgliederzahl beträgt 861. — Als Revisoren werden Franz Weiland und Karl Walter wiedergewählt. — Für die fünf Delegierten zu der vom 20.—24. September in Berlin tagenden Generalversammlung werden Betsche, Gafel, Hildesheim, Köhn, Marggraf, Möbach, Rummel, Schmeß und Weller als Kandidaten aufgestellt.

Hierauf berichteten die Agitationskommissionen über ihre Tätigkeit. — Bekanntgegeben wurde noch, daß bei einer Firma, Große Frankfurterstr. 16, die Bildhauer die Arbeit eingestellt haben und diese Firma als gesperrt gilt.

Die Kammer hielt am Dienstagabend eine außerordentlich stark besuchte öffentliche Versammlung ab. Dieselbe beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Frage, ob bei der augenblicklich günstigen Konjunktur die schon seit zwei Jahren vergeblich geforderte Bewilligung des Fahrgeldes jetzt eventuell durch eine allgemeine Arbeitseinstellung erzwingen werden solle. Die sachliche Veredigung der Forderung wurde seitens der Lohnkommission damit begründet, daß einerseits die Steinseher schon seit vier Jahren das Fahrgeld bekommen (im Rayon der Stadt- und Ringbahn täglich 15 Pf., außerhalb das wirklich verbrauchte Fahrgeld) und daß ein kleiner Teil der in Betracht kommenden Firmen das Fahrgeld freiwillig auch den Rammern zugestanden habe, andererseits wurde die Forderung damit begründet, daß jetzt, wo die Arbeiter das Fahrgeld zu tragen haben, dieselben rücksichtslos heute nach diesem Ende, morgen nach jenem Ende von Berlin oder nach außerhalb geschickt werden, ohne Rücksichtnahme darauf, daß der Arbeiter eben eine Wochenkarte gelöst hat, die dadurch wertlos gemacht wird. Der Verbandsvorsitzende Knoll, sowie eine Reihe weiterer Redner ermahnten in eindringlicher Weise, es wegen des an sich verhältnismäßig geringfügigen Objekts nicht zu einem allgemeinen Ausstand kommen zu lassen, bei welchem bestenfalls der materielle Erfolg die Opfer und Kosten des Kampfes gerade aufwiegen würde. Es habe sich aber auch bei den Steinsehern gezeigt, daß es wegen keiner Bestimmung des Lohns so oft zu Differenzen gekommen sei, als wegen des Fahrgeldes. Und bei den eigenartig gelagerten Arbeitsverhältnissen in Berlin und Umgegend sei auch beim besten Willen keine Fassung der Fahrgeldkaufel zu finden, die nicht zu Differenzen Veranlassung gäbe. Die Steinseher seien auch bereit gewesen, die Fahrgeldbestimmung eventuell gänzlich fallen zu lassen, wenn die Unternehmer in anderer Hinsicht Entgegenkommen gezeigt hätten. Andre Redner forderten in stürmischer Weise den sofortigen Eintritt in den Streik. Nach langer und oftmals sehr unruhiger Debatte und nachdem auch die Lohnkommission erklärt hatte, daß sie angesichts des Verhaltens eines Teiles der Versammlungsteilnehmer die Arbeitseinstellung nicht empfehlen könne, wurde mit allen gegen eine Stimme der Beschluß gefaßt, daß die Lohnkommission sich an die einzelnen Firmen wenden und versuchen solle, auf dem Wege der Verhandlungen die Bewilligung des Fahrgeldes zu erlangen. Der Verbandsvorsitzende Knoll empfahl noch, überall wo es sich um Arbeit außerhalb Berlins oder außerhalb des Wohnortes des Unternehmers handele, die Vergütung des Fahrgeldes auf dem Wege der Massenklage zu erreichen zu suchen, da es rechtlich kaum zweifelhaft sein dürfte, daß in solchen Fällen die Unternehmer ohnehin Fahrgeld zu zahlen haben. Wegen der stetig sich steigenden Unruhe mußte sodann die Versammlung geschlossen werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Auslösung des ungarischen Landtages.
Budapest, 30. Juli. (W. G.) Wie verlautet, beschloß die Regierung, das Abgeordnetenhaus trotz des Exlex-Zustandes auszulösen.

Soldatennikhandlungen.
Magdeburg, 30. Juli. (W. G.) Der Lieutenant v. Schrader vom Infanterie-Regiment Nr. 27 in Halberstadt hatte sich heute vor dem hiesigen Kriegsgericht wegen Mißhandlung Untergebener in mehreren Fällen, wodurch das Leben derselben gefährdet war, zu verantworten. Die Verhandlung erfolgte unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Verurteilung zu zwei Monaten drei Tagen Festung erfolgte wegen Nichtbeachtung der Vorschriften.
Der Unteroffizier Karl Weich von der 10. Compagnie desselben Regiments wurde wegen Mißhandlung in 13 Fällen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Bosen, 30. Juli. (W. G.) Der Kaiser hat folgendes Telegramm an den Oberpräsidenten der Provinz Bosen gerichtet: „Ich freue mich, aus den Meldungen zu ersehen, daß schwere Schäden nicht erfolgt sind. Für die durch Kälte betroffene Bevölkerung habe ich den Finanzminister angewiesen 270 000 M. zur Verfügung zu stellen. Ebenfalls werde ich persönlich Ihnen eine Summe ausgeben lassen.“ Indem der Oberpräsident dies veröffentlicht, fügt er hinzu, daß der Kaiser aus Anlaß der Ueberfluthungen in der Provinz Bosen eine persönliche Gnadenbeihilfe von 5000 Mark bewilligt hat.

Gernowitz, 30. Juli. (W. G.) Infolge Wollensbruchs sind zahlreiche Häuser aus den Ufern getreten. Die Ortschaft Walschhous ist gänzlich überschwemmt. 80 Häuser wurden unter Wasser gesetzt, mehrere stürzten ein, viele andren sind dem Einsturz nahe. Die Ernte ist völlig vernichtet, der Schaden enorm.

Konstanz, 30. Juli. (W. G.) Das hiesige Bezirksamt hat den aus Ungarn gebürtigen sozialdemokratischen Schlosser Paul Schießinger dauernd aus Baden ausgewiesen.

Odeffa, 30. Juli. (W. G.) In den Fabriken der Firma Walsch und in einer einem Franzosen gehörenden Fabrik ist wegen Lohnforderungen ein Streik ausgebrochen. Auch die Führer und Kondukteure der Straßenbahn streiken, so daß der Straßenbahnverkehr völlig stockt.

London, 30. Juli. (W. G.) Unterhaus. Bei der Besprechung des Kolonialgesetzes erregte Chamberlain in Verantwortung mehrerer Anfragen das Wort und führt bezüglich der Lage in Südafrika aus, eine der größten Schwierigkeiten mit denen England zu rechnen habe, seien nicht die Beziehungen zwischen den Engländern und Boeren, sondern die Beziehungen der Boeren unter sich. Er glaube, daß es noch notwendig sei, daß der Regierung von Transvaal eine starke Gewalt zur Verfügung stehe, und wenn es sich herausstellen sollte, daß die Versöhnungspolitik vergeblich gewesen sei, würde man nicht zögern, diese Gewalt zu gebrauchen und die Unruhestifter zu verbannen. Er lege dem Briefe General Bothas, der sich über die Lage in Südafrika beschränkte, keine Bedeutung bei und meinte, daß der Brief den Einfluß Bothas verringern werde.

Amna, 30. Juli. (W. G.) Da die Direktion alle Forderungen der Arbeiter ablehnt, sind nunmehr außer den eignen Arbeitern auch sämtliche Vergarbeiter in den Streik eingetreten. Die Ruhe wurde bisher nicht gestört.

Lokales.

Auf der Freibank, welche auf Grund der §§ 7-11 des preussischen Gesetzes vom 28. Juni 1902, betreffend die Ausführung des Schlachtvieh- und Fleischbeschau-Gesetzes vom 3. Juni 1900 für den Gemeindebezirk Berlin errichtet worden ist, gelangt alles minderwertige und nach seiner Brauchbarmachung alles bedingt tauglich befundene Fleisch (einschließlich des Fettes und der Eingeweide) der in Berlin geschlachteten Rinder, Kälber, Schafe, Ziegen und Schweine zum Verkauf; ferner alles dasjenige Fleisch der genannten Tiergattungen, welches in den hiesigen Beschaustellen (Untersuchungsstationen) für eingeführtes Fleisch wegen des gleichen Befundes vom dem freien Verkehr ausgeschlossen worden ist. Außerdem werden die Reste der zur Trichinenschau benutzten Fleischproben der Freibank zum Verkauf überwiesen.

Der Verkauf des Fleisches auf der Freibank ist nur den behördlich damit beauftragten Personen gestattet. Außerhalb des Gemeindebezirks Berlin minderwertig oder bedingt tauglich befundenes Fleisch darf nur auf Ersuchen einer auswärtigen Polizeibehörde mit Genehmigung des hiesigen Magistrats in den städtischen Untersuchungsstationen zur Beschau angenommen und gegebenenfalls der Freibank zum Verkauf überwiesen werden.

Die Freibank befindet sich auf dem Rinderhieshof an der Thierstraße. Zweigstellen dürfen nur mit Genehmigung der Polizeibehörde errichtet werden. Alle Freibankstellen sind über dem Eingang deutlich als Freibank-Verkaufsstellen für minderwertiges und bedingt taugliches Fleisch zu bezeichnen. Anders als Freibankfleisch darf in den Zweiggeschäften nicht verkauft werden.

Das zum Verkauf gefesselte Fleisch wird nach zwei Qualitäten gefordert, den Käufer sichtbar nach Art und Qualität bezeichnend.

Als zweite Qualität gilt das Fleisch abnorm alter, stark abgemagerter und solcher Tiere, die aus den im § 40 der Ausführungsbestimmungen zu dem Reichs-Fleischbeschau-Gesetz vom 3. Juni 1900 der Nummer 3 aufgeführten Gründen für minderwertig erklärt worden sind. Alles übrige Fleisch gilt als solches erster Qualität.

§ 40 Nummer 3 der Ausführungsbestimmungen lautet: „Fleisch ist für minderwertig zu erklären, wenn einer der nachstehenden Mängel festgestellt ist: fischiger oder thraniger Geruch oder Geschmack, ferner sonstige mäßige Abweichung in Bezug auf Geruch und Geschmack, sowie solche Abweichungen in Bezug auf Farbe, Zusammenfügung und Haltbarkeit, namentlich oberflächliche Zerlegung, mäßiger unangenehmer Dampfergeruch, Geschlechtsgeruch, Geruch nach Arznei- oder Desinfektionsmitteln und dergleichen, mäßige Wässerigkeit, mäßige Gelbfärbung infolge von Selbstfärbung, mäßige Durchsetzung mit Blutungen, Mehlgerischen Schläuchen oder Kalkablagerungen.“

Der Preis des auf der Freibank zum Verkauf gestellten Fleisches wird von dem Magistrat in Gemeinschaft mit dem Polizeipräsidenten und, falls ein Unternehmer eintritt (wozu die Zustimmung des Polizeipräsidenten erforderlich ist) nach Anhörung des Unternehmers festgesetzt.

Den einzelnen Käufern wird an einem Tage nur einmal Fleisch verkauft und zwar in Gesamtmengen von 1/2 bis höchstens 3 Kilogramm. Fleischhändler, Gast-, Schenk- und Speisewirtin ist der Betrieb und die Verwendung von Freibankfleisch nur mit Genehmigung der Polizeibehörde und nach den von ihr aufgestellten Bedingungen gestattet. — Unverkauft gebliebenes Fleisch ist täglich vor Beginn der Verkaufszeit von den bestellten Sachverständigen auf seine Gemühtauglichkeit zu prüfen. Untauglich befundenes Fleisch wird nach Anordnung der Polizeibehörde unschädlich beseitigt.

Ein Kriminal-Wachmeister als Gabensammler. An Sammeln müder Gaben für das überflüssigste, notleidende Schicksal hat sich in Berlin Südwest ein Kriminal-Wachmeister Krüger mit Eifer beteiligt. Der Mann kam vor ein paar Tagen in eine Gastwirtschaft seines Stadtteils, bestellte zwei Glas Bier und lud den ihm bekannten Jahaber der Gastwirtschaft zum Mittrinken ein. Während man noch über diese Freigebigkeit sich wunderte und scherzte machte, begann der spendenlustige Gast mit dem Wirt ein Gespräch über die Ueberflüssigkeiten in Schlesien und fragte ihn, ob er nicht auch etwas zur Verringerung der dort herrschenden Not beitragen wolle. „Na ja,“ dachte der Wirt, und er langte in die Tasche. Er meinte, mit 1 M. davonkommen zu können, aber der Herr Wachmeister zog sein Notizbuch hervor und sagte: „Sehen Sie nur, Ihre Kollege hier hat 5 M. gegeben.“ Da begriff der Wirt und legte noch 1 M. zu. Der Sammler versuchte dann, auch im Kreise der Gäste noch ein paar Groschen locker zu machen, aber er hatte hier weniger Erfolg. Nur ein einziger Gast ließ sich bewegen, noch 50 Pf. zu opfern. Ein anderer rasonierte, hier habe der Staat die Pflicht, helfend einzugreifen, und ein dritter lehnte ohne Angaben von Gründen ab. Wachmeister Krüger ließ gewissenhaft die beiden Spender ihre Namen und die von ihnen gezahlten Beträge in sein Notizbuch eintragen und empfahl sich dann bald.

Die Zurückbleibenden haben sich über den Sammelmeister des Herrn Wachmeisters nicht sofort beruhigen können. Einer meinte, die Sache sei so interessant, daß sie veröffentlicht zu werden verdiene. Von anderer Seite wurde beigestimmt und als geeignete Stelle zur Veröffentlichung wurde der „Vorwärts“ bezeichnet. Man hat uns darauf das Vorwissen mitgeteilt, und wir brauchen, nachdem die von uns um Auskunft gebietenen Zeugen die Angaben bestätigt haben, keine Bedenken zu tragen, sie hier wiederzugeben. Warum soll nicht im „Vorwärts“ ein Polizist auch mal von der vorteilhaften Seite geschildert werden?

Von der Zunahme der Irren in Berlin. In der städtischen Irrenpflanzge Berlin befanden sich am 30. Juni dieses Jahres im ganzen 6778 Personen. Davon waren untergebracht: 3921 Personen in den eignen Anstalten der Stadt (Iren- und Irbiotenanstalt Dalldorf, Irrenanstalt Herzberge, Epileptikeranstalt Wuhlgarten), 2114 Personen in privaten Anstalten, die von der Stadt zur Ausbesserung mitbenutzt werden müssen, und 543 Personen in Familien. Seit dem 30. Juni vorigen Jahres, wo sich in der städtischen Irrenpflanzge 6202 Personen befanden haben (3786 in eignen Anstalten, 2019 in privaten Anstalten, 448 in Familien), hat wieder eine Zunahme um 376 Personen stattgefunden, das sind 6 Proz. Die Zunahme ist also hier wieder viel stärker gewesen, als sie in demselben Zeitraum bei der Bevölkerungszahl Berlins war, die seit Mitte vorigen Jahres um noch nicht 2 Proz. gestiegen ist. Das Mehr von 376 Kranken hat diesmal etwa zur Hälfte (180) von den eignen Anstalten der Stadt aufgenommen werden können, namentlich infolge der Erweiterungsbauten, die in Wuhlgarten fertig geworden sind. Zur Unterbringung des übrigen Zuwachses (190) mußten wieder die privaten Anstalten und die Familienpflege in verstärktem Maße herangezogen werden.

Die neue Straßenbahnlinie Alexanderplatz—Tempelhof—Südende—Kantow—Groß-Pläntzchen wird am 1. August eröffnet werden. Die Wagen verkehren alle Viertelstunden abwechselnd mit den Wagen der Linie Friedrichstraße—Mariendorf, so daß man alle 7 1/2 Minuten Straßenbahn-Verbindung von dem Innern der Stadt nach den genannten Vororten erhält. Dagegen wird die Straßenbahnlinie 97, die von der Friedrichstraße nach Tempelhof führte, eingezogen.

Kanalisierte Straßenbahngeleise werden gegenwärtig in der Rosenthalerstraße gelegentlich der dort stattfindenden Umplasterungen gelegt. Die Schienenstränge werden in bestimmten Entfernungen an dem Mittelboden durchbrochen und durch Eisenmäntel das Wasser in zehn Centimeter Durchmesser haltende Kanalisationsrohre geleitet, die nach den nächsten Gullies führen. Durch diese Renoverung, die auch schon an verschiedenen Stellen bei der Charlottenburger

Strassenbahn in Anwendung gekommen ist, wird das Ansammeln von Wasser in den Rillen und auf den Schienen verhindert und damit die Beschädigung des Pflasters, welches sich besonders durch Senken der Strassenhöhe an den Geleisen bemerkbar machte, vermieden. Ein weiterer Vorteil der Renoverung bildet der Umstand, daß das zwischen den Geleisen sich ansammelnde Regenwasser nicht mehr große Strecken den tiefer gelegenen Uferhochwassergebieten zufließt, sondern schon in den höher gelegenen Stadtteilen in die Kanalisation hineingeleitet wird.

Zu einer partiellen Arbeitseinstellung kam es gestern nachmittag in der Buchdruckerei Rudolf Woffe. Haben wir erst kürzlich die erbärmliche Bezahlung der Reichsadrehdreh-Korrektoren festgenagelt, so konstataren wir heute, daß die Inseratenplantage Woffe fortwährend bemüht ist, ihren Arbeitern den Verdienst zu schmälern. Die Seher des Reichsadrehdrehs beantragten auf Grund des Deutschen Buchdrucker-Tarifs für die Verwendung stehenden Satzes 50 Proz., während das Geschäft sage und schreibe ganze 6 1/2 Proz. bewilligen will. Infolgedessen kam es zu Differenzen, welche beizulegen dem Verbandsvorstande nur im negativen Sinne gelang. Mit der Anglegenheit wird sich das Tarifamt für Buchdrucker beschäftigen. Aber auch nicht nur in obiger Weise, sondern auch in anderer fürsorglicher Hinsicht erwies sich die Millionärsfirma Woffe die Sympathie ihrer Arbeiter. Während heute schon jedes einfache kleine Geschäft seinen Arbeitern Erholungsurlaub mit Gehalt im Sommer bewilligt, steht die Firma Rudolf Woffe, deren Chef auch Gutbesitzer ist, dieser Frage ablehnend gegenüber; ja selbst Beamte, welche 20 Jahre und darüber hinaus bei der Firma thätig sind, erhalten nicht eine Stunde Urlaub. Und das alles im Betriebe des Organs der neugebundenen sozialliberalen Partei!

Nach 26 Jahren als unbestellbar zurückgekommen ist eine Postkarte, welche am 7. Juni 1877 von der Langenscheidtschen Verlagsbuchhandlung, Hallestr. 17, nach Turin aufgegeben war. Am 7. Juli dieses Jahres ist die Karte mit dem Vermerk: „Adressat nicht zu ermitteln“, also nach genau 26 Jahren und einem Monat nach Berlin zurückgekommen. Wo das Schriftstück, welches noch mit der zweiten deutschen Reichspostmarke frankiert ist, so lange gesteckt hat, ist nicht erkennlich. Der Schreiber der Karte, welche dem Postmuseum einverleibt wird, ist schon seit 24 Jahren tot und auch der Adressat dürfte möglicherweise nicht mehr unter den Lebenden weilen.

Die Dreimark-Strafe auf der Hochbahn. Die Direktion der Elektrischen Hochbahn läßt durch eine ihr nahestehende Korrespondenz erklären: Die neuen Verkehrsbestimmungen auf der Hochbahn, die am 1. August eingeführt werden, haben in einem Teil der Presse eine Auslegung erfahren, die dem Sinne der Bestimmung nicht entspricht. Die Einführung eines erhöhten Fahrgeldes von 3 M. richtet sich lediglich gegen die absichtlich mißbräuchliche Benutzung der zweiten Klasse mit Fahrkarten dritter Klasse. Die ehrlichen Leute werden davon nicht betroffen. Nach der augenblicklichen Rechtslage hatte ein Fahrgast, der mit einer Karte für die dritte Klasse in der zweiten angefahren wurde, lediglich den Zuschlag von 5 Pf. nachzuzahlen. So kam einer 3. M. zehnmal für 10 Pf. in der zweiten Klasse fahren und nur das erste Mal, falls er bei der Prüfung der Karten erbeidet wird, für 15 Pf. Die ehrlichen Fahrgäste, die jedesmal 15 Pf. entrichtet haben, sind dagegen im Nachteil. Diese Rechtslage wird auch jetzt in großem Umfange in betrügerischer Absicht mißbraucht. Bei der Prüfung der Fahrkarten wurden 3. M. vor kurzem nicht weniger als 8 Personen mit Fahrkarten dritter Klasse in einem einzigen Wagen zweiter Klasse gefunden. In einem andren Falle waren es deren 6. Jeder, der die zweite Klasse der Hochbahn häufiger benutzt, kann diese Beobachtung machen. Die Einführung einer Vertragsstrafe war deshalb unumgänglich. Sie ist bei der Hochbahn niedriger als sonst überall, wo es zwei Klassen gibt. Bei der Berliner Stadtbahn ist der Betrag belanlich 6 M., bei der elektrischen Untergrundbahn in London 10 Schilling, ein ähnlicher Betrag bei der elektrischen Stadtbahn in Paris. Wer aus offenkundiger Unkenntnis oder Irrtum unrichtige Karten benutzt, wird von den neuen Bestimmungen überhaupt nicht betroffen. Ganz irrtümlich sind die Behauptungen, jene 3 M. seien auf der Hochbahn bereits erhoben worden.

Es ist ja interessant, daß sich unter den Bessersituierten eine so ausgeprägte Neigung zur Fahrgeldunterzahlung herausgestellt hat! Arbeiter sind's jedenfalls nicht, die in betrügerischer Absicht die zweite Klasse benutzen, während sie nur für die dritte Klasse bezahlt haben. Uebrigens ist wohl die Frage gestellt: Welches sind für die Bahnbeamten die objektiven Kennzeichen betrügerischer Absicht, woran erkennen sie so sicher die ehrlichen Leute und die Desfrudenten?

Eine schwere Schlägerei gab es gestern nachmittag am Alexander-Platz. Zwei von den Gelegenheitsarbeitern, die sich dort aufzuhalten pflegen, gerieten in einen Wortwechsel, der bald in Thätlichkeiten ausartete. Schließlich erhielt der 39 Jahre alte Arbeiter Theodor Richter aus der Quistenstr. 39 von seinem Gegner mit einer Eisenstange einen so wichtigen Hieb über den ganzen Schädel, daß eine flassende Wunde entstand. Blutüberströmend wurde Richter von Schlägern, die dem Austritt ein Ende machten, nach der Charité gebracht. Sein Gegner wurde festgenommen.

Der Doppelselbstmord zweier Schwestern, über den wir bereits gestern kurz berichteten, verursachte Mittwochabend kurz nach 10 Uhr in der Lützowstraße ungeheures Aufsehen. Mittwochnachmittag mieteten die beiden Damen bei der Privatierin Frau Witwe Arnheim, die im dritten Stockwerk des Hauses Lützowstr. 49 wohnt, ein nach der Straße zu gelegenes möbliertes Zimmer. Die ältere, etwa siebenundzwanzigjährige Dame bezeichnete sich als die Privatlehrerin Guttmacht, während ihre um zwei Jahre jüngere Schwester ebenfalls Malerin war. Die Mieterinnen versprachen Anzahlung für die Wohnung noch am Abend leisten zu wollen, haben dies jedoch nicht und als Frau A. gegen 1/10 Uhr sich nach dem Zimmer der beiden Schwestern begab, fand sie dieses verschlossen. Als die Witwe das Öffnen der Thür forderte, wurde ihr von den Mieterinnen geantwortet, daß sie kein Geld hätten und sich das Leben nehmen wollten. Gleich darauf wurde das Fenster geöffnet und Straßenpassanten beobachteten nun, wie das jüngere Fräulein G. auf das Fensterbrett stieg und mit der linken Hand das Fensterkreuz umklammernd in die Tiefe hinabblitzte. Durch Juxxuse, die jedoch nicht verständlich waren, verursachte die unglückliche die Aufmerksamkeit der Straßenpassanten und es sammelte sich alsbald eine größere Menschenmenge an. Vergeblich versuchte Frau A. mit Hilfe von Hausbewohnern in die Wohnung einzudringen, auch ein herbeigerufener Schlosser vermochte die Thür nicht zu öffnen, die von innen verriegelt und verschlossen war. Inzwischen war nach der zuständigen Reiterwache in der Derfflingerstraße geschickt worden, deren Reitervorposten mit mehreren Schulenteen hinzulag. Bei der Ankunft der Beamten setzte sich das Fräulein G. die Fäße herausschüßend, auf das Fensterbrett, während die ältere Schwester hinter ihr stehend, die Lebensmilde mit den Armen umfaßt hielt. So war inzwischen über eine halbe Stunde vergangen und man glaubte nicht mehr an die erste Absicht eines Selbstmordes. Am der peinlichen Situation jedoch ein Ende zu machen und Fräulein G. aus ihrer beängstigenden Stellung zu entfernen, ließ die Polizei die Feuerwehre alarmieren. In dem Augenblick, als der Mannschaftswagen vor dem Hause vorfuhr, schwang sich das Fräulein in die Tiefe. Ihr unmittelbar nach sprang die ältere Schwester. Die beiden Körper schlugen auf das Fallongitter des ersten Stockwerkes und stürzten dann übereinander auf den Bürgersteig hinunter. Die jüngere der beiden Selbstmörderinnen war augenblicklich tot;

die ältere, welche noch schwache Lebenszeichen von sich gab, wurde mit dem Mannschaftswagen der Feuerwehre nach dem nahe gelegenen Elisabeth-Krankenhaus gebracht, verstarb jedoch hier noch unter den Händen der Ärzte eine halbe Stunde nach ihrer Einlieferung. Die beiden Leichen wurden noch in der Nacht vom Krankenhaus aus nach dem Schauhause übergeführt. In dem Nachhah der beiden Selbstmörderinnen wurden keinerlei Wertgegenstände vorgefunden; sie hatten auch keine Geldmittel mehr besessen. Die Veranlassung zu der schrecklichen That dürfte demnach in pekuniären Sorgen zu suchen sein.

Durch einen Sturz vom Gerüst verunglückte gestern nachmittag der 40 Jahre alte Arbeiter Franz Thieme aus der Kronprinzenstraße Nr. 2 zu Friedrichsberg auf einem Neubau am Elisabethufer. Er fiel aus beträchtlicher Höhe herab und zog sich eine sehr schwere Kopfverletzung und eine Gehirnerschütterung zu. Der Verunglückte, der verheiratet ist, wurde in ein Krankenhaus gebracht.

Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern, Donnerstag, vor-mittag im Stuppelsaal des Kaiser Friedrich-Museums. Ein Glasergeselle, der Fenster ausmessen wollte, fiel von einem 20 Meter hohen Gerüst herab und blieb bewußtlos mitten im Saal auf dem Fußboden liegen. Andre Arbeiter brachten den Verunglückten mit einer Droschke nach der Charité, wo man einen Schädelbruch, Rückenverletzungen und mehrere Weindrische feststellte.

Verdächtig Sittlichkeitsverbrechen. Zwischen 3 und 4 Uhr nachmittags verführte gestern ein Unbekannter Auguststr. 48 im Obergebäude das Kind Helene Kant, 9 Jahre alt, Tochter des Arbeiters Kant, das für seine Mutter Milch holen sollte, zu verewaltigen. Auf die Mißrause des Mädchens kam ein Hausbewohner hinzu, worauf der Mann das Kind losließ und die Treppe hinauf stürzte. Der Attentäter wurde durch einen Schutzmann vom 12. Polizei-Revier verhaftet.

Unbekannt gestorben ist im Krankenhaus am Friedrichshain ein Mann von etwa 55 bis 60 Jahren. Er ist 1,71 Meter groß und muskulös gebaut, hat graugemischtes Haar, starke, etwas ergrante braune Augenbrauen, einen melierten Schnurr- und kurzgeschnittenee Nackenbart, ein bräunliches Gesicht, eine starke breite Nase, schlechte Zähne und blauliche Augen und trug einen schwarzen Schopfrod, schwarzblau gestreifte baumwollene Beinkleider, eine schwarze Weste, ein weißes leinenes Hemd, einen schwarzen feinen Hut und Schafstiefel. Ein Messinggehör, das man bei ihm fand, ist mit einer Trompete und den Buchstaben W. S. gezeichnet. Nach einigen Anzeichen scheint der Mann Schönfeld zu heißen.

Aus den Nachbarorten.

Neu-Weiskene. Die hiesige Gemeindevertretung war gezwungen, die Ferien zu unterbrechen, um in einer 1/4 stündigen Sitzung über die Ausnahme einer Anleihe und Bewilligung eines Hypothekendarlehens zu beraten. Dieser Punkt war bereits in einer geheimen Sitzung zum Beschluß erhoben, aber vom Landrat beanstandet, da er nach § 105 der Landgemeinde-Ordnung nicht mindestens zwei Tage vor der Sitzung bekannt gegeben wurde. Es handelte sich um die Bewilligung des dem Rentbahnbesitzer Prince Smith gehörigen Terrains im Betrage von 300 000 M. zur ersten Stelle; diese Summe erhält die Gemeinde zu 3/10 Proz., während Prince Smith 4/10 Proz. zahlt. Der erzielte Zinsüberschuß wird zur Amortisation der Anleihe verwendet. Mit der Bewilligung des Grundstücks wird auch grundbuchlich der durch das Terrain stichende Graben, welcher die Abwässer der Märanlage aufnimmt, eingetragen, derselbe muß bei einer stattfindenden Bebauung durch Röhren ersetzt werden, so daß der Gemeinde diese Abflußgelegenheit nie inhiert werden kann. — Auf eine Anfrage eines Gemeindeverordneten, welcher außer seiner gut dotierten Stellung als Beamter noch Haus- und Grundbesitzer und nebenbei Fleischbeschauer ist, wie es komme, daß zu Vergroberungen von Schlachthäusern die Konzeption verteuert wird, wird mitgeteilt, daß die Gemeindevertretung sich in nächster Zeit mit der Erbauung eines Gemeinde-Schlachthauses zu beschäftigen hat und weitere Konzeptionen aus sanitären Gründen nicht erteilt werden, zumal wenn die nächste Einwohnererschaft Beschwerde führt.

Nichtensberg. Die Krankenhausbaufrage wird doch endlich mit etwas mehr Nachdruck betrieben werden müssen, als es bisher geschehen ist. Ein Ort von beinahe 50 000 Einwohnern, mit großen industriellen Anlagen, von rein südlichem Charakter, eingeschlossen von Personen-, Güter- und Rangierbahnhöfen-Anlagen und Werkstätten wie wohl kein zweiter Ort Preuhens, hat in seinen Mauern wohl eine große Berliner Zerkensanstalt, eine von der Landesversicherungs-Anstalt Berlin unterhaltene Heilanstalt für Lungenkranke und eine solche für Geschlechtskranke, aber keine Räume für die Krankenhausbehandlung bedürftiger Einwohner. Auch die Nähe der Großstadt Berlin kann diesen Mangel nicht weit machen. Abgesehen davon, daß Berlin zunächst für seine Kranken zu sorgen hat oder hätte, ist dort zur Zeit ein solcher Mangel an Betten vorhanden, daß Kranke trotz der lobenswerten Einrichtung der Auskunftsverteilung durch das Bureau der Berliner Rettungsgesellschaft stundenlang umherfahren müssen, ehe sich ein Plätzchen für sie findet. Viel schwerer ist die Unterbringung der Vorortseinwohner; hier muß also endlich Wandel geschaffen werden. Ein Ort, der zu Architektenbauten und zur Subvention der Hausbesitzer Geld hat, muß auch für seine Kranken Gemeindeglieder Unterkunft schaffen können. Also, Ihre sozialdemokratischen Gemeinde-Verordneten, auf Euch rechnet die Einwohnererschaft auch in dieser Frage!

Die letzte Öffnung der Rummelsburger Viehmarkt-Interessenten bildet nunmehr des Kammergerichts. Während die Rummelsburger Gemeindevertretung nach eingehender Prüfung der Sachlage, von einem Vorgehen gegen die polizeiliche Schließung des Viehmarktes abzusehen beschloß, da sie sich keinen Erfolg davon verspricht, ist ein Teil der Interessenten anderer Meinung. Sie setzen ihre Hoffnung auf die Rechtsprechung des Kammergerichts, welches bisher den § 18 des Reichs-Viehseuchengesetzes vom 1. Mai 1894 so ausgelegt hat, daß die polizeiliche Schließung eines Viehmarktes nur beim Vorliegen einer bestimmten Seuchengefahr für die Dauer dieser Gefahr zulässig sei. Außerdem mühten in der betreffenden Anordnung die Art der Seuchengefahr sowie der Seuchenherd genau angegeben werden. Diese Angabe fehlt jedoch in der landespolizeilichen Anordnung über die Schließung des Rummelsburger Viehmarktes, so daß, wie die Beteiligten erwarten, die Verfügung dieses Formsehlers halber vom Kammergericht, falls dieses seiner bisherigen Praxis treu bleibe, für rechtmäßig werde erklärt werden müssen. Um jedoch die Frage vor das Kammergericht zu bringen, soll die Verfügung absichtlich übertreten, gegen die zu erwartende Geldstrafe gerichtliche Entscheidung beantragt und der Prozeß bis zur höchsten Instanz durchgeführt werden.

Rixdorf. Von seinem aufschlagenden Pferde ins Gesicht getroffen wurde gestern nachmittag in der hiesigen Vereinsbrauerei beschäftigte Wierfahrer Besh. Dem Unglücklichen wurde das Rasenbein und der Unterleiber zerföhmetert, weshalb er nach Anlegung eines Rotverbandes nach einer Berliner Heilanstalt in der Flensburgerstraße übergeführt werden mußte. — Der Arbeiter Julius Andertweit aus der Rohenstr. 15 in Berlin führte gestern nachmittag in der hiesigen Wildenbruchstraße beim Abladen von Kohlen so unglücklich vom Wagen herab, daß er außer leichteren äußeren, schwere innere Verletzungen erlitt, die seine Ueberführung nach dem Krankenhaus am Urban erforderlich machten.

Klingel-Bolle und die Straßenpolizeiordnung für Rixdorf. Auch Klingel-Bolle wehrt sich jetzt gegen die, den Rixdorfer Straßenhandel unterbindende Bestimmung der Straßenpolizeiordnung.

wonach im ganzen Stadtgebiet der Straßenhandel mit Benutzung von Fußwegen verboten ist. Der Kutscher J. von der Meierei Volke war wegen Uebertretung dieser Vorschrift angeklagt worden, weil er auf Nixdorfer Gebiet vom Wagen aus Butter etc. verkauft hatte. Er wurde auch in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt. — Angeklagter legte Revision ein. Sein Vertreter (richtiger der Vertreter der Meierei Volke) bestritt zunächst die Rechtsgültigkeit der angezogenen Vorschrift, weil diese über den Rahmen des Polizeiverordnungsrechts hinausgehe. Dann aber machte er näher geltend, daß selbst wenn sie rechtsgültig wäre, die Vorschrift auf keinen Fall den Volleischen Betrieb treffe, da bei diesem die Meiereiprodukte meist in die Häuser und den Kunden zugetragen würden. Ein Hausierhandel liege nicht vor.

Das Kammergericht wies indessen die Revision ab und führte aus: Die Bestimmung sei unbedenklich rechtsgültig und auch richtig angewandt, denn sie verbiete jeden Handel vom Wagen aus der Straße.

Steglich. Durch eigene Unvorsichtigkeit verunglückte gestern nachmittag der Kutscher eines Berliner Geschäftswagens in der Schloßstraße. Der Unvorsichtige versuchte kurz vor einem daherkommenden Straßenbahnwagen die Schienen zu überschreiten, das Warnungssignal des Wagenführers nicht achtend. Das Unvermeidliche geschah: Der Kutscher wurde von dem Wagen umgestoßen und eine kleine Strecke mit fortgeschoben. Aus einer Kopfwunde stark blutend, wurde er zunächst auf einen Hausflur gebracht und, nachdem er sich etwas erholt, mit der Elektrischen nach der Sanitätsstation befördert, wo ihm ein Verband angelegt wurde. Später konnte er sich mit seinem Fuhrwerk nach Hause begeben.

Zehlendorf. Am Sonnabend, den 1. August, abends 8 Uhr, im Restaurant Beltrich, Alsenstraße 86, öffentliche Gewerkschafts-Versammlung. Außer dem Vortrag über „Aufgaben der Gewerkschaften“ steht auf der Tagesordnung: „Warum beschäftigt die Gemeinde so wenig hiesige Arbeiter bei ihren Bauten und warum Hunderte von Italienern beim Bahnhofsbaue?“ Die Gemeindevertretung ist dazu eingeladen. Pflicht eines jeden Arbeiters ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Bau des neuen Bahnhofs Zehlendorf-West, welcher bekanntlich von der Gemeinde ausgeführt wird, zeitigt wieder so echt kapitalistische Wälen. Der Mehrzahl der hiesigen Einwohner ist es schon unbegreiflich, warum die Gemeinde baut und es nicht der Gesellschaft, die doch dabei interessiert ist, überläßt. Aber, wenn schon, warum sorgt die Gemeinde nicht dafür, daß auch hiesige Arbeiter (bei den jetzt begonnenen Erarbeiten) beschäftigt werden? Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit schreiben unsere bürgerlichen Vertreter, schänt die hiesigen Handwerkermeister. Auch für Herrn Er-Malermeister Hammer bot sich Gelegenheit, sein warmes Herz für die Arbeiter zu bezeugen, doch nichts rührte sich. Einem Generalunternehmer aus Karlsruhe, Namens Spridderhof, hat man die Arbeiten übertragen. Derselbe importierte sofort italienische Arbeiter, die aber ausblieben, nachdem auf eine Annonce im hiesigen „Anzeiger“ sich kein Quartier für hundert Arbeiter finden ließ. Es wurde dann der Versuch gemacht, hiesige Arbeiter für 35 Pf. pro Stunde zu gewinnen, doch vergebens, und so arbeiten denn schon seit einigen Wochen Polen und Italiener hier, nachdem es gelungen war, in den Paraden am Teltower Kanal die Leute unterzubringen. Zur „Ehre der Gemeinde Zehlendorf“ arbeiten jetzt Ausländer zu 32 Pf. pro Stunde. Hoch lebe die Internationalität des Kapitals! Zehlendorfer Arbeiter aber werden nicht angenommen. Man behauptet, die hiesigen Arbeiter haben nicht so viel Ausdauer. Rein, die Sache ist vielmehr die, von 32 Pf. pro Stunde kann niemand eine Familie ernähren. Mit neun Stunden Arbeit ist die Körperkraft genügend erschöpft; nur stupide, stumpfsinnige Menschen lassen sich heute noch unmenslich ausbeuten. In diesen Tagen nun sind wieder größere Trupps Italiener eingetroffen, an 200 sollen es schon sein. Die Paraden am Kanal mühten geräumt werden, und man war deshalb in tausend Kengeln, wo man nun die lieben Italiener alle unterbringt. Am Montag zog ein Trupp von 30 Mann nach Berlin, um dort zu nächtigen. Zum Teil bringt man die Italiener jetzt auf Heuböden unter. Da ja unsere Polizei auf alles ein wachsameres Auge hat, wird sie wohl bald feststellen, ob das nötige Raumverhältnis pro Mann und sonst alles, was die moderne Hygiene verlangt, um Epidemien vorzubeugen, vorhanden ist und eventuell die Gemeinde auffordern, als Arbeitgeber Abhilfe zu schaffen.

Beck. Beim Rangieren auf dem hiesigen Bahnhof geriet der Arbeiter Herrmann zwischen zwei Puffer, wobei ihm ein Arm vollständig zerquetscht wurde. Nachdem dem Verunglückten im Sanatorium der Beilstraße Becking ein Notverband angelegt war, wurde er mit dem nächsten Zug nach Potsdam in ein Krankenhaus übergeführt.

Eine Dohlnut von Bestrafungen von Eisenbahnfahrern, welche über das Ziel ohne Fahrkarte hinausfahren, ist in den letzten Wochen auf der Potsdamer Eisenbahn eingetreten. Bisher war es gestattet, wenn man ohne neue Fahrkarte über das Endziel der benutzten Fahrkarte hinausfuhr, einfach den Betrag, sobald man sich rechtzeitig bei dem Stationsbeamten meldete, nachzuzahlen. Die Eisenbahn-Betriebsinspektion IV hatte aber kürzlich einen neuen Decernenten erhalten, welcher sich genau an den Wortlaut des Reglements hielt und deshalb jeden Passagier, der ohne richtige Fahrkarte betroffen wurde, in sechs Mark Strafe nehmen ließ. Diese Neuerung trat ohne vorherige Bekanntmachung in Kraft und bewirkte, daß beispielsweise in Potsdam täglich etwa 25 Anzeigen erfolgten. Es waren unter den abgefahrenen Personen häufig ärmere Personen, die nicht sechs Mark Geld bei sich hatten und deshalb in arge Bedrängnis gerieten. Da nun auch die Beamten infolge der drakonischen Auslegung des Reglements viele Weiterungen hatten, scheint man endlich, nach etwa drei Wochen, in dem neuen Decernat andre Seiten aufzuspannen, denn seit Dienstag wurde die Maßnahme wieder zurückgezogen, so daß man jetzt wieder Fahrkarten nachlösen kann. Alle diejenigen, welche sechs Mark gezahlt haben, werden gut thun, dieselbe im Beschwerdewege wieder zurückzufordern.

Zohannisthal. Fund einer Kindesleiche. Beim Beerensuchen wurde am Donnerstagmittag von einem zwölfjährigen Mädchen am Rande des Waldes in einer geringen Entfernung vom Tollhause die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden. Die Leiche hatte eine Halschnittwunde und war in Leinwand und dann in graues Packpapier eingeschmückt. Bis jetzt ist es nicht gelungen, den Sachverhalt aufzuklären.

Gerichts-Zeitung.

Die Abenteuer eines Durchbrenners gelangten gestern vor der neunten Ferienstrasskammer des Landgerichts I zur Erörterung. Aus der Untersuchungshaft wurde der 19jährige Schreiber Georg R o a d unter der Anklage der Unterschlagung vorgeführt. Road war seit dem Juli v. J. bei der Neuen Boden-Aktien-Gesellschaft als Kassier mit einem Monatsgehalt von 50 Mark (1) angestellt. Zu seinen Obliegenheiten gehörten u. a. auch die Postgänge. Am 27. September vorigen Jahres erhielt der Angeklagte einen Geldbrief mit 6000 M. Inhalt zur Beförderung nach der Post. Er unterlag der Verführung und unterschlug den Brief. Seiner 15jährigen Braut erzählte er, daß er eine längere Geschäftsreise zu unternehmen habe und überredete er das junge Mädchen, heimlich das elterliche Haus zu verlassen und ihn zu begleiten. Das Paar dampfte dann zunächst nach München ab und reiste von dort nach Neapel. Hier erst will der Angeklagte seiner Begleiterin offenbart haben, was er begangen. Er mietete sich dort einen Laden und begann einen Handel mit Anführerarten, wobei das junge Mädchen die Rolle der Verkäuferin übernahm. Nach kaum sechs Monaten waren die 6000 M. verausgabt, dem jungen Paar blieb nichts andres übrig, als die Heimreise anzutreten, der Angeklagte stellte sich der Behörde, das reuige junge Mädchen fand wieder im Elternhause Aufnahme. Der Durch-

brenner zeigte vor Gericht wenig Reue. Auf Vorhalt des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektors Kanow, wie er so viel Kummer und Schande seinen braven, ehelichenden Eltern habe bereiten können, meinte der Angeklagte, daß seinen Vorgesetzten der größte Teil der Schuld gebühre, denn wäre ihm der Geldbrief nicht anvertraut worden, hätte er ihn auch nicht unterschlagen können. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren, der Gerichtshof erkannte auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis.

Die Ausübung der Heilfunde im Umherziehen ist den nicht-approbierten Heilkundigen durch die Gewerbe-Ordnung verboten worden. Der Jahneheilkundige Kallmann suchte sich nun mit dieser Bestimmung in der Weise abzufinden, daß er, der in einer Nachbarstadt seines Wohnortes hin und wieder praktizieren wollte, sich in einem dortigen Hotel ein für allemal ein bestimmtes Zimmer sicherte, wo er bei seinem öfteren vorübergehenden Aufenthalt in der Stadt die Kunden empfing, die infolge Zeitungsannoncen zu ihm kamen. Vorher hatte er dem Magistrat sein Vorhaben gemeldet. Wenn K. nach einigen Tagen wieder abreiste, hinterließen in dem Zimmer an zahnärztlichen Instrumenten nur zwei Jangen. — K. wurde wegen Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung angeklagt und in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er „im Umherziehen“ die Jahneheilkunde ausgeübt habe. Ein stehendes Gewerbe habe er in jenem Hotelzimmer nicht betrieben; die mißweisliche Sicherung des Zimmers für den jeweiligen Aufenthalt in der Stadt ziele nur auf eine Umgehung des Gesetzes ab. — Das Kammergericht ist bereit, die gegen dieses Urteil eingelegte Revision des Klägers mit folgender Begründung: Es sei ausreichend festgestellt, daß in jener Unterkunft im Gasthause eine gewerbliche Niederlassung nicht gefunden werden könne. Mit Recht habe der Vorderrichter angenommen, daß K. das Gewerbe des Jahneheilkundigen im Umherziehen ausgeübt habe. Daß er jedesmal dasselbe Hotelzimmer benutzte, spreche nicht dagegen.

Verfammlungen.

Dritter Wahlkreis. Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am Dienstag im Gewerkschaftshause seine ordentliche Generalversammlung ab. Nach der üblichen Ehrung der verstorbenen Mitglieder berichtete der Vorsitzende Fröhlich, daß im verfloffenen Quartal wegen der entfalteten Tätigkeit zur Reichstagswahl die Abhaltung von Vereinsversammlungen unterblieben sei; es habe aus denselben Gründen auch nur eine Vorstandssitzung stattgefunden. Der Kassenerbericht gab Harndt, demnach beträgt die Einnahme inkl. Bestand 2421,55 M., die Ausgabe 1150,70 M., so daß ein Kassenerbestand von 1261,85 M. verbleibt. Zu Agitationszwecken wurden dem Vorstand 1000 M. überwiesen. Gegenwärtig gehören dem Verein 2013 Mitglieder an. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Die sodann vorgenommenen Ergänzungswahlen des Vorstandes ergaben die Wiederwahl sämtlicher turnusmäßig auscheidender Funktionäre. Gewählt wurden also: Pohl als 2. Vorsitzender, Lange als 2. Kassierer, Jonas als 2. Schriftführer und Gahn, Kräker und Müller als Revisoren.

Hierauf sprach Reichstags-Abgeordneter Emil Rosenow über den „Ausfall der Wahl und die bürgerlichen Parteien“. Redner führte aus: Mit Stolz und Genugthuung können unsere Partei auf den hinter uns liegenden Wahlsatz zurückblicken. Keinemal hätten die Genossen einen solchen Opfermut und solche Begeisterung betätigt wie bei dieser Wahl. Um unsren beispiellosen Erfolg aber auch richtig zu würdigen, müßte man ein wenig tiefer blicken. Zweifellos hätten unsere gesamten Gegner während der letzten fünf Jahre ungezählte Fehler gemacht, die uns zu gute gekommen seien. Auch die Zerfahrenheit der bürgerlichen Parteien während des Kampfes bis zum Hauptwahltag, sowie deren kurzfristige und verfehlte Fraktionspolitik, wie sie sich besonders bei der freisinnigen Volkspartei zeigte, haben zu unsren Erfolgen mit beigetragen. Doch die Hauptursache des rapiden Aufwachsens unsrer Stimmenzahl liege unbedingt in der ökonomischen Struktur der bürgerlichen Gesellschaft. Die Interessengegenstände zwischen Industrie und Landwirtschaft, die den erbitterten Kampf der Groß-, Mittel- und Kleinproduzenten unter einander in diesen beiden Wirtschaftsklassen immer mehr auf die Spitze treiben, und andererseits der immer schärfer hervortretende Kampf zwischen Kapital und Arbeit — alle diese Gegensätze seien bei der Hauptwahl mit nie dagewesener Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen. Deshalb liege in dem Ausfall dieser Wahl ein gewaltiger Protest gegen die ganze heutige Gesellschaftsordnung und eine Anerkennung des Sozialismus. Diese Erkenntnis sei auch unzweifelhaft unsren Gegnern zum Bewußtsein gekommen, weshalb sie sich bei den Stichwahlen trotz aller Interessengegenstände in schlotternder Angst zusammengefunden haben zur gemeinsamen Verteilung der bürgerlichen Eigentumsordnung gegen die Sozialdemokratie. Redner geht nun im einzelnen auf die der Sozialdemokratischen Fraktion erschwerten Aufgaben ein in der Gewissheit, daß die verstärkte Zahl unsrer Abgeordneten sicher alles davon setzen werde, um auch einen verstärkten Einfluß auf die Gesetzgebung auszuüben zum Wohle des gesamten deutschen Volkes. In der Diskussion nimmt zunächst der Abgeordnete des dritten Wahlkreises, Genosse Heine, das Wort. Er knüpfte an die Aeußerung eines französischen Sozialisten an, daß die französische Sozialdemokratie mehr politische Macht habe, als ihrer inneren Kraft entspricht. In Deutschland sei es umgekehrt, die Sozialdemokratie habe auf die Gesetzgebung und Verwaltung nicht entfernt den Einfluß, der ihr nach ihrer Zahl von Wählern und Abgeordneten und ihrer Geschlossenheit und Kraft gebührt. Freilich solle das nicht bedeuten, daß die Politik der französischen Genossen nach Deutschland verpflanzt werden sollte, wo alle Voraussetzungen dafür fehlten; hätten sich doch auch die französischen Genossen noch zu sehr als Gefühlspolitiker erwiesen, um solche Versuche wie Müllers des Ministeriums ohne inneren Schaden für die Bewegung auszuhalten. Redner berührt darauf die Frage, ob die Fraktion eine der Vicepräsidentenstellen für sich fordern solle. Er meinte, daß Versuche besser gelaufen hätte, diese Frage, die vielmehr nach den besonderen Umständen als nach allgemeinen Grundfragen zu entscheiden sei, zunächst nicht in die öffentliche Debatte zu werfen, nachdem es aber geschehen, wolle auch er Stellung dazu nehmen. Er halte es für notwendig, den ersten Vicepräsidentenposten zu fordern, weil man ein Recht nicht unbemüht lassen solle, und wegen des Eindrucks auf den Reichstag und die Öffentlichkeit. Wenn das nur zu erlangen sei, gegen die Bereitwilligkeit, dem Kaiser den üblichen formalen Besuch abzustatten, so dürfe das kein Hindernis sein. Nicht etwa, daß Redner Vernsteins Ausführungen über den der Republik genähereten Charakter der deutschen Verfassung billigte; es komme nicht auf juristische Formen sondern auf die Thatfachen an, und diese seien in Deutschland so unrepublikanisch wie möglich. Aber er sei der Ansicht, daß die Fraktion sich durch Erfüllung einer Höflichkeitsschuld nichts vergäbe. Es sei Unfreiheit und Mangel an Selbstvertrauen, wenn man glaube, durch solche Formhandlungen verliere man sich selbst und seine Ueberzeugung. In ihrer Haltung zur Monarchie im allgemeinen und zum jetzigen Kaiser im besonderen habe die Sozialdemokratie nichts zu revidieren. Wenn Pfarrer Raumann ihr das wiederum empfehle, so habe er eben immer noch nicht begriffen, worin die Erfolgslosigkeit der national-socialen Versuche ihren wahren Grund habe, nämlich in der phantastischen Idee der Möglichkeit eines demokratischen Kaiserthums Wilhelms II. Die Schwierigkeiten der Präsidialangelegenheit lägen hauptsächlich in der Personenfrage, weil es in der Sozialdemokratie, wie in jeder Fraktion nur wenig Leute geben dürfte, die diese bindende und aufreibende Funktion übernehmen könnten und möchten, und weil die Abgeordneten, denen die geschäftliche und rednerische Führung der Fraktion in den Sitzungen hauptsächlich oblag, außer Betracht bleiben müßten.

Es beteiligten sich ferner an der Debatte Harm, Fröhlich und Heide. Die beiden ersteren sprachen sich auch gegen die Besetzung des Vicepräsidentenpostens durch einen Sozialdemokraten aus, falls damit Besuche bei Hofe verbunden sein sollte.

Deutscher Holzarbeiter-Verein. Die Zahlstelle Berlin hielt am Mittwoch in Reuters großem Saal ihre Generalversammlung ab.

Die Abrechnung vom 2. Quartal, die den Mitgliedern gedruckt vorliegt, weist hinsichtlich der Hauptkasse die Bilanzsumme vom 107 637,50 M. auf. Das Guthaben der Lokalkasse für das nächste Quartal beträgt 62 247,10 M. Die Lokalkasse hatte 267 048,87 Mark Einnahmen und 48 294,36 M. Ausgaben, so daß am Ende des Quartals ein Bestand von 208 754,51 M. einschließlich des Guthabens bei der Hauptkasse vorhanden war. Für Arbeitslosen-Unterstützung wurden 18 543 M. ausgegeben. Die Arbeitslosigkeit war im verfloffenen Quartal nicht sehr erheblich. Daß die Gesamtausgabe verhältnismäßig hoch war, hat seinen Grund hauptsächlich darin, daß 11 000 M. außergewöhnliche Ausgaben (5000 M. als Darlehen an die Maschinenarbeiter, 3000 M. für Agitation an Gerisch und 3000 M. für den Streikfonds der Hauptkasse) zu verzeichnen waren. Die Mitgliederzahl hat sich im Laufe des Quartals nur wenig verändert und betrug am Quartalschluß 12 796, darunter 28 weibliche Mitglieder. Der Rentant Nieke verlas hierzu noch die Abrechnungen vom Maschinenball am 21. Februar, von der Urania-Vorstellung und vom Maschinenball der Stadtarbeiter. Alle drei Veranstaltungen haben Ueberschüsse ergeben und zwar von 406,50 M., von 52,80 M. und von 18,60 M. — Dem Rentanten wurde einstimmig Entlohnung erteilt. — Darauf gab der erste Bevollmächtigte Glöde den Bericht des Vorstandes. Die Verwaltung hat 10 Sitzungen und 2 kombinierte Sitzungen abgehalten. Rechtschutz bewilligte die Verwaltung in 20 Fällen, Darlehen wurden 38 bewilligt, Mahregelungs-Unterstützung in 31 Fällen und Sterbegeld in 15 Fällen. Wegen der Reiseer wurden 30 Kollegen ausgesperrt, was eine Ausgabe von 847 Mark für Unterstüzung verursachte. Die Verwaltung hatte sich außerdem mit einer Anzahl Werkstübedifferenzen zu befassen. Ferner machte die Tarifbewegung der Bauarbeiter eingehende Beratungen notwendig. Der Hauptvorstand in Stuttgart hatte der geplanten Lohnbewegung der Berliner Bauarbeiter die Zustimmung versagt und zwar mit Rücksicht auf die in andern Städten vor sich gehenden Streiks und Aussperrungen. Der Plan, die Kosten der Lohnbewegung aus lokalen Mitteln zu decken, fand in der Zahlstelle nicht die genügende Unterstützung. Der Umstand, daß die Bewegung in dieser Weise scheiterte, hat unter den Bauarbeitern eine gewisse Erbitterung hervorgerufen. Glöde schilderte nun der General-Versammlung die Vorgänge, die zu diesem Ergebnis geführt haben und zeigte, wie die Verwaltung in dieser Hinsicht ihre Pflicht gethan und im Interesse der Gesamtheit gehandelt hat. In diese Ausführungen knüpfte sich eine längere Debatte, die aber zu keinen Veränderungen bezüglich der Bestimmungen über die Einleitung von Lohnbewegungen und Streiks Veranlassung gab. — Dem Bericht des Arbeitsvermittlers Raab ist zu entnehmen, daß im verfloffenen Quartal von 779 Unternehmern 1933 Stellen gemeldet wurden; befehrt wurden davon 1161. Der Redner berichtete ferner über verschiedene Werkstübedifferenzen, die teils erledigt sind, teils noch schweben. Aus der Bibliothek wurden 2748 Bände entliehen. Des weiteren berichtete Raab über die Tätigkeit der Werkstatt-Kontrollkommission, die für sämtliche Branchen 134 Mitglieder zählt. In allen Branchen wurde eine rege Tätigkeit entfaltet, die teils der Agitation für den Verband, teils andern Zwecken dienete. Als Arbeitsvermittler wurde Raab einstimmig wiedergewählt. — Auf die Berichterstattung des Gauborschers wurde verzichtet, da dieser Bericht in der Holzarbeiter-Zeitung erscheinen wird. Ein Antrag auf Ausschluß von Robert Wunde, Louis Saban, Malowal und Dehnert in Hemmingdorf wurde von der Generalversammlung angenommen. — Die Ertragswahl zur Ortsverwaltung hatte folgendes Ergebnis: 2 Bevollmächtigte Klinger, 2 Kassierer König, 2 Schriftführer Dahle, Weistyer Laube und Bod. Als Revisor wurde Oskar Schmidt wiedergewählt und als Gauborstandsmitglied Weich gewählt.

Im Schmaragdener Wahlverein referierte am 28. d. M. der Reichstags-Abgeordnete Jubel über „Die preussischen Landtagswahlen“. Redner führte aus, obwohl ein Erfolg bezüglich der Ergründung von Mandaten angesichts der bisherigen Haltung der bürgerlichen Presse nicht vorausbestimmbar sei, müsse doch mit größter Energie in den Kampf eingetreten werden. Das jetzige elendste aller Wahlsysteme müsse beseitigt werden. Bei starker Wahlbeteiligung der Sozialdemokratie sei zu erwarten, daß eine Änderung des Wahlsystems, wenn auch nicht auf den ersten Anprall, so doch sicher bei späteren Vorstößen, erzielt werde. Bei eingehender Erläuterung der Wahltechnik zeigt Referent die vielfachen Ungerechtigkeiten und Widersinnigkeiten des Gesetzes und empfiehlt dem Verein, sich rechtzeitig Wahlmänner zu sichern, sowie die Gemeindevertretung zu baldiger Feststellung der Wahlbezirke zu veranlassen. Wille führt aus, der Kampf sei vornehmlich ein Kampf um ein gerechtes Wahlrecht, der mit Ausbittung aller Kräfte zu führen sei. Am Orte werde die Aufstellung von Wahlmännern nicht schwierig sein, jedoch sei deren Zahl bei der Richtigkeit und großen Stärke des hiesigen Bürgerturns nur möglich, wenn auch der letzte Arbeiter stimme. Bei der Gemeindevertretung werde man auch wegen Verlegung der Wahlzeit in die späten Nachmittagsstunden petitionieren. Stübling erachtet die Beteiligung an der Wahl für einen Fehler und wünscht, daß eine Gegenfrörmung veranlaßt werde, da nach seiner Meinung selbst die Tätigkeit unsrer Vertreter im Reichstag zwecklos sei. Jubel und andre Genossen weisen diese Ausföhrungen energisch unter lebhafter Zustimmung der Versammlung zurück und fordern, daß während der Wahlperiode eine derartige Gegenaktion unterbleibe. — Dem Kassierer wird nach Verlesung des Kassenerberichts Decharge erteilt. Aus dem Vorstandsbericht ist hervorzuheben, daß infolge der ausgedehnten schriftlichen Agitation des Vorstandes ein schnelleres Wachsen des Vereins, der jetzt 50 Mitglieder zählt, eintrat. Es wird an die Mitglieder appelliert, den Vorstand auch durch mündliche Agitation zur Stärkung des Vereins zu unterstützen. Auch die Zahl der „Vorwärts“-Abonementen ist in erfreulichem Maße gestiegen. Das Vergnügungskomitee macht noch auf das am 16. August im „Wirtshaus Schmaragdener“ stattfindende Stiftungsfest aufmerksam.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Reichstags-Wahlkreis Ralen-Lucken. Sonnabend, den 1. August, abends 8 1/2 Uhr, ordentliche Generalversammlung beim Genossen Tempel in Alt-Borghagen 56, dicht beim Bahnhof Stralau-Rummelsburg. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom vorigen Quartal. 2. Wahl der Revisoren. 3. Beschlußung der Kreis-Konferenz. 4. Verschiedenes. — Gäste willkommen. Der Vorstand.

Eingegangene Druckschriften.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ (Administration: Berlin SW. 19 Genßlerstr. 2) haben jedoch das August-Heft ihres 9. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt derselben werden wir hervor: Paul Gähde: Das Ende der Nationalsozialen? — Dr. Eduard David: Zu Kantons Kritik meines Agrarwerks. — Johannes Linn: Sozialdemokratie, Volkst und Wissenschaft. — Otto Hue: Das rheinisch-westfälische Kohlenhandels und die Bergarbeiter. — Heinrich Kaufmann: Wesen und Arten der Genossenschaften. — Dr. Karl Kollwitz: Kerze und Kranzschleifen. — Elisabeth Stern: Einige Worte über bürgerliche Kultur. — Wirtshaus von Max Schuppel. — Politik von Richard Calmer. — Sozialpolitik von Paul Kampffmeyer. — Sociale Kommunalpolitik von Dr. Hugo Andemann. — Sozialistische Bewegung von Dr. Ladislav Gumplowicz. — Gewerkschaftsbewegung von Paul Umbreit. — Genossenschaftsbewegung von Gertrud David. — Heftige Bewegung von S. Kagenstein. — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf.; vierteljährlich 1,50 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Postporture und durch jede Postanstalt (Post-Versandskatalog Nr. 7425), ferner direkt durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Genßlerstr. 2, Berlin SW. 19 (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossenem Couvert). Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.
N. N. Sie sind im Arzum. — N. N. 100. Sie können verlangen zu vernehmen was Sie wollen. — N. 16. Ein Zahlungsbefehl, gegen den Widerspruch erhoben ist, ist nicht vollstreckbar. — N. 99. Es Sie neben Militärpension Invalidenrente beziehen können, hängt von der Höhe

der Renten ab. Das Nähere finden Sie 316, 317 des in den öffentlichen Verträgen ausliegenden "Arbeiterrechts". — **Wahl.** Sie können beim Amtsgericht auf Rückzahlung klagen. — **G. H. 100.** Sie können hinsichtlich des 1500 Mark jährlich übersteigenden Lohnes Lohnzahlung beim Amtsgericht beantragen. — **M. W. Jowohl.** — **1000.** Wenn dreimonatliche Kündigungstermin im Verträge vereinbart ist, so hätte spätestens am 30. Juni die Kündigung zugestellt werden müssen. — **F. M.** Die Anstrengung einer Klage wäre zwecklos; nicht jede Angelegenheit läßt sich durch Austragung vor Gericht klarstellen. Der Beweis, daß der Beklagte Ihnen Falschung vorgenommen hat, ist schwer zu führen. — **S. S. 28.** Sie haben keinerlei Pflicht, das von der Gemeinde für Ihre Schwiegereltern bezahlte dieler zu erstatten. — **S. S. 51, 100, G. D. 100:** Ja. — **P. D. 91.** Das Zeichen wird wohl lauten D. G. R.: Ober-Erziehungs-Kommission. — **Ungläubiger Thomas.** 1. Ja. 2. 3. Ja. — **G. H.** Ueber derartig vermittelte Erbschaften läßt sich aber ohne mündliche Darlegung eine Auskunft nicht geben. Soweit ersichtlich, liegt keine Erbmasse vor, auf die die Mutter oder die Schwester Anspruch erheben könnte. — **M., Parisfische.** Nein. — **C. G. R. 1-3.** Ja. 4. Nein. — **S. D. 2000.** Ja. — **P. G. 74.** Ihre Erziehung ist dem Gesetz entsprechend. — **C. G. 32.** 1. Ein erneuter Antrag hat wenig Aussicht auf Erfolg. 2. Darlehen verjähren in 30 Jahren. 3. In der Regel nein: es kommt auf die Form an. — **W. R. 00.** 1. Das genügt nicht. 2. Ein selbst ge- und unterschriebenes, auch richtig datiertes Testament braucht nicht niedergelegt zu werden. 3. Bert. 4. Nein. 5. Auch die Zustimmung ist nicht erforderlich, doch ist die Rückführung eines Leihlings zu beschließen, wenn der Antrag auf Rückführung nicht innerhalb einer Woche gestellt ist. Gegen das Urteil der Gemung müssen Sie innerhalb eines Monats beim Amtsgericht klagen. An Ihrem Falle dürfte es zweckmäßig sein, von dem in § 127a der Gewerbe-Ordnung dem Lehrling beigelegten Befugnis Gebrauch zu machen und außerdem die Beschwerde weiter gehen zu lassen. 6. Es muß vor der Heirat eine Auseinandersetzung durch das Amtsgericht stattfinden. — **H. W. 32.** Entscheidend für die Beantwortung Ihrer acht Fragen sind folgende von Ihnen nicht dargelegte Verhältnisse: ob die Schwiegermutter oder wer als Eigentümerin eingetragen ist, ob Kadidatstellung stattgefunden, ob minderjährige Erben vorhanden sind und in welchem Verträge (zwischen dem V) ein Testament vereinbart ist. Wiederholen Sie Ihre Anfragen unter Ergänzung nach diesen Richtungen oder suchen Sie die juristische Erörterung auf. — **P. S. 129.** 1. Ihre Schwägerin soll beim Amtsgericht schleunigst unter Darlegung des Sachverhaltes beantragen, das Erziehungsvorrecht im Interesse des Kindes ihr zu übertragen. Sonst steht dem Wanne das volle Erziehungsvorrecht zu. 2. Ja; aber das darf nicht öffentliches Klagen erregen.

Witterungsübersicht vom 30. Juli 1903, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometer- Stand mm | Wind- richtung | Wolken- höhe | Wetter | Temp. in C. p. C. = 9/5 F. | Stationen | Barometer- Stand mm | Wind- richtung | Wolken- höhe | Wetter | Temp. in C. p. C. = 9/5 F. |
|--------------|------------------------|-------------------|-----------------|---------|-------------------------------|------------|------------------------|-------------------|-----------------|---------|-------------------------------|
| Swinemünde | 754 | SW | 5 | wolkig | 16 | Haparanda | 758 | SW | — | bedeckt | 16 |
| Hamburg | 753 | SW | 3 | bedeckt | 13 | Petersburg | 760 | SW | — | wolkig | 19 |
| Berlin | 756 | SW | 3 | Regen | 16 | Cort | 762 | SW | — | 4 halb | 14 |
| Kranf. a. R. | 756 | SW | 3 | bedeckt | 14 | Aberdeen | — | — | — | — | — |
| Königsberg | 760 | SW | 5 | bedeckt | 13 | Paris | 757 | SW | — | wolkig | 16 |
| Wien | 760 | SW | — | bedeckt | 16 | | | | | | |

Wetter-Prognose für Freitag, den 31. Juli 1903.
Bielisch heiter, bei mäßigen südwestlichen Winden und wenig veränderter Temperatur, zeitweise etwas Regen.
Berliner Wetterbureau.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzufenden. Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 31. Juli.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Operntheater. Der Zigeunerbaron.
Deffen. Mit-Geldberg.
Anfang 8 Uhr:
Berliner. Die weiße Dame.
Dalia. Das Alter.
Velle-Alliance. Bayerwald-Theater: Bruder Martin.
Carl Weik. Das Geheimnis des roten Hauses.
Apollo. Die Liebesinsel. Spezialitäten.
Metropol. Neues! Allerneuestes! Reichshallen. Gaienspiel von Winter-Tymian.
Passage-Theater. Spezialitäten.
Urania. Landenstraße 48/49.
Von der Jugspitze zum Watzmann.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Urania.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Sternwarte
Invalidenstraße 57/62.

CASTANS Panoptikum
Friedrichstr. 195.
Die zusammengewachsenen Schwestern
zwanzig Jahre alt, spielen Geigo!

Passage-Theater.
Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Die Tritons,
Tauch- und Schwimmkünstler, 5 Minuten unter Wasser.
Lina Goltz, Vortragskünstlerin.
Kinematograph: Das Gordon-Bennet Automobil-Rennen.
Ganz Berlin zerbricht sich schon den sechsten Monat den Kopf über **AGA!**
14 erstklassige Nummern.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Sonnabend, den 1. August:
Nachtasyl.
Anfang 8 Uhr.
Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Straße 32.
Rechte Woche:
Abends 8 Uhr:
Das Geheimnis des roten Hauses.
Sonnabend zum erstenmal: Der Schritt einer Frau.
Im Garten: Spezialitäten. Vorstellung. Anfang 5 Uhr.
Belle-Alliance-Theater.
Bayerwald-Theater.
Bruder Martin.
Im Garten:
Spezialitäten. Vorstellung, Konzert.
Entree 50 Pf.

Apollo-Theater.
Täglich: Die Liebes-Insel
mit dem sensationellen Post-Ballett.
George Osranis Burleske-Pantomime.
Yvette. — Messiers Kosmograph:
Neue Silber-Serie.
Debut „Merian“
am 1. August.
Metropol-Theater.
Der größte Erfolg dieser Saison!
Zum 201. Male:
Neuestes! Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzende Balletts. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
— Rauchen überall gestattet. —
Sanssouci.
Täglich im Garten:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Anfang: Sonntags
Konz. 6 Uhr, Vorstell. 7 Uhr.
Wochentags:
Konz. 6 Uhr, Vorstell. 8 Uhr.
Sonnt. Mont. u. Donnerst.
nach der Solire: Tanz.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 10.
8 1/2 Uhr:
Er muss aufs Land.
Vorher:
Der Hofbänger.
Anfang 6 Uhr.
Kassette von 3 Uhr ab.
Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saale.
Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 68.
Verbotene Wege.
Volksstück mit Gesang in 2 Akten von Hans Müller.
The three Amaranths, Altod. Tänzer.
Karl Groth, Grotesk-Komiker.
Rivas und Oiras, Antipodenpaar auf lebendem Piedestal.
Richard Wagner, Konzertfänger.
Mary Ellys, moderne Trolloenne.
Gauert mit seinen dreifürten Hunden.
Otto Waldemar, moderner Bühnenbühner.
Ada Rivas mit ihrem Wunderglobus.
Mary Förster, Solotänzerin.
Ballett-Gezelschaft „Saltarello“.
Anfang 4 Uhr.
Montag, den 3. August cr.: Benefiz für Richard Wagner.
Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Direktion: M. Kalbo.
Täglich: **Johanniszauber.**
Operetten-Burleske in 4 Bildern von W. Geide.
Konzert und Ball.
U. a.: Georgio Langs, Eccentric-Chansonnette. Roslops, Korn. Jongleur.
Nou! The Berlings, Nou! die singende Luftsee.
Schröder u. Doster 7 7 7 7 Affen-treiche, große Pantomime der Geisler-Gruppe. Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf., num. Platz 50 Pf.

Reichshallen
Sente: Abschieds-Soirée des berühmten Winter-Tymian mit seiner Geisler-Gesellschaft.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend, 1. August: Wiederbeginn der Solire der Stettiner Sänger.
Gossmanns Konzert-Garten.
SW, Kreuzbergstr. 48, a. d. Stadtbühl.
Freitags:
Norddeutsche Sänger.
Montags:
Samburger Sänger.
Nachher: Kränzchen. [29485]

Max Kliem's Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. — Kritische Zeitung: Paul Milbitz.
Täglich: 17182
Grosses Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kassette ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochgelegene Regalbahnen, Würfelbahnen, Konditorei, Blumenstand etc.
In den Gärten: Familien-Kränzchen.
Schloss Weissensee.
„Zum Sternecker“, Inhaber: C. Koch.
Täglich: **Grosse Theater-Spezialitäten-Vorstellung.**
Hiesigen Programm, 40 Nummern. Im Bal champêtre: Grosser BALL. Illumination der Fontaine lumineuse. Jeden Mittwoch:
Grosses Kinderfreudenfest mit Gratis-Verlosung.
Jeden Donnerstag: Grosses Monstre-Elle-Feuwerk u. Doppelkonzert.
Jeden Sonntag: **Grosses DOPPEL-KONZERT.**
Kassette. — Volksbelustigungen aller Art.
Restaurant und Fest-Säle
von Julius Wernau, Schwedterstraße 23/24.
Indem ich mir höchst gestatte, den geehrten Vereinen, Klubs, Gesellschaften etc. zur Abhaltung von Festlichkeiten mein Etablissement in freundliche Erinnerung zu bringen, mache ich bekannt, daß die Einweihung meines eleganten neu renovierten Saales
Sonabend, den 1. August,
stattfindet, wozu ich jedermann zur Beschäftigung und zur Teilnahme am Vergnügen ergebenst einlade.

Max Kliem's Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. — Kritische Zeitung: Paul Milbitz.
Täglich: 17182
Grosses Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kassette ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochgelegene Regalbahnen, Würfelbahnen, Konditorei, Blumenstand etc.
In den Gärten: Familien-Kränzchen.
Schloss Weissensee.
„Zum Sternecker“, Inhaber: C. Koch.
Täglich: **Grosse Theater-Spezialitäten-Vorstellung.**
Hiesigen Programm, 40 Nummern. Im Bal champêtre: Grosser BALL. Illumination der Fontaine lumineuse. Jeden Mittwoch:
Grosses Kinderfreudenfest mit Gratis-Verlosung.
Jeden Donnerstag: Grosses Monstre-Elle-Feuwerk u. Doppelkonzert.
Jeden Sonntag: **Grosses DOPPEL-KONZERT.**
Kassette. — Volksbelustigungen aller Art.
Restaurant und Fest-Säle
von Julius Wernau, Schwedterstraße 23/24.
Indem ich mir höchst gestatte, den geehrten Vereinen, Klubs, Gesellschaften etc. zur Abhaltung von Festlichkeiten mein Etablissement in freundliche Erinnerung zu bringen, mache ich bekannt, daß die Einweihung meines eleganten neu renovierten Saales
Sonabend, den 1. August,
stattfindet, wozu ich jedermann zur Beschäftigung und zur Teilnahme am Vergnügen ergebenst einlade.

Diez' Spezialitäten-Theater
Landsberger Allee 78-77
(Ringbahn-Station).
Ob schön! Ob Regen!
Täglich das unerreichliche Riesen-Juli-Programm!
Gontarro Kikutta, Amanda Harold, Hedwig Mora, Die vier Vollmerz, The Byrons, Elsa & Paul Joschock, Duskes Biokop usw.
Sonnab., Sonntag, Montag: Tanz.
Anf. Wochent. 5 Uhr, Sonnt. 4 Uhr.

Fröhels Allerlei-Theater
früher Puhmann.
Schönhäuser Allee 148.
Inhaber: Wilhelm Fröbel.
Sente sowie täglich:
Nur noch wenige Tage:
Juli-Spielplan.
Gugo Schulz x Fredoff
Koffice. x Lecardi-Truppe.
The Firm's. x Starlings.
Güdele-Truppe.
Um 8 Uhr:
Berausender Beifall über das bis jetzt unerreichte Gesangs-Volksstück
Licht und Schatten
mit Arthur Winkler vom Thollatheater als Gast.
Im Saale: **Grosser Ball.**
Anfang 6 Uhr. Entree 30 Pf.
Am 1. August: Arthur Winkler-Benefiz.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Tägl. Im herrl. Garten: Tägl. **Grossart. Programm.**
Elly Dellasey, Eugen Milardo, Bonnet-Trio, Miss Bella Field, Dettmar u. Margarit, Rud. Schaug.
Wittmoos, Sonnabend, Sonntag:
Tanz.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Max Guckel,
Lausitzer Platz 2.
Vorzugler dieses erhält: 4 R. Ermäßigung bei Auftrag von 20,00 R., unter 20 R. 2 R. 20512
Teilzahlung gestattet.

Künstl. Zähne,
tadellose Ausführung
von 3 R. an, Plomben von 2 R. an.
Max Guckel,
Lausitzer Platz 2.
Vorzugler dieses erhält: 4 R. Ermäßigung bei Auftrag von 20,00 R., unter 20 R. 2 R. 20512
Teilzahlung gestattet.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Bezirks-Versammlungen
am Sonntag, den 2. August, vorm. 10 Uhr.
Bezirk Moabit in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47-49.
Tagesordnung: 1. Bericht von der Bezirksleitung. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Wahl der Ortsverwaltung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Bezirk Wedding und Gesundbrunnen, Wedding-Kasino, Schulstr. 29.
Bezirk Rosenthaler Vorstadt, Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 42.
Bezirk Schönhauser Vorstadt bei Ramlow, Schönhauser Allee 135.
Tagesordnung in diesen Versammlungen: 1. Die Reorganisation. 2. Wahl der Bezirksleitungen. 3. Bericht von der Bezirksleitung. 4. Aufstellung der Kandidaten zur Wahl der Ortsverwaltung. 5. Verhandlungsangelegenheiten.
Bezirk Nordost, Osten, Südost und Südwest (frühere Zahlstelle Berlin I) in Graumanns Festhalle, Rammalstraße 27.
Tagesordnung: 1. Bericht von der Bezirksleitung. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Wahl der Ortsverwaltung. 3. Regelung der Versammlungslokale der einzelnen Bezirke. 4. Verhandlungsangelegenheiten.
Bezirk Nieder- und Ober-Tschudiweide bei Franz, Grünauerstr. 5.
Bezirk Alt-Glienicke bei Sah, Grünauerstr. 19, nachmittags 4 Uhr.
Sektion der Bauarbeiter bei Bernau, Schwedterstr. 23, vormittags 10 Uhr.
Sektion der Tischler bei D. Bauer, Krausstraße 6, vormittags 10 Uhr.
Sektion der Tischler am Montag, den 3. August, abends 7 Uhr, Rosenthalerstraße 57.
Tagesordnung in diesen Versammlungen: 1. Bericht von der Bezirksleitung. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Wahl der Ortsverwaltung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Mitgliedsbücher legitimieren. Ohne dieselben kein Eintritt.
Um zahlreichem Besuch dieser Versammlungen ersucht
Die Ortsverwaltung. J. W.: Karl Heidemann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Sente, Freitag, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 858.
Sonnabend, den 1. August 1903, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
der Hobler, Bohrer, Stosser und Fräser
im „Gesellschaftshaus Wedding“, Wälderstr. 7.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Agitationskommission. 2. Berichtsangelegenheiten. 3. Berichtsangelegenheiten.
Sonnabend, den 1. August, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Konferenz für Charlottenburg
im Lokale von Pasche, Goldammerstr. 44.
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verein der Bauanschläger
Berlins und Umgegend.
Sonntag, 2. August, vorm. 11 Uhr, im Gewerkschaftshause, Saal I:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
Bekanntgabe des Resultats der Urabstimmung. — Vereinsangelegenheit.
Die Abstimmungsprotokolle zur Urabstimmung müssen bis Sonnabend Abend in Händen des Kollegen Bries sein.
Beiträge werden nur von 9 1/2 bis 10 1/2 Uhr angenommen. Mitgliedsbuch legitimiert. Aufnahme neuer Mitglieder.
Der Vorstand.
Achtung! Achtung!
Arbeiter-Radfahrer Mariendorfs und Tempelhofs.
Sonntag, den 2. August, nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Fehling in Mariendorf, Chausseestraße 16:
Geff. Arbeiter-Radfahrer-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Warum gehören die Arbeiter-Radfahrer dem Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität nicht an?“ Referent Genosse Gaida-Rigdorf.
2. Diskussion.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Einberufer.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Doppel-Konzert.
Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 J. die Hälfte.
In der Arena:
Raubtier-Spieltheater.
6 Löwen, 1 Leopard, 1 Hyäne, 1 Bär.
Vorstellungen: Wochentags
6-7 Uhr, Sonnt. 4-5, 6-7 Uhr.
Eintritt: Sperrkarte 1 M.,
Steckplatz 50 Pf. Kinder
unter 10 Jahren die Hälfte.

Etablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Konzert
des berühmten Dirigenten des
Signor Vincenzo Ferrara.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag
im Kaiser-Saal: Tanz.

Schweizer-Garten
am Königsdör, am Friedrichshain.
Täglich: **Theater** und
Artisten-Vorstellung,
Ball und Volksbelustigungen.
Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.
Nur erstklassige Künstler.
Neue Attraktionen.
Abends
10 Uhr: **Die Amazonengarde.**
Kassettekommission m. Gef. in 2 Bildern.

Reichshallen
Sente: Abschieds-Soirée des berühmten Winter-Tymian mit seiner Geisler-Gesellschaft.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend, 1. August: Wiederbeginn der Solire der Stettiner Sänger.
Gossmanns Konzert-Garten.
SW, Kreuzbergstr. 48, a. d. Stadtbühl.
Freitags:
Norddeutsche Sänger.
Montags:
Samburger Sänger.
Nachher: Kränzchen. [29485]

Max Kliem's Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. — Kritische Zeitung: Paul Milbitz.
Täglich: 17182
Grosses Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kassette ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochgelegene Regalbahnen, Würfelbahnen, Konditorei, Blumenstand etc.
In den Gärten: Familien-Kränzchen.
Schloss Weissensee.
„Zum Sternecker“, Inhaber: C. Koch.
Täglich: **Grosse Theater-Spezialitäten-Vorstellung.**
Hiesigen Programm, 40 Nummern. Im Bal champêtre: Grosser BALL. Illumination der Fontaine lumineuse. Jeden Mittwoch:
Grosses Kinderfreudenfest mit Gratis-Verlosung.
Jeden Donnerstag: Grosses Monstre-Elle-Feuwerk u. Doppelkonzert.
Jeden Sonntag: **Grosses DOPPEL-KONZERT.**
Kassette. — Volksbelustigungen aller Art.
Restaurant und Fest-Säle
von Julius Wernau, Schwedterstraße 23/24.
Indem ich mir höchst gestatte, den geehrten Vereinen, Klubs, Gesellschaften etc. zur Abhaltung von Festlichkeiten mein Etablissement in freundliche Erinnerung zu bringen, mache ich bekannt, daß die Einweihung meines eleganten neu renovierten Saales
Sonabend, den 1. August,
stattfindet, wozu ich jedermann zur Beschäftigung und zur Teilnahme am Vergnügen ergebenst einlade.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Bezirks-Versammlungen
am Sonntag, den 2. August, vorm. 10 Uhr.
Bezirk Moabit in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47-49.
Tagesordnung: 1. Bericht von der Bezirksleitung. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Wahl der Ortsverwaltung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Bezirk Wedding und Gesundbrunnen, Wedding-Kasino, Schulstr. 29.
Bezirk Rosenthaler Vorstadt, Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 42.
Bezirk Schönhauser Vorstadt bei Ramlow, Schönhauser Allee 135.
Tagesordnung in diesen Versammlungen: 1. Die Reorganisation. 2. Wahl der Bezirksleitungen. 3. Bericht von der Bezirksleitung. 4. Aufstellung der Kandidaten zur Wahl der Ortsverwaltung. 5. Verhandlungsangelegenheiten.
Bezirk Nordost, Osten, Südost und Südwest (frühere Zahlstelle Berlin I) in Graumanns Festhalle, Rammalstraße 27.
Tagesordnung: 1. Bericht von der Bezirksleitung. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Wahl der Ortsverwaltung. 3. Regelung der Versammlungslokale der einzelnen Bezirke. 4. Verhandlungsangelegenheiten.
Bezirk Nieder- und Ober-Tschudiweide bei Franz, Grünauerstr. 5.
Bezirk Alt-Glienicke bei Sah, Grünauerstr. 19, nachmittags 4 Uhr.
Sektion der Bauarbeiter bei Bernau, Schwedterstr. 23, vormittags 10 Uhr.
Sektion der Tischler bei D. Bauer, Krausstraße 6, vormittags 10 Uhr.
Sektion der Tischler am Montag, den 3. August, abends 7 Uhr, Rosenthalerstraße 57.
Tagesordnung in diesen Versammlungen: 1. Bericht von der Bezirksleitung. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Wahl der Ortsverwaltung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Mitgliedsbücher legitimieren. Ohne dieselben kein Eintritt.
Um zahlreichem Besuch dieser Versammlungen ersucht
Die Ortsverwaltung. J. W.: Karl Heidemann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Sente, Freitag, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 858.
Sonnabend, den 1. August 1903, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
der Hobler, Bohrer, Stosser und Fräser
im „Gesellschaftshaus Wedding“, Wälderstr. 7.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Agitationskommission. 2. Berichtsangelegenheiten. 3. Berichtsangelegenheiten.
Sonnabend, den 1. August, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Konferenz für Charlottenburg
im Lokale von Pasche, Goldammerstr. 44.
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verein der Bauanschläger
Berlins und Umgegend.
Sonntag, 2. August, vorm. 11 Uhr, im Gewerkschaftshause, Saal I:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
Bekanntgabe des Resultats der Urabstimmung. — Vereinsangelegenheit.
Die Abstimmungsprotokolle zur Urabstimmung müssen bis Sonnabend Abend in Händen des Kollegen Bries sein.
Beiträge werden nur von 9 1/2 bis 10 1/2 Uhr angenommen. Mitgliedsbuch legitimiert. Aufnahme neuer Mitglieder.
Der Vorstand.
Achtung! Achtung!
Arbeiter-Radfahrer Mariendorfs und Tempelhofs.
Sonntag, den 2. August, nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Fehling in Mariendorf, Chausseestraße 16:
Geff. Arbeiter-Radfahrer-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Warum gehören die Arbeiter-Radfahrer dem Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität nicht an?“ Referent Genosse Gaida-Rigdorf.
2. Diskussion.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Einberufer.

Neue Welt.
Hasenheide 108/114. W. Scholz.
Freitag, den 31. Juli 1903:
2. Grosses
Massen-Konzert
Gala-Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 5 Uhr. Entree 1 M.
Gänse unjont!!
sind nicht zu haben, aber für den billigen Preis von 4 Pf. 55 Pf. stets frisch geschlachtet, auf dem Central-Viehhof, Giesenerstraße, gegenüber Restauration Ebnisch, Befriedern-Berlauf Paul Hoff. 12/19

Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin“.
Sonntag früh 5 Uhr
nach Buchow. Mittags 1 Uhr nach
Straussberg zum „hungrigen
Wolf“. Beide Start: Frankfurter-
und Remelchtrahen-Ges.
NB. Die Mitglieder werden höf-
lich ersucht, die Anteilnahme eines
der Reigenader bis zur Verlamun-
gung abzugeben. Dieselben sind zu
haben beim Genossen Schönfeld,
Giesenhofstr. 34, und Freitag beim
Reigenfahren.
Donnerstag, den 6. August: Ver-
sammlung bei Perkowski, Andras-
straße 25. Zahlreiches Erscheinen ist
notwendig. 18/19

Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin“.
Sonntag früh 5 Uhr
nach Buchow. Mittags 1 Uhr nach
Straussberg zum „hungrigen
Wolf“. Beide Start: Frankfurter-
und Remelchtrahen-Ges.
NB. Die Mitglieder werden höf-
lich ersucht, die Anteilnahme eines
der Reigenader bis zur Verlamun-
gung abzugeben. Dieselben sind zu
haben beim Genossen Schönfeld,
Giesenhofstr. 34, und Freitag beim
Reigenfahren.
Donnerstag, den 6. August: Ver-
sammlung bei Perkowski, Andras-
straße 25. Zahlreiches Erscheinen ist
notwendig. 18/19

Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin“.
Sonntag früh 5 Uhr
nach Buchow. Mittags 1 Uhr nach
Straussberg zum „hungrigen
Wolf“. Beide Start: Frankfurter-
und Remelchtrahen-Ges.
NB. Die Mitglieder werden höf-
lich ersucht, die Anteilnahme eines
der Reigenader bis zur Verlamun-
gung abzugeben. Dieselben sind zu
haben beim Genossen Schönfeld,
Giesenhofstr. 34, und Freitag beim
Reigenfahren.
Donnerstag, den 6. August: Ver-
sammlung bei Perkowski, Andras-
straße 25. Zahlreiches Erscheinen ist
notwendig. 18/19

Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin“.
Sonntag früh 5 Uhr
nach Buchow. Mittags 1 Uhr nach
Straussberg zum „hungrigen
Wolf“. Beide Start: Frankfurter-
und Remelchtrahen-Ges.
NB. Die Mitglieder werden höf-
lich ersucht, die Anteilnahme eines
der Reigenader bis zur Verlamun-
gung abzugeben. Dieselben sind zu
haben beim Genossen Schönfeld,
Giesenhofstr. 34, und Freitag beim
Reigenfahren.
Donnerstag, den 6. August: Ver-
sammlung bei Perkowski, Andras-
straße 25. Zahlreiches Erscheinen ist
notwendig. 18/19

Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin“.
Sonntag früh 5 Uhr
nach Buchow. Mittags 1 Uhr nach
Straussberg zum „hungrigen
Wolf“. Beide Start: Frankfurter-
und Remelchtrahen-Ges.
NB. Die Mitglieder werden höf-
lich ersucht, die Anteilnahme eines
der Reigenader bis zur Verlamun-
gung abzugeben. Dieselben sind zu
haben beim Genossen Schönfeld,
Giesenhofstr. 34, und Freitag beim
Reigenfahren.
Donnerstag, den 6. August: Ver-
sammlung bei Perkowski, Andras-
straße 25. Zahlreiches Erscheinen ist
notwendig. 18/19

Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin“.
Sonntag früh 5 Uhr
nach Buchow. Mittags 1 Uhr nach
Straussberg zum „hungrigen
Wolf“. Beide Start: Frankfurter-
und Remelchtrahen-Ges.
NB. Die Mitglieder werden höf-
lich ersucht, die Anteilnahme eines
der Reigenader bis zur Verlamun-
gung abzugeben. Dieselben sind zu
haben beim Genossen Schönfeld,
Giesenhofstr. 34, und Freitag beim
Reigenfahren.
Donnerstag, den 6. August: Ver-
sammlung bei Perkowski, Andras-
straße 25. Zahlreiches Erscheinen ist
notwendig. 18/19

Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin“.
Sonntag früh 5 Uhr
nach Buchow. Mittags 1 Uhr nach
Straussberg zum „hungrigen
Wolf“. Beide Start: Frankfurter-
und Remelchtrahen-Ges.
NB. Die Mitglieder werden höf-
lich ersucht, die Anteilnahme eines
der Reigenader bis zur Verlamun-
gung abzugeben. Dieselben sind zu
haben beim Genossen Schönfeld,
Giesenhofstr. 34, und Freitag beim
Reigenfahren.
Donnerstag, den 6. August: Ver-
sammlung bei Perkowski, Andras-
straße 25. Zahlreiches Erscheinen ist
notwendig. 18/19

Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin“.
Sonntag früh 5 Uhr
nach Buchow. Mittags 1 Uhr nach
Straussberg zum „hungrigen
Wolf“. Beide Start: Frankfurter-
und Remelchtrahen-Ges.
NB. Die Mitglieder werden höf-
lich ersucht, die Anteilnahme eines
der Reigenader bis zur Verlamun-
gung abzugeben. Dieselben sind zu
haben beim Genossen Schönfeld,
Giesenhofstr. 34, und Freitag beim
Reigenfahren.
Donnerstag, den 6. August: Ver-
sammlung bei Perkowski, Andras-
straße 25. Zahlreiches Erscheinen ist
notwendig. 18/19

Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin“.
Sonntag früh 5 Uhr
nach Buchow. Mittags 1 Uhr nach
Straussberg zum „hungrigen
Wolf“. Beide Start: Frankfurter-
und Remelchtrahen-Ges.
NB. Die Mitglieder werden höf-
lich ersucht, die Anteilnahme eines
der Reigenader bis zur Verlamun-
gung abzugeben. Dieselben sind zu
haben beim Genossen Schönfeld,
Giesenhofstr. 34, und Freitag beim
Reigenfahren.
Donnerstag, den 6. August: Ver-
sammlung bei Perkowski, Andras-
straße 25. Zahlreiches Erscheinen ist
notwendig. 18/19

Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin“.
Sonntag früh 5 Uhr
nach Buchow. Mittags 1 Uhr nach
Straussberg zum „hungrigen
Wolf“. Beide Start: Frankfurter-
und Remelchtrahen-Ges.
NB. Die Mitglieder werden höf-
lich ersucht, die Anteilnahme eines
der Reigenader bis zur Verlamun-
gung abzugeben. Dieselben sind zu
haben beim Genossen Schönfeld,
Giesenhofstr. 34, und Freitag beim
Reigenfahren.
Donnerstag, den 6. August: Ver-
sammlung bei Perkowski, Andras-
straße 25. Zahlreiches Erscheinen ist
notwendig. 18/19

Turnverein „Fichte“
(Mitglied des Reich-Turnerbundes.)
Am 26. d. M. verstarb plötzlich an den Folgen einer Herzkrankeits-Entzündung des rechten Fußes des sehr tüchtigen Mitglieds der zehnten Männer-Abteilung, Turngenosse

Felix Fink
3. B. beim 3. Grenadier-Regiment in Königsberg i. Pr.
Die Verleiden in dem so früh Dahingegangenen einen treuen, modernen Turngenossen, dem wir stets ein ehrendes Andenken bewahren werden. 288/17
Der Vorsitzende.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau

Clara Tolkmitt
geb. Dunkel
am 29. Juli, früh 4 Uhr, nach langem schwerem Leiden sanft entschlafen ist. 295/05
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 1. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Charité aus statt. Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Tischlers **Paul Koser** sage allen Verwandten, Freunden und Genossen sowie der Firma W. Müller und den Tischlern der Werkstätte W. Müller, den Genossen aus dem vierten Wahlkreis (West) und dem Stadtbezirk 190b, den Kolonisten der Kolonien höchste Höhe und Selgoland meinen herzlichsten Dank.

Witwe **Emma Koser** nebst Mutter.
294/75

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die zahlreichen Kranz- und Blumenpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, meines guten Vaters, des Schachtmeisters

Franz Tornow
sprechen wir allen, namentlich dem allseits uniformierten Veteranen Corps 1813/71, meinen tiefgefühlten Dank aus. Die trauernden Hinterbliebenen.

Dr. Schönemann
Spezialarzt für Haut-, Haar- und Frauenleiden, Seydelstr. 9. 1/2, 12-1/2, 3, 1/2, 6-1/2, Sonnt. 9-11.

Tuchstoffe
Paletotsstoffe - Cheviots, Reste
spottbillig
Tuchlager Molkenmarkt 12-13,
Carl Engel, „Ecke zur Rippe“.

Kopfläuse hebt Brut verschwinden sofort
Erschreckend. Erfolg
in 10 Minuten
„Puff“

Ein 24 Jahre alter Genosse, firm in doppelter Buchhaltung, Korresp., Abschluss, auch Hotter-Verkauf (Stolontalm), wünscht, weil verheiratet, in einem von Socialdemokraten geleiteten Betriebe Stellung. Offerten unter P. 5 an die Exped. des „Vorwärts“. 27723*

Orts-Krankenkasse
der
Nadler und Siebmacher
zu Berlin.
Bekanntmachung.
VIII. Abänderung des Statuts der Orts-Krankenkasse der Nadler und Siebmacher zu Berlin.
§ 13.
Krankenunterstützung wird ausschließlich der Sonn- und Feiertage nur bis Ablauf der 26. Woche gezahlt.
§ 20.
Sterbegeld. I. Klasse 80,00, II. Klasse 70,00, III. Klasse 50,00, IV. Klasse 40,00, V. Klasse 30,00 M.
§ 29.
Eintrittsgeld. I. Klasse 1,75, II. Klasse 1,50, III. Klasse 1,25, IV. Klasse 1,00, V. Klasse 0,75 M.
§ 30.
Die wöchentlichen Klassenbeiträge betragen: I. Klasse 72 Pf., II. Klasse 63 Pf., III. Klasse 45 Pf., IV. Klasse 38 Pf., V. Klasse 27 Pf.
Die durch den Bezirksausschuss genehmigten Abänderungen treten am Montag, den 3. August, in Kraft. Berlin, 30. Juli 1903. [275/4]
Der Vorstand.
Hob. Schmidt, Vorsitzender.

Dr. Simmel, Przn.
Specialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12. 2-4.

In Ltr.-Fl. empfehle:
Cognac 1,25-10,35, Rum 1,00-5,60, Nordhäuser 0,45-1,35, Liqueure, Eiercognac, Citronen- und Himbeersaft, u. s. w.
Chausseestr. 55, Liqueurfabrik.

Carl Schindler,
Port- u. Ungarweine gut u. billig.

Westend-Charlottenburg.
„Zur Roßtrappe“, Spandauer Berg.
Zweites Restaurant von der Kastanien-Allee.
Galtetelle der Straßenbahn. 20212*
Angenehme Familien-Unterhaltung und Tanz.
Kassette ist von 2 Uhr ab geöffnet.
Es ladet ergebenst ein
Karl Klambunde.

Junge Gänse
von 3.50 an, grössere 4.—
Junge Enten von 2.00 an
Fette Suppenhühner 1.50 „
Junge Brathühner 0.60 „
2212L

Ausgeschlachtete Gänse.
Prima Gänserrümpfe St. 3.25, grössere 3.50
Halbe Gänserrümpfe Stück 1.75.
Reine Gänseleien Pfund 90 Pf.
Darmlett Pfund 40, Gänseklein 75 Pf.
Albert Schulze, Frankfurter Allee 112.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“
Centrale Invalidenstr. 160. Filialen:
Potsdamerstr. 35, Tammstr. 7a
a. d. Lützowstr. 31, Bernstr. 18
Selle-Allianzstr. 107, Dammstr. 31
Reinickendorferstr. 20, Brunnenstr. 92
Frankfurterstr. 115

8, 12, 15-90 M.
Fertige Betten und Metall-Bettstellen für Kinder und Erwachsene.
von 22,50 M. an.

10, 15, 21-75 M.
Teiltzahlung gestattet.
Bei größeren Raten Kassapreise.
Liefer. des Post-Spar- u. Vorspar-Bereins

Grosse Neuheit!! 30 Tage zur Probe!

Trilophon-Mundharmonika. Die Vorteile und Vorzüge derselben gegen jedes andre Instrument sind hauptsächlich überraschend. Die eigenartige Konstruktion dieses Instruments mit ausziehbarer Schalltrichter, ähnlich einer Posaune, ermöglicht dem Spieler, mit Leichtigkeit dem Zöner die richtige Wirkung zu geben, der Effekt für die Zuhörer ist verblüffend und glaubt man unmittelbar die Weisen einer Mandoline zu hören. Der Stiel gegen Einwirkung von nur 1,60 M. (auch Briefmarken) frei ins Haus. (Nachnahme 20 Pf. mehr.) Hauptkatalog über Stahlwaren, Waffen, Senen, Rüstwaren optische und Lederwaren, Uhren, Ketten, Ringe, Broschen und viele Neuheiten verenden gratis und franco

Kirberg & Comp. in Foche bei Solingen.
Königliches Fabrikationsgeschäft Solinger Stahlwaren mit Versand direkt an Private. 181/5
Wiederverkäufer gegen Provision gesucht.

In den nächsten Tagen erscheint im Verlage von G. Birk & Co., München:
Georg v. Vollmar:
Lehren und Folgen des Reichstagswahl-Ergebnisses.
ca. 2 Bogen 20 Pf.
Alle Kolporteurs und Parteigefährten nehmen schon jetzt Bestellungen an. 21992*

Schmök.vitz. (Restaurant Seddin-See.)
Den 82 Vereinen und Gesellschaften, die bei mir ihre Vergnügungen abgehalten haben, sage ich hiermit meinen besten Dank und hoffe, daß sie mir die größte Zufriedenheit beibringen können, mit Ausnahme der Firmen Gebr. Hoff und Strüger, welche wegen angeblicher Ueberfüllung des Lokals weggegangen sind. Doch war noch Raum genug und mit einigem guten Willen, den auch die Arbeiter obiger Firmen zeigten, konnte nach Rücksprache mit den andern Gesellschaften allen Wünschen Rechnung getragen werden. Doch die Herren Firmeninhaber waren dafür nicht zu haben. Ich bitte zu berücksichtigen, daß wir Inhaber von Sommerlokale nur 2 1/2 Monat Geschäft haben und deshalb nicht gern Besuche von Gesellschaften abweisen.
Für August empfehle den Vereinen, Fabriken und Gesellschaften meine Lokaleitäten. - Ich stelle immer noch die billigsten Dampfer und bitte um gütige Anmeldung. 29536
Mit der größten Hochachtung
A. Noack.

Neu! Dampfschiffsreederei Müggelwerder.
Empfehle den geehrten Vereinen, Gewerkschaften, Gesellschaften u. der Neuzeit entsprechend eingerichtete Dampfer jeder Größe.
Reise ohne Anlegestelle an der Michaelbrücke, Stadtbahnhof. - Auch empfehle das neu erbaute, herrlich im Rügellsee gelegene Restaurant und Seebad **Müggelwerder.** Leicht zu erreichen von Station Rahnsdorf. Seebäder frei für jedermann. - Sommerwohnung, möbl. Zimmer, auch für Tage, stets bereit. Hochachtungsvoll Keddig & Braubach. Näheres: Straße an der Michaelbrücke 1. 21632*

Partei-Expeditionen:
Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann B. C. rner, Wittenmaderstr. 30, v. part. - Dritter Wahlkreis: E. L. Frik, Pringelstr. 31, Hof rechts part. - Viertes Wahlkreis O.: Robert Engels, Gr. Frankfurterstr. 133, Hof part. - SO.: Paul Böhm, Bauhofplatz 14/15 (Laden). - Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden. - Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stolzenburg, Wiesenstr. 41/42. - Rosenthaler Vorstadt, Gesundbrunnen, Reinickendorf (Ost und West), Wilhelmsruh und Schönholz: Hermann R. a. s. t. e., Rügenstr. 24, vorn part. links. - Schönhauser Vorstadt: Karl Wars, Kastanien-Allee 95/96. - Alt-Gliencke: B. Vries, Stubenstr. 68. - Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Gedenkmstr. 1. Ede Goebelstr. 7, im Laden. - Deutsch-Wilmersdorf: B. Ridel, Wilmstr. 108, part. - Friedrichsberg-Friedrichsfelde - Wilhelmsberg - Hohenschönhausen: Otto Seifert, O. 112, Kronprinzstr. 50, I. - Grünau: Hermann Steinig, Jägerstr. 16. - Rixdorf: R. Heinrich, Brigg Handwerkerstr. 7, im Laden. - Schönberg: Wilhelm Bäumer, Martin Lutherstr. 51, im Laden. - Ober-Schönau: Richard Karl, Edlitzstr. 4, vorn 2 Treppen. - Nieder-Schönau: Sonntags, Berlinstr. 8. - Johannisthal: Paul Mann, Bismarckstr. 7. - Adlershof: Gustav H. i. g. e., Dafenbergstr. 8. - Köpenick: Friedrich Bold, Grünstr. 24. - Friedenau-Steglitz: D. Bernsee, Rixstr. 15 im Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: D. R. o. h. r., Däpplerstr. 8, und Dr. Schellhase, Hornstr. 15a. - Baumschulenweg: St. o. d., Grünstr. 2, II. - Neu-Weissenau: Joseph Rein, Friedrichstr. 38, Ede Ehrenstr. - Rummelsburg: Bergbert, Brigg Albertstr. 5a. - Pankow: R. K. u. m. e. r. t., Horststr. 43.
Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.
Bitte ausschneiden.

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vorortblätter bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Gastwirtschaft, sechs Juhlstellen, zwei Vereine, 2000 Mark, Miete 1400, sofort zu übernehmen. Zu erfragen Anders, Salzweberstr. 8. 79*

Bahnhof Wilbau, bei Neutten, Hohenheim, Schwabtrappstr. 60, über, hochgelegene prachtvolle Baustellen, Miete 20 Mark, ohne Anzahlung, nur 10 Jahre fest. Vermittler erhalten 20 Mark Abschlag. Brämle, Dornblatt, Galtwitz, Hohenheim; Restaurant Carl, Pringelstr. 4; Rabermann, Jasterburgerstr. 19. 17738*

Garbinnenhaus Große Frankfurterstr. 9, part. 137*

Herrenanzüge, Sommerpaletots, zurückgelegt, aus feinsten Stoffen 20-35, Herrenhosen 8-11 Mark. Versand täglich, auch Sonntags. Deutsches Versandhaus Jägerstr. 63, 1 Trepp. Welche Herrenhose, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Ouffabrik, Comploit Kallertstr. 25A, früher Barnimstr. 4 und 5. Sonntags geöffnet.*

Leppiche! (Leppiche!) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Leppichlager Brunn, Galtfelder Markt 4, Bahnhofs Ecke. 99/2*

Spottbillig Leppiche, Betten, Gardinen, Steppdecken, Kleidungsstücke, Remonturarbeiten, Ketten, Regulatoren, Möbel, Spiegel, Bilder. Leihhaus Heanderstr. 6. Teiltzahlungen gestattet. 13/19*

Steppdecken, spottbillig, Fabric Weinstadt 20. 797*

Leppiche mit Farbenkleben Fabricniederlage Große Frankfurterstr. 9, part. 137*

Fahrräder, Teiltzahlungen, 125 Mark, Invalidenstr. 148, Stallerstr. 40. 17638*

1000 neue Nähmaschinen gebe an Anzahlung, ohne Anzahlung, Langschiffchen, hochartig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Ausstattung, drei Jahre reelle Garantie. Für die Güte meiner Nähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. G. Weissmann, Goltzowstr. 35, nahe der Landbergerstraße. Alle Maschinen nehme in Zahlung. 172R*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, sämtliche Systeme, vollständig 1,00, Belle-Alliancestr. 78. 28948

Frankfurter Allee 10, am Ringelhof, Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebraucht von 10 Mark an. Postkarte genügt. 747*

Nähmaschinen-Geschäft Wasserthorstr. 14 liefert sofort sämtliche Systeme ohne Anzahlung. Wöchentlich 1,00. 7108*

Rosjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 17188*

Steppdecken billigt Fabric Große Frankfurterstr. 9, part. 137*

Kindervagen, hochherzschäftlich, Sportwagen, Feistelle, spottbillig, Rosenfelderstr. 40, I. 94/13

III. Fahrrad 40, Feinstes, Chausseestr. 30. 29516

Claviergeschäft zu verkaufen Grotzschützstr. 21. 29556

Umhandhabler elegante Tischschiff billig verkauft sofort Meiert, Bergstr. 2, I. 18/17

Wapparbeiten, herrlich gelegen, einstufige Wohnung, Quadratur 10 Mark, heutzutage Hochachtung 13 Mark, zumistreich. Nähe am Steintier Vorortbahnhof Repert. Corianteste Bedingungen. Baureise. Verkäufer Klotz, Weissenburgerstr. 59. Sonntags an Bahnstation Jernpernt anmeldend. 768

Wegen Zurücklegung verkaufe mein gutgebautes Gemüsegeläch. Stallhändlerstr. 60, Gemüsegeläch. 18/30

Barrellokal, neun Jahre bestehend, Juhlstelle, wegen Krankheit zu verkaufen. Stephan, Müllerstr. 25. 7115

Rixdorf, Kinderwagen, Kochwarenlager, Frisch Back, Hermannstr. 232, Beste und billigste Bezugsquelle. 7115

Vapagen aller Arten billig, auch Rauch, Kommandantenstr. 52, Vogelmarkt. 7115

Edelkation, zweimal Wochenmarkt, Vereinszimmer mit Vereinen, anderer Unternehmungen halber zu verkaufen Rummelsburg, Prinz-Albertstr. 5a, Jahn. 17048*

Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, Köpferstr. 60/61, Brenzlauerstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43. 797*

Metallbetten, 20 Stück, spottbillig, Hapold, Rixstr. 18. [29296]*

Verschiedenes.
Unfallsochen, Rechtsbureau Bucher, Steglitzerstr. fünfundsiebzig [17306]*
Rechtsbureau Dammann, Köpferstr. 57. 27226*
Schantkassens-Auslassbüreau Vintenstr. vierunddreißig, nachmittags, Spenerstr. vier, vormittags, Bollmann-Konzeptionsstr. 10, Vorkaufstr. Keller-Schantkassens, Schantkassens-Kaufverträge, trotz Vorbehalten Vollschant-Anhangungs-garantie, Dunderstr. 10, Gerichthaus, Stadtschulhaus-Schanklagen, Konzeptionsstr. 10, Schantkassens-Strasstr. 10. 789*

Rechtsbureau, Vintenstr. vierunddreißig, nachmittags, Spenerstr. vier, vormittags, Schriftsätze an Gerichte, Behörden, Private. 789*

Rechtsbureau, Oberstr. 22, Prozeßsachen, Strafsachen. 29436*

Rechtsbureau, Gerichthaus, Eingabengeläch, Strafsachen, Kartentellung, Besch, Brunnenstr. 97.

Rechtsbureau, Grüner Weg vierundzwanzig (Andreasplatz), Gerichthaus, Klimentenstr. Eingabengeläch, Kartentellung, Langjährige Urloge! 28836*

Jahn Schmerzen beseitigt, ohne auszusuchen, absolut schmerzlos für immer. Unbedingten Erfolg garantiert. Bahn 1,00, Jahnstr. 26, gegenüber Thalia-Theater.*

Auch die Sonntaganzüge sind am besten und billigsten bei Schlesinger, Turmstr. 85. 17428*

Fahrradbelebung, auch Nähmaschinen, Rantstr. 55. 7133*

Empfehle allen Genossen meine 40-80-500 Personen laufenden Gesellschaft mit Bühne und Garten zur gefälligen Benutzung. Weisheit ohne Wasserzufuhr, Vorzügliche Küche, solide Preise. Frisch Wille, Brunnenstr. 188, dicht am Rosenthaler Thor, Amt III. 6325. 17048*

Fahrradgeläch, auch besetzt, Hapold, Schönhauser Allee 163a. 93/19*

Zoo zu Veranlassungen, Vereinszimmer, Regelmäßig, Garten, Fremdenlogies, gute Speisen und Getränke empfiehlt Westow, Andreasstr. 26.

Vereinszimmer, Vier, Alte Jägerstr. 119. 17558*

Vereinszimmer zu vergeben Potsdamer Str. 10, Franz Hornbacherstr. 8. 745*

Treppeloch gesucht Schutzgeläch, Rosenstr. 7. 94/14

Grammophon und Drehteller-Patent-Glasplatten kauft. Offerten billigt G. 32, Postamt 38. 29636

Platin, Gold, Silber, Gefässe, alle Uhren, Blattgold, Regard kauft Brod, Brangelstr. 4. 13/15*

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eingabengeläch, Kartentellung, Ralf, Brunnenstr. 97. 29676

Es lohnt sich mittels vom Gesundheitsbureau oder Bedding mit der 8 nach Turmstr. 85 zu Schlesinger zu fahren und sich dort einen neuen Anzug zu kaufen. Die Sicherheit dort billig und gut zu kaufen ohne handeln zu müssen oder zu dürfen ist die feine Sache wert. 11838

Einbemann, Brandenburgstr. 6, Russlunternstr. 29636*

Einfach möbliertes Zimmer, 18 Mark, Rixstr. 18 bei H. i. s. t. e. 29566

Möbliertes Zimmer, auch eine Schlafstelle an Herrn Hlogauerstr. 25, vorn III. 718

Schlafstellen.
Schlafstelle, Herr, separat, Köpenickerstr. 18 I rechts. 29676

Freundliche, gesunde Schlafstelle, 1 auch 2 Herren, vermietet Sommerfeld, Stralauerbrücke 5, part. 137*

Separate Schlafstelle Poststr. 24 II. 29605*

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Junger Buchdrucker sucht sofort Stellung. Goethe bei Alleeberg, Kommandantenstr. 88. 29656

Stellensangebote.
Gägemeister für ein kleines Rummelsburger in Bretin a. G. gesucht. Näheres Neu-Weissenau, Wilmstr. 13. 7117*

Bader auf Goldbleiben verlangt Jensch, Baldemarstr. 15. 718

Einweiser über den Tarif, werden verlangt Neubau Greifhagenstr. 32, Ede Kobenbergstr. 7117*

Tüchtigen Bergarbeiter verlangt Paul Tiede, Dorotheenstr. 60. 128/6

Rahmenmacher Ballstr. 24.

Klavierpieler Sonntag verlangt Große Frankfurterstr. 133. 747

Fachmann, der das Ueben von kleinen Schilbchen verlehrt, kann sich melden bei Georg Luft, Ritterstr. 24. Näheres daselbst. 17148*

Zimmer.
Dreikammerstr. 96, vorn IV, möbliertes Zimmer, 10 Mark. 29585

Möbliertes zweifamiliges Zimmer für zwei Herren Dramenstr. 11, III rechts. 29648

Zimmer, Herrn, Ritterstr. 110 I, Burdal. 29626

Wamsfeld auf Vactis verlangt Feste, Grünauerstr. 21. 29266*

Lehrmädchen verlangt Stationfabrik Grünauer Weg 104. 29145*

Zum Arbeitsmarkt durch besondern Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Tüchtige Marmorhändler werden sofort verlangt. 21972*
Deutsche
Steinindustrie Aktiongesellschaft
vorm. M. L. Schlicher,
Lehrerstr. 27/30.

Stuccatentre.
Zwei leistungsfähige und nuchterne Stuccatentre-Arbeiter erhalten sofort Stellung bei A. B. Skanska, Cementgüteriet, Malmö, Schweden. 13/5*

Wahrscheinlich n. Feuer-Schling sucht Buchdrucker Pringelstr. 22.

Achtung, Fürsahner!
Folgende Werkstätten sind gesperrt:
Pelzbranche:
Parberg, Kronenstr. 21.
Kerpich Schöne, Leipzigerstr. 11.
Münte, Lehmannstr. 13.
Goldstein & Sohn, Alexanderstr. 22.
Schmidt, Nachl. Gebr. Wolf, Anst. 1.
Wägenbranche:
Jollink, Blumenstr. 79.
W. Nix, Barnimstr. 41a.
J. Heibrunn, Neue Königstr. 10.
Peltzer, Kottb. 7.
Deutschmann, Friedenstr. 57.
Wir erlauben die Kollegen und Kollegen dringend, nur durch unsere Arbeitsnachweise (Herrn Marquardt Wendelschönstr. 9) Arbeit nachzusuchen.

Der Vorstand des Verbandes der Fürsahner Berlins und Umgegend. 102/7*
A. H.: Grindel, Vorsitzender.

Achtung! Achtung!
Musikinstrumenten-Arbeiter!
Die Pianofabrik von Nieber & Co., Alexanderstr. 22 und Wallner, Theaterstr. 26/27, H wegen Differenzen für sämtliche Branchen gesperrt. 142/2*
Agitation-Kommission und Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.